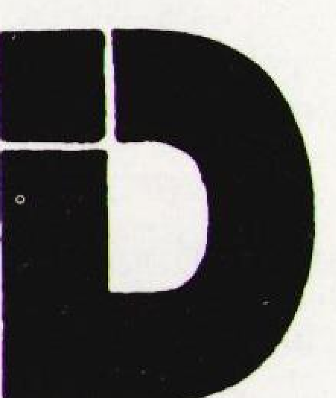
einzelverkaufspreis: 1.50 dm incl. 6% mwst

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 213 21. JANUAR 1978
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwärter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adres: noch besser: die abonummer

Seite 1: *Was alles liegenblieb / Bilderdienst-Nachrichten / Heim- und Erziehungszeitung in Geldnot / Peter Schult erneut verhaftet / Erste Termine im Grohnde-Prozeß geplatzt / Dokumentation über eine Vergewaltigung*

TUNIX

aachen — bringt farben mit nach berlin — 2
berlin — komm' mit, sprach der esel — 2

STAMMHEIM

stammheim — die ENDgültige LÖSUNG — 4
stammheim — italienische abgeordnete in der brd — 6
frankfurt — erklärung von rechtsanwalt arnd müller — 6
münchen/frankfurt — brief von ingrid schubert — 6
stuttgart — angehörige politischer gefangener suchen hilfe im ausland — 7
stuttgart — presseerklärung zu grischa speitel — 8
zürich — kontaktsperre für g. kröcher-tiedemann und c. möller — 9

JUGEND, SCHULE, UNI

gießen — drittes treffen der linken jura-gruppen — 9
frankfurt — sozialarbeiter im streik — 10
bochum — zoff an der hildegardisschule — 10
neu-isenburg — silvester-prügelei im jugendzentrum — 11
frankfurt — dienstfahrt für peter brückner — 12

ÖKOLOGIE

westberlin — erkrankung und tod durch radioaktive verseuchung — 13
bremen — kesseltreiben gegen jens scheer — 13

ZIVILDIENST

frankfurt — volle arbeitskraft — minderwertige arbeit — unzureichende ausbildung oder gar keine — 15 (+ bilder)
frankfurt — aktionen und streiks — 17

ÖKOLOGIE Fortsetzung

kassel — atommüll-zwischenlager und akw in borken? — 20
gösgen — sabotage — 21

REPRESSION und PROZESSE

köln — werner schlegel nach köln verschleppt — 22
wien — besuch mit folgen bei waltraud boock — 23
düsseldorf — prozeß gegen albartus/schwall/schlehuber — 23
frankfurt — roos/schulz-prozeß — ein ganz normaler mordprozeß — 24
frankfurt — tauras/dorff-prozeß beginnt am 25. januar — 24
bremen — freiheit für linda (grohnde-prozeß) — 24
göttingen — vorbereitung des buback-nachruf-prozesses — 25
aachen/göttingen — schikanen an den grenzen — 26
westberlin — INFO BUG — gegen 60 leute wird ermittelt — 27
herne — strafanzeige wegen nazi-symbolen auf kriegsspielzeug — 27

INTERNATIONALES

london — feuerwehrstreik in großbritannien beendet — 27
new york/frankfurt — aktionsgruppen zur repression in der brd und unterstützungsgruppen zum russell-tribunal in den usa — 28
frankfurt — innenministerium bestätigt: geheimpapier zum russel-tribunal ist echt — 28
new york/frankfurt — roter pfeffer am amerikanischen weihnachtsbraten — 29
frankfurt — EGIN — eine neue baskische tageszeitung — 30
paris/berlin — zum selbstmord von beatriz allende — 30

SEITE 15-20

BUNDESAMT FÜR DEN ZIVILDIENST
ZIVILDIENSTGRUPPE FRANKFURT

WAS ALLES LIEGENBLIEB

Gaiganz: Frauenhof gekündigt – dagegen wird geklagt! **Oldenburg:** Berufsverbot für einen Wasserforscher, Willi Gierke prozessiert dagegen, **Köln:** Komitee zur Unterstützung der Angeklagten des Bonner Thieu-Prozesses gegründet, **Nürnberg:** kurze Selbstdarstellung der Gefangenengruppe aus Nürnberg, **Würzburg:** Staatsanwalt beschlagnahmt Plakatgedicht „Der Todesvogel" der Studiobühne, **Hamburg:** „Leistungsbescheide" und kein Ende – zur Räumung des Anti-Atom-Dorfes Brokdorf, **Frankfurt:** Bericht des Vorbereitungstreffens für den Widerstand gegen die Wiederaufbereitungsanlage, **Göttingen:** AKW-Gegner wurde verfolgt, als er in Brokdorf filmte – ein Erlebnisbericht, **Bochum:** Informationen zum „Weltbund zum Schutz des Lebens", **Amsterdam:** Einladung zur Gründungsversammlung des „World Information Service on Energy" am 25./26. Februar, **Irland:** zur Situation der politischen Gefangenen.

BILDERDIENSTNACHRICHTEN

Ab dieser Nummer des ID wollen wir versuchen regelmäßig im Mittelteil Fotos abzudrucken, da Text bisher immer Bildern vorgezogen wurde. Das hatte zur Folge, daß nur wenige veröffentlicht wurden, der Rest ins Archiv wanderte. In einer Bilderdienstankündigung teilten wir regelmäßig mit, was zur Zeit an aktuellen Fotos da ist. Das dies nicht genügt, konnten wir schon bald feststellen, denn die Nachfrage nach "angekündigten" Bildern war nur sehr gering, gleichzeitig kamen bei uns auch keine Bilder mehr an. Klar, wer konnte sich denn auch eine Vorstellung machen, was auf den Fotos drauf ist, ob man sie überhaupt verwenden konnte. Außerdem, wer schickt schon gerne Fotos, von denen er nicht weiß, was mit ihnen passiert; was ist das für ein mysteriöser Bilderdienst, der keine Bilder abdruckt?

Nun, das wollen wir jetzt ändern mit der Fotoseite, doch dazu brauchen wir Fotos, Fotos, Fotos, sonst kann es auch keinen Bilderdienst geben, keine Bilderseite und überhaupt. Vielleicht könnt ihr auch beim Artikel schreiben mal überlegen noch ein Bild zu machen? (S. 15 pp)

HEIM- UND ERZIEHERZEITUNG IN GELDNOT

BERLIN
17. Januar

Die Heim- und Erzieherzeitung, die seit Jahren monatlich in Westberlin erscheint, ist eine Zeitung, in der viele Einzelpersonen, Gruppen, Initiativen und Alternativprojekte die Möglichkeit hatten und haben, ihre Arbeit, ihre Probleme und Schwierigkeiten darzustellen. Diese Möglichkeit ist gefährdet, da die Leser ihr Abonnement nicht zahlen und da die Preise gestiegen sind. Die Redaktion der Heim- und Erzieherzeitung ruft daher zu einer Spendenaktion auf.

Gespendet werden kann auf das Postscheckkonto 358636-109, Postscheckamt Berlin, Detlef Tartsch, 1000 Berlin 61.

PETER SCHULT ERNEUT VERHAFTET

MÜNCHEN
17. Januar

Bereits am 16.12.77 wurde Peter Schult in seiner Wohnung verhaftet. Er wird beschuldigt, zwei junge Ausreißer (beide 13 Jahre alt) sexuell „mißbraucht" zu haben. Ex-Politstaatsanwalt Wahl, eigentlich an diesem Tag nicht zuständig als Haftrichter, erläßt Haftbefehl wegen „Wiederholungsgefahr". Es scheint ein Aufguß des alten Falles vom letzten Jahr zu sein, bei dem Peter später vom Verdacht des „sexuellen Mißbrauchs von Kindern" freigesprochen wurde.

DIE ERSTEN TERMINE IM GROHNDE–PROZESS SIND GEPLATZT

HANNOVER

Zum Grohnde–Prozeß liegt uns eine persönliche Stellungnahme von Rüdiger Jörß vor, die wir aber in dieser Nummer nicht mehr unterbrachten. Daher nur soviel. Die beiden ersten Termine im Grohnde–Prozeß sind geplatzt und gegen die nicht erschienen Angeklagten wurde Haftbefehl erlassen. Zu seinem zweiten Termin erschien Rüdiger Jörß vor dem Gericht und der Haftbefehl gegen ihn wurde wieder aufgehoben.

In Hannover haben etwa 60 – 70 Leute die Marktkirche besetzt, um ihre Solidarität mit den Angeklagten zu zeigen.

Für die nächste Zeit sind folgende Prozeßtermine in Hannover bekannt: 23.1.78 gegen Andreas aus Göttingen, 27.1.78 gegen Jerry aus Hameln, 30.1.78 gegen Eso aus Lüchow-Dannenberg.

Kontakt: Anti-Atom Zentrum Hannover 0511/715033

DOKUMENTATION ÜBER EINE VERGEWALTIGUNG

MARBURG
16, Jan. 78

Frauen der "Gewalt-gegen-Frauen"-Gruppe des Marburger Frauenzentrums haben eine Dokumentation über eine Vergewaltigung in einem ESG-Wohnheim (Evangelische-Studenten-Gemeinde) herausgebracht. (Siehe auch September-Nummern von Emma und Courage).

Wir wollen nun am ersten Februar-Wochenende *(4./5.2.78) ein Treffen von Gewalt-gegen-Frauen-Gruppen* und anderen interessierten Frauen machen. Dort wollen wir hauptsächlich das Thema "Frau und Justiz" und was machen wir mit Vergewaltigern (vielleicht können wir Ansätze einer Strategie entwickeln und die dann in das geplante Kölner Tribunal vom 28.4 – 30.4.78 einbringen?). Außerdem sind wir sehr an einem Erfahrungsaustausch mit Frauen interessiert, die ähnlich wie wir so etwas wie Selbsthilfe gemache haben.

Die Dokumentation (sie kostet DM 3,00, bei Bestellungen ab 10 Stück gibt es 10 %) und die Anmeldungen für das Treffen (wegen der Schalfplätze und so weiter) können ans **Frauenzentrum Marburg c/o Gewaltgruppe Ockershäuserallee 1 B, 3550 Marburg/L.** gerichtet werden.

Das in Köln geplante Tribunal soll unter dem Thema "Gewalt gegen Frauen" laufen. Kontaktadresse:

Frauenzentrum, Eifelstr. 33, 5000 Köln, Tel. 0221/321 792

VIVA A REVOLUCÃO MOÇAMBICANA VIVA A REVOLUCÃO AFRICANA VIVA A REVOLUCÃO MUNDIAL

BRINGT FARBEN MIT NACH BERLIN

AACHEN *Von einem Wändebemaler:*
16. Januar

„Schick euch nen Artikel über Wandmalerei. Keine von diesen Meldungen, daß wieder jemand beim Parolensprühen erwischt wurde, sondern der Versuch, bei diesen Malereien ein neues Bewußtsein zu wecken. Ein Aufruf für den Tunix-Kongreß, da ich glaube, daß dort auch Diskussionen über diese Art der revolutionären Kunst laufen sollen. Rechtschreibefehler bitte mitabdrucken:

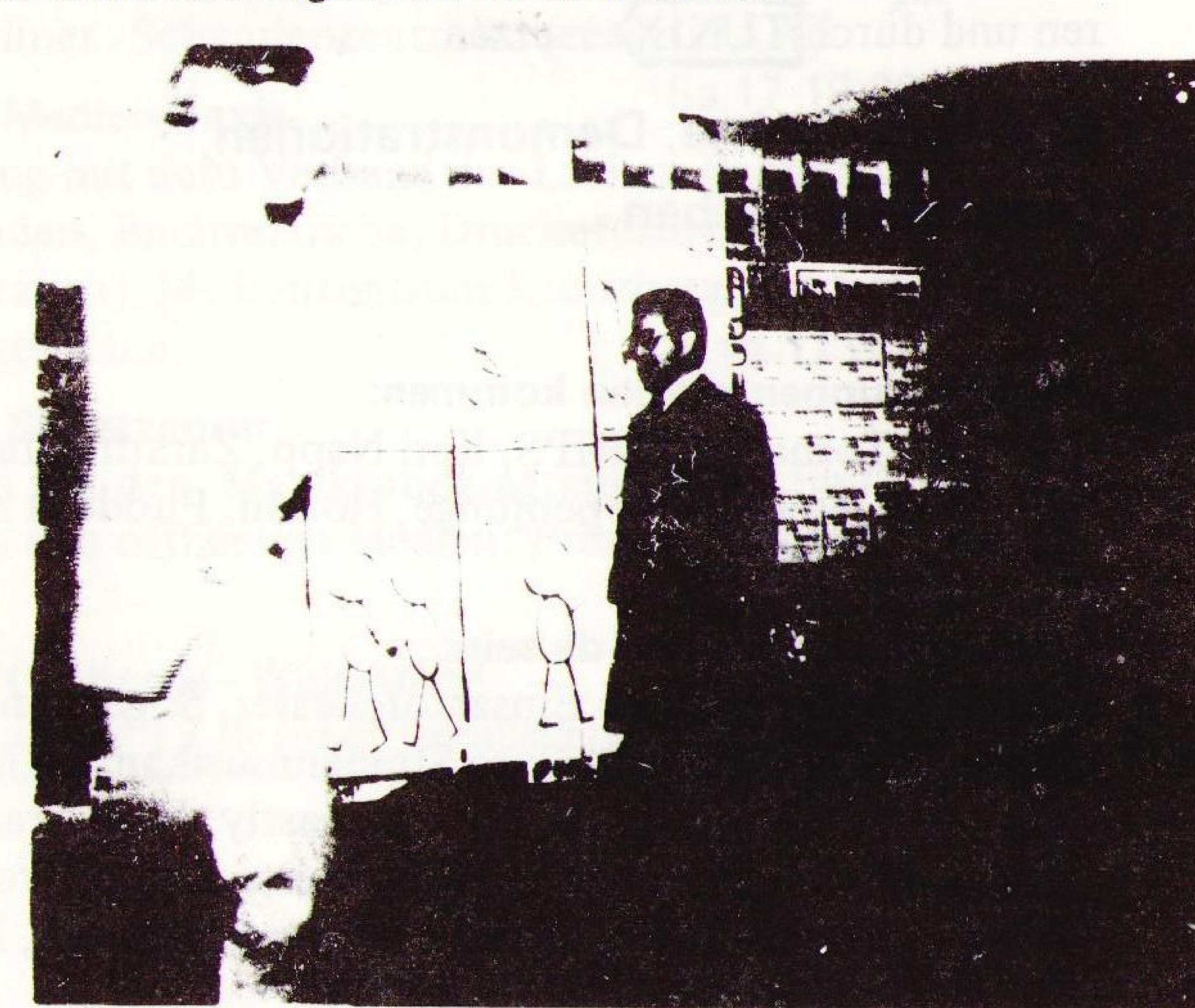
„LIEBE WÄNDEBEMALER!!

wir erleben die stadt vorallem an den oberflächen des bebauten umraums. die fast alle stumm sind.

erst mit den erläuternden und gliedernden formen, symbolen und zeichen an diesen oberflächen versucht man uns die stadt verständlicher und überschaubar zu machen.

doch wird diese sprache von uns nicht verstanden, vermittelt unbehagen.

wir haben mit diesen spektakel nichts gemein,
wollen uns ihm verweigern. unsere artikulation beginnt dort, wo es vergessen hat seine fluruezierenden buchstaben und fernsehbilder aufzustellen.
an den leeren betonflächen abrißbauten, schmiergelpapier wänden der unterführungen und bretterzäune.



die wir bemalen, bekritzeln, beschmieren, ankotzen, streicheln.
hier kann unsere phantasie ihre macht verwirklichen, symbole der rebellion aus alten kinderzeichnungen wiederentdecken
eine sprache entwickeln, die die
der geräuschtapeten von radios und illustrierten hintersich läßt.
hier kommunizieren, konspieriren wir, finden die möglichkeit zusammen zu atmen. brauchen unsere botschaften und gefühlsausbrüche nicht in die vielzukleinen briefe einzusperren in telefonkabel zu pressen.
hier veröffentlichen wir die eingeschlossenen sehnsüchte und klammheimlichen freuden der tagebücher

eine tradition kennen wir nicht bringen unsere einsichten rückhaltlos vor. wissen das geschriebebne poesie nur einmal taugt das sie dann verdient weggewischt zu werden von spezialsäueren
um immerwieder platz zuschaffen für neue artikulation
gegen die welt der einseitigen überschwemmung von information und spektakel
setzen wir die des dialogs, dergegenseitigen beeinflßung.
ein publikum das klatscht kann uns gestohlen bleiben
wir wollen die taubheit und blindheit der neonzonen zeigen und zerstören!

dazu bringen ergänzungen hinzuzumalen sprechblasen, ornamente, durchstreichungen.

doch wissen, wir, daß den spektakelmachern unsere malerei nicht gefällt, daß sie sie fotograpiert
sie in seinen compiutern speichert. uns zwingt in anonymer blockschrieft zu schreiben.

müssen wir uns auch überlegen inwieweit das was aus den vereisten sümpfen des unbewußten steigt nicht schonwieder in ihre verwertungsapperate paßt
von der bürgerlichen presse abgebildet
wird und dort für ihre lächerlichen sympatisantentheorien herhält.

wie können wir uns aus diesem system verpissen
wo es linksradikale bewegungen nur in sehr beschränkten maß geschaft haben die oberflächen der stadt als medium zu entdecken
anders die stadtinianer in bolonia die freaks in den usa
oder auch die bunten sprydosenschriften an den pariser hauswänden zu begin unserer revolte deren geist sie als erste formulierten
hohlen wir die kulturrevolution wieder aus den gefierfächern unseres hirns.
überlegen wir uns wie wir sie in diesem verdammten land beleben können. kommt dazu doch auch zum tunixtreffen nach berlin 27/28/29 januar. vergeßt euere farben nicht und guckt euch gut um was da in sachen wandmalerei so läuft
vorallem macht selber welche

das kleine gespenst"

KOMM' MIT SPRACH DER ESEL, ETWAS BESSERES ALS DEN TOD WERDEN WIR ÜBERALL FINDEN

BERLIN
16. Januar

Wir, die wir schon eine Weile auf unseren gepackten Koffern sitzen, schlagen vor, daß alle sich bis zum 30. März 1978 aus diesem Deutschland verpfeifen. Wir flaggen unsere Traumschiffe mit den buntesten Fahnen und segeln in den Süden davon - zum Strand von Tunix.

UNS LANGT'S JETZT HIER!

Der Winter hier ist uns zu trist, der Frühling zu verseucht und im Sommer ersticken wir hier. Uns stinkt schon lange der Mief aus den Amtsstuben, den Reaktoren und Fabriken, von den Stadtautobahnen. Die Maulkörbe schmecken uns nicht mehr und auch nicht mehr die plastikverschnürte Wurst. Das Bier ist

uns zu schal und auch die spießige Moral. Wir woll'n nicht mehr immer dieselbe Arbeit tun, immer die gleichen Gesichter zieh'n. Sie haben uns genug kommandiert, die Gedanken kontrolliert, die Ideen, die Wohnung, die Pässe, die Fresse poliert. Wir lassen uns nicht mehr einmachen und kleinmachen und gleichmachen.

WIR HAUEN ALLE AB!

...zum Strand von Tunix. Da bauen wir unsere eigene Hütten, wir schnitzen uns Gewehre und Sandalen. Und die kämpferische Genossin von der Bürgerinitiative baut Sonnenkollektoren für die Kinder, damit sie in die Glotze schauen können, wo der Maulwurf Mikesch den Frühschoppen moderiert. Unseren Geigen, Gitarren und Celli ziehen wir andere Saiten auf und spielen "Kein schöner Land als diesen Strand" mit Tommy und den Stones. Wer nicht singen kann, sucht Pilze. Der angestrengte Typ vom Anwaltskollektiv räuchert über'm Feuer seine alten Juraschinken die viel saftigeren der Schweine von gestern. Stets ein Gewinn wird jeder Einsatz der Genossen Kommunisten in der Arbeiter-Klassenlotterie. An schwülen Nachmittagen sitzen schwitzend schwatzende Schwule in kühlen Schaukelstühlen. Gemüsesuppe kocht eine ehemalige Männergruppe; die Basisgruppen graben - nach der Basis - den Garten um. Zum Mittagessen jagen einige Genossen Professoren kapitale Hirsche, und Heinrich Böll kocht Tee und diskutiert mit Wallraff über die neue Sinnlichkeit. Sein Eurolied singt Onkel Biermann zum Schlafengehen den Kindern vor.

DANN STEHT HIER ALLES LEER UND STILL

Da soll doch die Polizei im Filz von Bubble-Gum und Langweile ersticken, soll der Verfassungsschutz sein Grundgesetz mal endlich vor sich selber schützen. Mit Mob und Küchenschürze huscht der Werkschutz durch die Hallen, die Bänder vor dem zersetzenden Zugriff des Staubs zu retten. Die Kaufhäuser können sich ihren Sch und auch nur noch gegenseitig verkaufen. Und vor den schluchzenden Aufsichtsräten tanzt einsam und allein der Personalchef den sterbenden Schwan. Die Mietskasernen sind selbst den Tauben viel zu kalt, sie bewohnen die leerstehenden Kindergärten, Schulen und Universitäten.

WIR SIND ALLE WEG UND SEHEN; DASS WIR DA WAREN

und sehen, daß wir viele waren, denen es gestunken hat, die genug hatten. Wir sind alle abgehauen, weil wir uns ohnmächtig fühlten und allein und sehen, daß wir gar nicht allein waren.

UND DAS WOLLEN WIR DOCH MAL SEHEN

ob wir nicht jetzt schon - oder immer noch? - d a s i n d, ob wir nicht jetzt schon viele sind, die genug haben von allem, von den öden Asphalt-Beton-Wüsten, der Neubauviertel, von der waffenstrotzenden Präsenz und Gewalt des Polizeiapparates und davon, daß sie unsere Träume zerstören mit Peter Stuyvesant und Springers-Bild und ihren immer gleichen Fernsehshows, von der Coca-Cola-karajan-Kultur.

Genug davon, daß sie uns vorschreiben wollen, wie und wo wir uns zu organisieren haben und wer uns sympathisch zu sein hat, genug von Toten in den Gefängnissen und Fabriken, auf den Straßen, genug von Kontaksperren und dem Ausschluß unserer Verteidiger und davon, daß unsere Kinder seelisch verhungern in reglementierten Kindergärten und Schulen, zwischen eingezäunten Rasenflächen.

Das wollen wir doch mal sehen, ob wir nicht jetzt schon viele sind, die Widerstand leisten in so vielen Bereichen, mit so unterschiedlichen Anssätzen, in so vielfältigen Formen.

Kommen wir also zusammen, bevor wir alle abhauen, auf diesem Widerstandskongreß - erzählen wir, erfahren wir voneinander, bringen wir mal diese Widerstandsbewegung zum Ausdruck -

und hauen wir dann zusammen ab, segeln wir alle zum Strand von Tunix der weit weg liegen kann, oder vielleicht auch

UNTER DEM PFLASTER
VON DIESEM LAND

Am 27./28./29. Januar 1978 wird deshalb in Westberlin ein Treffen aller Freaks, Freunde und Genossen, ein Treffen all derer stattfinden, denen es stinkt, "in diesem unseren Lande".

Wir haben jahrelang geglaubt, daß mit Aktionen unter dem Motto "Weg mit ..." und "Nieder mit..." etwas zu verändern sei, wenn man es nur geschickt genug anstellt. Unsere Phantasie wurde darüber verstümmelt, eingeschläfert oder verschüttet. Statt uns wie immer auf die traditionelle Ebene des Widerstandes einzulassen, wollen wir diesmal über neue Formen des Widerstandes nicht nur miteinander diskutieren, sondern sie schon in der Art des Ablaufs unseres Treffens praktizieren. Wir wollen neue Ideen für einen neuen Kampf entwickeln, den wir selbst bestimmen und uns nicht von den Technikern das "Modell Deutschland " aufzwingen lassen. Wir wollen wegkommen von der Hilflosigkeit des ewigen Reagierens zu neuen Formen des Agierens. Wir wollen auch keine wochenlangen Aktionseinheitsverhandlungen führen über sinnige und unsinnige Parolen. Wir wollen keinen Minimalkonsens, der so platt und abstrakt wi richtig ist. Wir wollen das MAXIMALE FÜR JEDEN! Jeder kann seine eigenen Parolen und Gedanken formulieren, malen, singen und wir können trotzdem - oder gerade deswegen - gemeinsam kämpfen. WIR WOLLEN ALLES UND WOLLEN ES JETZT!

Wir werden ein 3-Tage-Fest feiern, und wir werden bereden, wie wir unsere Ausreise aus dem "Modell Deutschland" organisieren.

Wir werden bereden, wo Tunix liegt, und wie wir dorthin kommen.

oder:

Wir werden bereden, wie wir das "Modell Deutschland" zerstören und durch TUNIX ersetzen.

Es wird Ereignisse, Demonstrationen, Diskussionen geben

Theatergruppen werden kommen:
Los Tres Tornados, GRIPS, Karl Napp, Zarathustra, Himmel und Hölle, Hobbit-Puppenjunge, Hoschi, Fuddel's Anti-Kabarett ,Living Theater

Musikgruppen werden da sein:
Real Ax Band, Mobiles Einsatzorchester, Sogenanntes Linksradikales Blasorchester, Kölner Straßenmusikanten, Munju, MEK-Bilk, Zabba Lindner + Es, Missus Beastly, High Cracks, Rolf Exler - African Drumming, Teller Bunte Knete, Trotz und Träume, Krause Berlin, Berliner Stadtmusikanten, Embryo Ton,Stein,Scherben. Dementia praecox

Zu folgenden Themen finden Veranstaltungen und Diskussionen statt:

Die Veranstaltungen sind in der Technischen Universität

Eröffnungsveranstaltung
Mit Musik,Programmhinweisen,insbesondere wo die Theatergruppen auftreten werden.
Fr, 19.00

Schlußveranstaltung
So,20.00

Großes Tunix Fest
Sa,ab 22.00 in der "Taverne" am Lützowplatz

Demonstration
Sa,11.00 Demonstration vorm Knast in Moabit

"Ihre Tausendfache Angst wird Tausendfach Bewacht": Der Staat - Erobern oder zerstören?
Verhältnis der Linken zum Staat - Reaktion des Staats auf die Linke Sa, 19.00 Audimax
AUDINIX!

Mescalero - Ein Aufruf
Die Theorie von den zwei Welten - Diskussion um die Thesen des Westberliner Senator für Wissenschaft, Glotz - Zur Mescalero Mentalität - Kultur gegen Subkultur - Mit Peter Brückner, Daniel Cohn-Bendit, Mescalero und der internationalen Subkultur - Evtl. mit Senator Glotz Sa,14-17.00 Audimax

Anti-Psychiatrie
Diskussionsveranstaltung mit Peter Brückner, Michel Foucault, Felix Guattari, David Cooper, Theatergruppe Zarathustra u.a. So,11-14.00

Knastgruppentreffen
organisiert von der Roten Hilfe Westberlin
FR,ab 16.00 Mehringdamm 99

Endlösung Stammheim
Veranstaltung mit Rechtsanwälten und Sachverständigen aus dem In- und Ausland So,17-19.00

Feminismus und Ökologie
So 14-17.00

Politik der Minderheiten
Diskussion mit Genossen der Zeitschrift "Autonomie" und des Merve-Verlags über das Buch von Jean Francois Lyotard "Das Patchwork der Minoritäten" So,14-17.00

"Rosa glänzt der Mond von Tunix: Das Schwule und das Linke"
Sketch und Diskussionen über die Schwierigkeiten, an zwei Krankheiten zu leiden. Mit Vertreter/inn/en der Schwulen-, Frauen- und Männerbewegung. Veranstaltet von Schwulen des Westberliner Schwulenzentrums (ehem.HAW) Sa,17-19.00

Alternative Medienpraxis
Veranstaltung mit dem Verband des Linken Buchhandels (Verlage, Buchläden, Buchvertriebe, Druckereien), Off-Kinos, Radio Alice (Italien), Medienzentrum Kreuzberg, Vertreter der Alternativpresse u.a. So,14-17.00

Zensur und Selbstzensur
Erfahrungen mit den Maulkorbparagraphen 88a und 130a. Berichte aus den offiziellen Medien: Presse, Rundfunk und Fernsehen So,17-19.00

Wissenschaft - Utopie - Widerstand
Veranstaltung der 13 Berliner Herausgeber von "Buback - ein Nachruf" Sa,17-19.00

Linke Tageszeitung für die BRD und Westberlin
Diskussion mit Vertretern von Tageszeitungsinitiativen: Rechtsanwalt Ströbele, Günter Wallraf, Lotta Continua, Liberation und Alternativzeitungen Sa,17-19.00

"Nicht jammern und picheln, sondern hammern und sicheln"
Berichte und Diskussionen über unsere Erfahrungen, Auseinandersetzungen und Perspektiven als Student/inn/en, Streikerlebnisse und -ergebnisse. Mit Basisgruppen aus Hamburg, Göttingen, Kaiserslautern, Berlin und von den Unis, die sich noch melden. So,11-14.00

Aktionen des "Komitee zur Befreiung der AGIT-Drucker"
Drei Mitglieder des Druckkollektivs AGIT in Westberlin sitzen seit Oktober 1977 im Knast, weil sie die linksradikale Zeitschrift INFO–BUG gedruckt und nicht zensiert haben.

alternative Bildungsmodelle
Veranstaltung mit Vertretern von Alternativ-Schulen, Kinderläden usw. Sa,14-17,00

Berufsverbot gegen Rechtsanwälte
Am Beispiel der Rechtsanwälte Spangenberg, Groenewold und Croissant. Berichte - Diskussion - Film So,16-18.00

Anti-AKW und Ökologiebewegung
Von der Großtechnologie zur dezentralisierten Selbstversorgung mit Arbeitsgruppen zu ; alternative Energiegewinnung, alternative Technologie, Bürgerinitiativen und Kampfformen (Stadtzerstörung, Kraftwerke, Chemikalien, Nahrungsmittel) So,11-14.00

Diejenigen, die zum "Treffen in Tunix" kommen wollen, sollen sich möglichst bald mit ihren Westberliner Freunden in Verbindung setzen, um klarzumachen, ob sie bei denen schlafen können. Nur die, die absolut nichts haben, wo sie für die drei Tage unterkommen können, müssen möglichst bald an den Koordinationsausschuß schreiben. Der vermittelt dann was. Aber probiert es bitte erst einmal selber, sonst ersticken wir in Arbeit. Für die Berliner gilt selbstverständlich, daß sie uns jetzt schon mitteilen, wieviel Leute bei ihnen pennen können. Das ist ungeheuer dringend und wichtig. Ihr müßt dem Koordinationsausschuß unbedingt jetzt schon Bescheid geben und zwar massenhaft. Postkarte genügt, aber Tel.Nr. angeben.

Unsere neue Adresse: Koordinationsausschuß TUNIX, Savignyplatz 5 (Eingang Carmerstr.), Tel. 030 - 313 40 18 (16 - 18 h), 1000 Berlin 12,
Spendenkonto: Berliner Disconto Bank 043256702 H. Pfeffer

STAMMHEIM: DIE END–Gültige LÖSUNG?

STAMMHEIM 18.Januar

Am 12. Januar 1978 erschien Generalbundesanwalt Kurt Rebmann vor dem Baden-Württembergischen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Er kam diesmal nicht als Zeuge, sondern als "auskunftgebende Behörde" und gab dem Untersuchungsausschuß sowie der Presse "sichere Erkenntnisse" über die " raffinierte Weise", in der Pistolen, Patronen und Sprengstoff nach Stammheim zu den RAF-Gefangenen hineinkamen. Rebmann erklärte nicht nur WIE: " in verklebten Handakten,... in der Unterwäsche" - sondern auch, WER: die Rechtsanwälte Arndt Müller und Armin Newerla, die - nicht zu vergessen - vor ihrer Verhaftung im Büro Croissants gearbeitet hatten.

Rebmanns sichere Erkenntnisse betrafen auch das WO, WANN und WIESO: Im Vorführraum des Prozessgebäudes, im Frühjahr 1977, durch Austausch vorher präparierter "Handakten", die weder Anwalt noch Gefangene jemals aus der Hand liessen und die auch niemals von Metalldetektorsonden kontrolliert wurden. Mit zwei der drei so transportierten Pistolen sollen sich dann perfiderweise Baader und Raspe ein halbes Jahr später erschossen haben. Baden-Württemberg' s neuer Justizminister Palm (mit spürbarer Erleichterung): " Die These von den angeblichen Morden in Stammheim ist jetzt *endgültig zusammengebrochen*". Auch die deutsche Presse begrüßte einmütig diesen "größten Erfolg einer pedantischen Aufklärungsarbeit" (RNZ v. 13.1.1978).

Doch nach Generalbundesanwalt Rebmann und seinen Kollegen von der Karlsruher Bundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Lampe, kamen diese sicheren Erkenntnisse weniger durch

pedantische Aufklärungsarbeit als durch die Aussagen "sehr glaubwürdiger" Informanten; Informanten, die - z.Zt. in Untersuchungshaft - der Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung beschuldigt werden(§ 129a). In einer anschließenden Pressekonferenz bat Generalbundesanwalt Rebmann die Journalisten, sich nicht um die Namen dieser Informanten zu bemühen, diese wären durch Veröffentlichungen " sehr gefährdet ".

Die wohl-wissende "WELT"

Doch schon am nächsten Tag nannte die "Welt" einen Namen: Volker Speitel. Nun kann man dieser Axel-Springer-Zeitung kaum Verbindungen zu der "Terroristenszene" nachweisen - dagegen bekam die "Welt" schon während des ersten Stammheimer Prozesses in erstaunlicher Weise "inside-Informationen" - über wohlwissende Richter, wie Bundesrichter Albert Meyer, der sie von seinem Kollegen, dem damaligen Prozeßvorsitzenden Theodor Prinzing, hatte. Anscheinend sind die Quellen der "Welt" noch nicht versiegt.

Kurz danach nannte die Ludwigshafener "Rheinpfalz" auch die Untersuchungsgefangene Rosemarie Priess als Informantin. Frau Priess ist zusammen mit Volker Speitel Anfang Oktober 1977 verhaftet worden. Nach ausländischen Zeitungen wäre auch Hans-Joachim Dellwo - Bruder von Karl-Heinz Dellwo, der in Düsseldorf zu lebenslänglicher Haft verurteilt ist - einer von Rebmann's glaubwürdigen Informanten. Der Spiegel seinerseits berichtete über das - ihm bekannte - "aussagefreudige Trio".

Mit so vielen, so glaubwürdigen, angeblichen Informanten ist es ja kaum erstaunlich, daß die freie deutsche Presse (nur von böswilligen Außenseitern als: Staatstragende Presse (STP) diffamiert) zuerst keine Unwahrscheinlichkeiten in dieser "gesicherten" Erklärung eines Bundesanwaltes fanden. Noch dazu, wenn der als "auskunftgebende Behörde" spricht!

Erst als andere Staatsbeamte, nämlich die in Stammheim kontrollierenden Polizisten, Rebmann's Erkenntnisse als schlicht unmöglich darstellen: "*... das war selbstverständlich, daß die Handakten kontrolliert und aus der Hand genommen wurden. Eine Pistole darin wäre schon durch das Gewicht aufgefallen. Auch waren die Akten mit der Metallsonde geprüft.*" war plötzlich von "Widerspruch" die Rede.

Und kurz darauf entstand ein wütender Streit in Stuttgart um die Frage, wer denn eigentlich die Verantwortung für die "schlampigen" Kontrollen im Prozeßgebäude hatte: Richter oder Innenminister.

Aber andere, vielleicht viel gravierendere Ungereimtheiten in Herrn Rebmann's Versionen wurden in der staatstragenden Presse (STP) nicht einmal erwähnt. Erklärungen der Anwälte von Müller und Newerla sowie die betreffenden Punkte der Aussage von Irmgard Möller vor dem Untersuchungsausschuß am 16. Januar wurden schlicht ignoriert, obwohl es nicht schwer ist, diese Hinweise nachzuprüfen. Zum Beispiel:

Herrn Newerlas explosive Unterwäsche

Eine einfachste Frage - mit wem hätte Rechtsanwalt Newerla in den Sprechzellen des Gerichtsgebäudes Unterwäsche oder zumindest den - nach Rebmann - darin transportierten Sprengstoff ausgetauscht? - ist auch ganz einfach von Irmgard Möller beantwortet worden: Mit niemandem. "*Er war ja nur mein Anwalt, und - weil ich im Stammheimer Prozeß gar nicht angeklagt war, hatte ich überhaupt keine Möglichkeit in das Prozeßgebäude zu kommen. Auch Newerla, der keinen der Angeklagten vertrat, konnte ja überhaupt nicht in die Vorführräume hinein.*" Aber wen in der staatstragenden Presse (STP) interessieren solche Aussagen einer "Terroristin"?

In offiziellen Erklärungen wird Rechtsanwalt Müller fast beschuldigt, daß er 584 (na, sind das nicht viel zu viele) Besuche bei RAF-Gefangenen gemacht habe - da hätte er ja wirklich Gelegenheit gehabt, ein ganzes Arsenal hineinzuschmuggeln. Nun erklärt Rebmann aber, daß die Waffen im Frühjahr 1977 ins Stammheimer Gerichtsgebäude hineingetragen wurden; erst nachdem sie Andreas Baader "im März bestellt haben soll". Aber — zwischen März — selbst wenn wir den allerersten März als Anfangsdatum nahmen, und dem Prozeßende am 28. April 1977, gab es nur ELF (in Zahlen: 11) Hauptverhandlungstage — und nur an diesen Tagen konnten Anwälte überhaupt ins Gerichtsgebäude! Und keineswegs zu jedem dieser elf Hauptverhandlungstage wurde die Angeklagte Gudrun Ensslin, mit der (und nur mit ihr, seiner Mandantin) RA Arndt Müller überhaupt Verteidigergespräche führen konnte, vom Gefängnisgebäude ins Prozeßgebäude herübergebracht. Zu Prozeßende war Gudrun Ensslin außerdem, nach einem einmonatigem Hungerstreik gegen die Haftbedingungen, so geschwächt, daß die Gefängnisärzte ernsthaft mit ihrem Tode rechneten.

Nach Prozeßende (28. 4.) wurden weder Anwälte noch RAF-Gefangene in das Gerichtsgebäude gelassen. Nach Rebmannscher Darstellung kommen keineswegs 584, sondern weniger als 11 Gelegenheiten infrage, drei Pistolen, den Unterhosen-Sprengstoff, Patronen und vielleicht andere, noch nicht gefundene Waffen durch das Gerichtsgebäude in Handakten einzuschleusen. Wurden vielleicht mehrere Pistolen in einer Handakte versteckt?

Die sicheren Informanten:

Aber vielleicht das größte, von der deutschen staatstragenden Presse (STP) bis jetzt kaum angeschnittene Problem liegt sowohl in der Zahl als auch in der Zuverlässigkeit der angeblichen Informanten. Die Presse nennt Dellwo, Priess und Speitel — Generalbundesanwalt Rebmann gibt weder Namen noch Zahl, spricht aber von Informanten in der Mehrzahl.
Aber ... Rosemarie Priess beklagt sich, daß sie weiterhin, trotz richterlicher Anweisung, in totaler Isolationshaft im Aichacher Frauengefängnis gehalten wird. Dies scheint im Widerspruch zu der Rolle eines Informanten zu stehen.
Aber ... im Falle Hans-Joachim Dellwo wurde seine Verteidigerin anscheinend von Oberstaatsanwalt Lampe informiert, daß sie "bestellt" werden würde — das heißt: als Pflichtverteidigerin ernannt und von der Justiz bezahlt, falls ihr Mandant Aussagen machen würde. Sie bleibt zur Zeit unbestellt, unbezahlt. Die Rechtsanwältin scheint dies als einen neuen "Fortschritt" deutscher Justiz zu verstehen und beklagt sich bitterlich. Es scheint zweifelhaft, daß Hans-Joachim Dellwo Aussagen gemacht hätte.
Aber ... im Falle Volker Speitel ist bekannt, daß dem Wahlverteidiger das Mandat entzogen wurde und daß Speitel jetzt von einem von Bundesrichter Kuhn genannten Pflichtverteidiger vertreten wird. Dieser will den Fall so "unpolitisch wie möglich" führen, was bei einer Anklage wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung etwas kompliziert zu sein scheint.

Der Haftprüfungstermin von Rechtsanwalt Newerla

Am 16. Januar 1978 fand ein Haftprüfungstermin in dem Verfahren gegen Rechtsanwalt Newerla statt. Trotz der gesicherten Erkenntnis von Generalbundesanwalt Rebmann, daß mehrere Informanten Newerla beschuldigten, Sprengstoff in seiner Unterwäsche im Vorführraum (den er nicht betreten konnte) an Mandanten (die er nicht hatte) geliefert zu haben, wurden Ne-

werla und seiner Verteidigerin nur Auszüge einer Aussage eines einzigen Informanten vorgelegt. Und darin stand – daß der Informant NICHT wisse, ob Rechtsanwalt Newerla Sprengstoff transportiert habe.

Der Informant hätte auch erklärt, er sei nicht unter Druck gesetzt worden, er habe auch keine Versprechungen erhalten, er habe lediglich die Zusicherung zu einem fairen Prozeß erhalten. Es wäre interessant ihn zu fragen, ob er fürchtet, daß er im Rechtsstaat Deutschland ohne solche Zusicherungen Gründe hätte, einen anders als fairen Prozeß zu befürchten. Es scheint heute noch unsicher, ob die Stammheimer Waffen in der – nach Generalbundesanwalt Rebmann – beschriebenen Weise ins Gefängnis kamen. Auch ist die Frage, wie Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe ums Leben kamen, vielleicht nicht ganz so geklärt wie Justizminister Palm glaubt. Während des ganzen Prozesses piepste kein Detektor, wenn – angeblich – die Anwälte die Waffen, Munition usw. hereinschmuggelten; es gibt anscheinend keine Fingerabdrücke oder sonst gängie kriminalistische Beweise,

drücke oder sonst gängige kriminalistische Beweise, die die Rebmann'sche These untermauern. Man ist deswegen in erster L[illegible]e auf die Glaubwürdigkeit der mehreren, (oder wenigen, oder einzelnen, oder ?) Informanten angewiesen. Deswegen wird die Frage, ob ein Gefangener irgendwelche Gründe hat unrichtige Aussagen zu machen, um Familienmitglieder, evtl Kinder, vor irgendwelchen Schwierigkeiten zu beschützen, noch sehr sorgfältig untersucht werden müssen.

PS. Frage: Was ist der Unterschied zwischen "Sender Gleiwitz" und Sarajevo?
(Antwort: nächster ID)

PPS.: vgl. Presseerklärung zu Grischa ... in diesem ID

ITALIENISCHE ABGEORDNETEN-DELEGATION IN DER BRD

STAMMHEIM
17. Januar

Eine Delegation italienischer Abgeordneten ist in dieser Woche in die BRD gekommen, um nach dem Rechten zu sehen. An die Organisatoren ihrer Reise haben sie folgendes Telegramm geschickt, das von den diesem Staat so eng verbundenen Medien unterschlagen wurde:

"Ankündigung wichtiger Mitteilung (des) italienischen Ministerpräsidenten kommenden Montag im Parlament bzw. unserer Anwesenheit bei öffentlicher Anhörung durch parlamentarischen Untersuchungs-Ausschuß in Stammheim am gleichen Tage. Wir haben diese Initiative aufgrund entsprechender Erwartungen und Besorgnisse italienischer öffentlicher Meinung ergriffen. Erwarten Ergebnisse dieser Anhörung. Vertrauen in vorurteilslose Erörterung parlamentarischen Ausschusses. Ersuchen um Kenntnisnahme unseres Interesses und mögliche spätere Begegnung mit deutschen Behörden."

Adele Faccio (Radikale Partei)
Luciana Castellina (Democracia Proletaria)
Maria Magnani–Noia (Sozialist. Partei)
Giancarla Codrignani (Gruppe Unabh. kathol. Linke in der PCI)
Susanna Agnelli (Republik. Partei/Schwester vom Fiat–Boss)
Carlo Francanzani (Christdemokrat. Partei – !!! –)
Senator Melis (Unabh. Sardische Partei)
Raniero La Valle (Unabhäng. Linke)

ERKLÄRUNG VON RECHTSANWALT ARND MÜLLER

FRANKFURT
16. Januar

Rechtsanwalt Wolfgang Reder, Frankfurt, gibt nachfolgende Erklärung seines Mandanten, Rechtsanwalt Arnd Müller, an die Öffentlichkeit:

"Die Bekanntmachung der Bundesanwaltschaft vom 12.1.78 ich hätte drei in der Justizvollzugsanstalt Stammheim angeblich gefundene Pistolen der Gefangenen Gudrun Ensslin, Anderas Baader und Jan-Carl Raspe übergeben, entspricht dem seit 1972 gegen die Verteidiger der Gefangenen aus der RAF lancierten Klischee. Die Meldung ist rein propagandistisches Manöver.

Die Veröffentlichung zu dem jetzigen Zeitpunkt macht deutlich, worauf es der Bundesanwaltschaft in Wirklichkeit ankommt:

auf die propagandistische Beeinflussung

– der für den 16.1. zu erwartenden Erklärung von Irmgard Möller vor dem Untersuchungsausschuß des Baden-Württembergischen Landtags,

– der ursprünglich vor dem Abschluß am 20.1. stehenden Beratungen in Bonn über die geplanten "Anti-Terror-Gesetze",

– der kommenden Prozesse gegen Rechtsanwalt Groenewald (am 18.1.) und Rechtsanwalt Dr. Croissant.

Was auch immer an kriminalistischen Konstruktionen erstellt wird, ich kann schon jetzt ruhigen Gewissens erklären, daß ich bisher in meinem Leben noch nie eine Pistole bzw. Sprengstoff in der Hand gehabt hatte. Daher sind auch die Äußerungen von angeblichen Informanten Lügen."

gez. Rechtsanwalt Arnd Müller

Zu den Vorwürfen erkläre ich als Verteidiger:

1. Die Bundesanwaltschaft hat es offenbar bis heute nicht für nötig gehalten, die Verteidiger über die Vorwürfe zu informieren.
2. Die Verteidigung wendet sich gegen die Vorverurteilung von Rechtsanwalt Arnd Müller durch die Bundesanwaltschaft und deren höchsten Ermittlungsbeamten.
3. "Kronzeugen" oder "Informanten" sind kein gesetzliches Beweismittel. Die Erfahrungen, die bisher mit Beschuldigten als Belastungszeugen gemacht wurden, etwa mit Karl - Heinz Ruhland und Gerhard Müller, waren negativ.

Wolfgang Reder, Rechtsanwalt

„DASS ICH NICHT MEHR SPRECHEN KANN"

BRIEF VON INGRID SCHUBERT

MÜNCHEN/
FRANKFURT
15. Januar

Zwei Tage beziehungsweise eine Woche vor ihrem Tod hat Ingrid Schubert Briefe geschrieben, die uns jetzt vorliegen. Unterm 4. und 10. November 77 schrieb sie an einen Buchhändler: „Nach nichts bin ich so gierig wie nach Menschen, die ich liebe - und nach Büchern, die ich brauche...". Am 12. November wurde sie in ihrer Zelle der JVA Stadelheim tot aufgefunden.

„Lieber M.,

an deinem Brief wurde lange gerätselt offenbar - er ist erst heute angekommen. Gut, daß du geschrieben hast, ich hatte keine Ahnung, woher ich deine Adresse bekomme, nachdem

beschlossene Sache zu sein scheint, daß ich nie mehr nach Stammheim und damit an unser (unersättliches) Material komme, das im BKA-Tresor verschwinden wird. Ich hab auch was dagegen, mit der Hand zu schreiben, aber Schreibmaschine wie eigene Bücher, eine simple Schere usw. gehört ab sofort zu den Dingen, die die Sicherheit der BRD gefährden. - Deine Stimme gehört zu den Vertrauten und so war ich zum erstenmal sowas wie froh. Aber im Versuch zu antworten fällt mir die grauenhafte Tatsache wie ein Stein auf den Kopf - daß ich nicht mehr sprechen kann, nach 3 Monaten Schweigen und dem was gelaufen ist. In dieser Schizophrenie zwischen „Genug" und „mal sehn" passiert zwar ungeheuer viel, aber es geschieht mit dir - du hast keine Möglichkeit, dich in irgendeine Beziehung zu setzen, zu relativieren, der Dialog eben, aus dem du erst lebst. Und man kann es nicht beschreiben.

Nach nichts bin ich so gierig wie nach Menschen, die ich liebe - und nach Büchern, die ich brauche, aber ich bekomme sie nicht, wenigstens hier nicht und nach dem was sie planen - Metallkäfige und Dauerüberwachung (die schon läuft Tag und Nacht) - für lange Zeit nicht. Aber es wäre mir lieb, wenn du mir eine Liste der Bücher, die du nach Stammheim geschickt hast, gibst für die Zeit, die vielleicht mal kommt - ich bin nämlich dort nicht mehr zum Lesen gekommen, und evtl. kann ich sie wiederbekommen - oder Gabi oder Werner, die in der gleichen Situation sind (d.h. alle Gefangenen sind total isoliert, wie du weißt - nur hat man uns atomisiert).

Müller ist ein (kluger) Diplomat. „Schwierig" ist mir bisher zu mir nicht eingefallen, aber es stimmt. Die, die ich am meisten liebe, sind tot - sie hatten es schwer mit mir, und ich mache es mir schwer. Mal sehn, vielleicht kann ich das mal aufschreiben, wenn ich wieder reden kann. Z.Zt. wird alles Dreck, kaputtes Gestammel. Ein Bericht wie der, den du gelesen hast, war nur möglich aus dieser Intensität der Beziehungen, aus der Macht des Kollektivs - die reale Gegenmacht ist. Ja, und ich bin sehr verschieden von G., du wirst sie kaum in mir entdecken, aber wir wollten dasselbe - denk ich zumindest. Obwohl das eine sehr differenzierte Sache ist.

Schreibst du auch an Gabi - tu es bitte. Sie ist in der Irrenanstalt auf dem Hohenasperg - und das bedeutet totale Entmündigung. Kann sein, daß ich dir manchmal einfach so schreibe, da ich mir zu dir und deinem Leben was vorstellen kann. - Das Photo der Terroristen + die Briefmarken war deinem Brief entnommen worden.

Ich grüße dich
Nina"

„Lieber M.,

ich habe jetzt die Genehmigung, Philosophie zu studieren. (Und werde zu diesem Zweck auch irgendwann ne Schreibmaschine bekommen), und da ich schon lange mal vorhatte, mir Sartre, Benjamin und Lukacs näher anzusehen, bitte ich dich, mir ihre wichtigsten Werke zu schicken. Von Benjamin fehlen mir die Titel seiner Hauptwerke oder auch interessantere kleinere Sachen, die ich noch nicht kenne - ich vertraue dir da vollkommen. Von Lukacs auf jeden Fall „Geschichte und Klassenbewußtsein" - und sonst wie bei Benjamin: Stell was zusammen. Sartre: Die Wörter, Kritik der dialektischen Vernunft, das Imaginäre, die Transzendenz des Ego, Kolonialismus + Neokolonialismus und vielleicht noch was von seinen Romanen (kenne ich keine, keine Ahnung, ob sie sich lohnen). Camus: Mensch in der Revolte. Battaille: hab ich die Titel auch nicht, also die seiner philosoph. Schriften.
Und was dir sonst noch so einfällt.
Dazu Prospekte packen + die Liste, von der ich dir schon schrieb. Als total reizverarmter Mensch lecke ich mir schon alle 10 Finger nach deinem Paket.
Die Bücher müssen soweit ich informiert bin original verpackt sein. Das ganz schnell. Gruß Nina"

ERKLÄRUNG
ANGEHÖRIGE POLITISCHER GEFANGENER SUCHEN HILFE IM AUSLAND

STUTTGART 8.Januar *Die Bundesanwaltschaft, durch internationale Kritik aufgestört, gibt bekannt, politische Gefangene in der BRD in den "Normalvollzug" integrieren zu wollen.*

Die Wirklichkeit sieht anders aus, wie der folgenden Erklärung von Angehörigen politischer Gefangener zu entnehmen ist, die während eines Treffens in Stuttgart am 7. Januar verfaßt und in Italien (Tageszeitung "il manifesto...") und Schweden veröffentlicht wurde:

"Wir, Angehörige der politischen Gefangenen, wenden uns an die italienische Öffentlichkeit mit der Bitte, um Unterstützung unserer Bemühungen, eine Änderung und Verbesserung der Haftbedingungen dieser Gefangenen zu erreichen.

In großer Sorge um Leben und Gesundheit unserer inhaftierten Angehörigen sehen wir uns zu einem solchen Schritt veranlaßt, weil unsere eigenen Initiativen und der jahrelange Kampf der Gefangenen um bessere Haft- und damit Lebensbedingungen bisher verschwiegen, verfälscht und denunziert wurden.

Um die wachsende internationale Kritik zu entschärfen, hat die Bundesanwaltschaft durch die Medien verbreiten lassen, man wolle nun die politischen Gefangenen in den Normalvollzug integrieren. (Für diese Forderung kämpften die Gefangenen in drei Hungerstreiks. Holger Meins starb dabei durch unterdosierte Zwangsernährung).
Statt der angekündigten Integration werden jedoch in Wirklichkeit zu der schon vorhandenen Isolation Methoden der Stressmanipulation angewendet:
- ständige Beobachtung bei Tag und Nacht
- ständige Beleuchtung der Zellen und wochenlanger Schlafentzug durch nächtliche Kontrollen
- menschenunwürdige Körperkontrollen bei völliger Entkleidung mehrmals täglich
- zynische Morddrohungen und Provokationen seitens der Vollzugsbeamten (z.B. Werner Hoppe wurde eine Schlinge vor die geöffnete Zellenklappe gehängt; in der Tasche seiner Anstaltshose fand er eine scharfe Messerklinge, usw.)
- häufige Zellendurchsuchung (auch nachts)
- willkürliches Vorenthalten persönlicher Habe
- Einführung der Trennscheibe bei Verteidigergesprächen
- Ausschluß von Verteidigern, teilweise Überwachung von Verteidigergesprächen
- drastische Einschränkung von Besuchen; Drohung, die Besucher zu kriminalisieren, falls Gespräche über die Situation der Gefangenen oder das politische Geschehen draußen geführt werden. Sogar die Besucher sollen mit in das Vernichtungsprogramm einbezogen werden
- Zurückhalten und zensieren von Zeitungen und Briefen.
- Wiedereinführung der totalen Isolation oder Reduzierung bzw. völlige Streichung des Umschlusses

Alle diese Maßnahmen, die unter dem Vorwand der "Selbstmordvorbeugung" angewandt werden, müssen zu schweren psychischen und physischen Schäden führen.
Herr Klaus vom BKA hat vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Landes Baden-Württemberg formuliert, daß das BKA mit weiteren Selbstmorden rechnet. Soll sich die Öffentlichkeit daran gewöhnen, daß immer wieder tote Gefangene herausgetragen werden?
Nach dem Tod von Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe, Andreas Baader und Ingrid Schubert in den Gefängnissen der BRD sind wir uns darüber im Klaren, daß die politischen

Gefangenen sich in permanenter Lebensgefahr befinden.
Wir Angehörigen halten ihren Selbstmord für unmöglich.
Wir wissen, daß die Gefangenen kampfbereit und betont zukunftsgewiß sind. Sie haben wiederholt schriftlich und mündlich erklärt, daß ein Selbstmord für sie niemals in Frage kommt.
Zur Zeit befinden sich fünf Gefangene im Hungerstreik (Christa Eckes, Annerose Reiche, Inga Hochstein, Manfred Grashof und Klaus Jünschke), mit dem wir uns solidarisch erklären.

Wir Angehörigen fordern für die Gefangenen Haftbedingungen, die der Menschenrechtskonvention und den Mindestgarantien der Genfer Konvention entsprechen.
Darüberhinaus fordern wir:
- Eine Untersuchung der Haftbedingungen durch Amnesty International und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes
- ständige Überprüfung der Haftsituation der Gefangenen durch persönliche Besuche der oben angeführten Organisationen – auch und ganz besonders für den Fall einer neuerlichen Anwendung des Kontaktsperregesetzes
- Einsetzung einer internationalen und unabhängigen Kommissio zur Untersuchung der Todesumstände in Stammheim und Stadelheim und ihrer Verantwortlichkeit
- öffentliche Anhörung von Irmgard Möller vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß.

Darum sind wir dankbar für jede menschliche Unterstützung und Solidarität im Ausland.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen"

PRESSEERKLÄRUNG GRISCHA SPEITEL

STUTTGART 17. Januar

Wir wenden uns an die Öffentlichkeit, nachdem wir erlebt haben, wie das Jugendamt in Stuttgart und das Vormundschaftsgericht in Zusammenarbeit mit Bundeskriminalamt (BKA) und Landeskriminalamt (LKA) seit Monaten alles dransetzen, um Grischa Speitel ins Heim zu stecken.

Grischa Speitel ist der achtjährige Sohn von Angelika und Volker Speitel. Grischa wohnt mit seinem Vater bei uns und wird seit Jahren auf Wunsch von Angelika, Volker und Grischa von uns versorgt.
Der Staat versucht in immer stärkerem Maße, das Recht auf Meinungsfreiheit zu unterdrücken und zu beschränken.
Hier, bei uns, wird zum ersten Mal versucht, ein Kind, das kritisch und selbstbewußt "erzogen" wird, aus seiner Umgebung herauszureißen, um es im Heim oder der entsprechenden Familie "so" zu erziehen, daß es später ein unkritischer Staatsbürger wird.

Wir wollen, daß Grischa weiterhin die Möglichkeit hat, sich über all das auseinanderzusetzen, was ihn beschäftigt und interessiert, und zwar kritisch.
Wir akzeptieren seine Entschuldigung hierzubleiben, weil wir ihn als Kind sehen, das sehr wohl in der Lage ist, für sich zu bestimmen, was es will: Im Gegensatz zur Schwester von Angelika, Maritta Janser und dem Jugendamt, die sich schon von vornherein über ihn hinwegsetzen und über ihn bestimmen,ohne ihn überhaupt gefragt zu haben.
Mit Volker Speitels Verhaftung Anfang Oktober 77 fingen Beamte des BKA an, massiven Druck auf das Jugendamt und die Verwandten von Grischa auszuüben. Bei unserer ersten Vorladung von dem Jugendamt zum Sachbearbeiter Herr Hörner wurde uns erklärt, daß Grischa nicht bei uns bleiben kann. Konkrete Gründe konnte Herr Hörner nicht nennen, sondern hantierte nur mit Verdächtigungen rum, so in etwa: es ginge um unsere poliitsche Einstellung usw.

Die Mutter von Volker Speitel hat daraufhin einen Pflegschaftsantrag gestellt, um ihr Enkelkind vor dem Zugriff der Behörden zu schützen., damit er in der jetzigen Umgebung, die ihm vertraut ist und in der er sich wohlfühlt, bleiben kann. Von dem Moment an wurde die Mutter von Volker vom BKA und LKA Stuttgart und dem Jugendamt ständig unter Druck gesetzt:
- regelmäßige "Besuche" von Beamten der Polizei bei ihr und Ihren Verwandten, wo die Polizeibeamten sie bedrängt haben, das Kind bei uns herauszuholen. Dabei tat sich ein Beamter namens Friesel immer besonders hervor. Damals war er noch beim LKA; jetzt haben wir erfahren, daß er befördert wurde und neuerdings seine"Arbeit" beim BKA in Bonn erledigt.
- laufend anonyme Drohrufe;
- ihre Verwandten wurden vom LKA ohne ihr Wissen in ihre Wohnung bestellt und dort verhört;
- für den Fall, daß sie nicht bereit wäre, Grischa bei uns herauszuholen, wurde ihr mit einer Strafanzeige wegen unterlassener Hilfeleistung gedroht.

Nachdem alle diese Terrormaßnahmen der Polizei nichts bewirkt hatten, wurde sie in der letzten Dezemberwoche von Friesel und noch zwei Beamten zum Jugendamt gebracht. Dort wurde sie drei Stunden vom Jugendamtsleiter Harrer, BKA-Beamten Friesel und zwei LKA-Beamten bearbeitet.
Ihr wurde die Alternative gestellt, Grischa entweder zu der Schwester von Angelika Speitel, Maritta Janser zu bringen, wohin Grischa auf keinen Fall will, oder in ein geschlossenes Heim. Nach dieser totalen Einschüchterung wurde sie von Friesel und den anderen Polizeibeamten zu dem Notar Wöhr vom Vormundschaftsgericht in Stuttgart gebracht. Auf dem Weg dorthin fädelten diese beiden Herren den bisher unverschämtesten und unglaublichsten Ernüchterungsversuch ein:
BKA-Beamter Friesel griff zum Funksprechgerät und gab folgende fingierte Meldung durch: Es sei eine Großfahndung auszulösen nach Grischa und uns, da wir Stuttgart mit unbekanntem Ziel verlassen hätten und sie vermuten würden, daß Grischa entführt werden soll.
Dieses Beispiel zeigt ganz deutlich, daß sie alle Mittel einsetzen, um ihr Ziel zu erreichen.

Beim Notar Wöhr wurde ihr ein Beschluß zur Unterschrift über die Pflegschaft von Grischa vorgelegt, der sich aber in der weiteren Formulierung als Vormundschaftsbeschluß herausstellte. Auf ihre Frage, warum plötzlich von Vormundschaft die Rede wäre, antwortete man ihr: Das wäre ja dasselbe!
Dies war nur möglich, indem man bewußt ihren Anwalt von dem Verhandlungstermin nicht benachrichtigte, was normalerweise üblich ist. Die Spitze des Ganzen war, daß Friesel den Notar bedrängte, die Vormundschaftsunterlagen ihm und nicht der Mutter von Volker Speitel zu überreichen, um Grischa sofort bei uns herauszuholen. Dem Notar Wöhr war bewußt, daß er die Forderungn von Friesel nicht erfüllen konnte, sonst hätte er seinen Job auf's Spiel gesetzt.
Obwohl dem Jugendamt bekannt ist, daß Grischa bei uns wohnt, und von uns versorgt wird, haben wir von ihnen erst wieder am 11.1.1978 gehört. Sachbearbeiter Herr Hörner rief morgens um 10 Uhr an und ließ ausrichten, daß nachmittags ein Termin sei, zu dem wir kommen sollen, es ginge um Grischa.
Zu diesem Termin waren auch die Mutter von Volker und Frau Maritta Janser bestellt worden.
Volkers Mutter wurde in übelster Weise gezwungen, diesen Termin wahrzunehmen.
Durch die ständigen Terrormaßnahmen der Polizei erlitt sie am 11.1.78 einen Kreislaufkollaps. Aus diesem Grund war sie nicht in der Lage, den für diesen Tag festgelegten Termin beim

Jugendamt einzuhalten und ließ sich mehrmals telefonisch entschuldigen. Trotzdem kamen zwei Polizeibeamte in ihre Wohnung und zwangen sie, mitzukommen.

Auf dem Jugendamt teilte uns Herr Hörner mit, daß die Mutter von Volker die Vormundschaft bekommen hätte und jetzt bestimmen würde, daß Grischa von uns weg zu Frau Maritta Janser soll.
Und daß das Jugendamt sich vorgestellt hätte, "das alles am Wochenende über die Bühne zu bringen."
Wir weigerten uns, diesem "Angebot" zuzustimmen und fragten die Mutter von Volker, warum sie es sich anders überlegt hätte.
Antwort: Ich kann nicht mehr, ich will meine Ruhe haben.
Auf unsere Frage an Herrn Hörner, nach welchen gesetzlichen Bestimmungen Grischa nicht bei uns bleiben kann, konnte er uns keine konkrete Antwort geben.
Er weiß sehr wohl, daß es keine gesetzliche Grundlage gibt, Grischa von uns weg zu holen.
Er war durch unsere Fragen so verunsichert, daß ihm die Information herausrutschte, daß das Jugendamt unter dem Druck vom BKA steht, also auf Anweisung des BKA handelt.
Was dabei sichtbar wird ist, daß das BKA seine Macht immer weiter ausdehnt und jetzt das Jugendamt benutzt, um über Kinder von politischen Gefangenen verfügen zu können.

Darauf sagten wir, daß wir unseren Anwalt hinzuziehen werden. Herr Hörner holte nun den Leiter des Jugendamtes Herrn Harrer hinzu. Herr Harrer nannte uns ebenfalls keine Gründe, und wir blieben dabei, unseren Anwalt einzuschalten.
Der Leiter des Jugendamtes, Herr Harrer, führt praktisch den ersten exemplarischen Versuch durch, das Kind von einem politischen Gefangenen ins Heim zu stecken.

Die eigentliche Aufgabe eines Jugendamtleiters und des Jugendamtes sollte es sein, grundsätzlich im Interesse des Kindes zu handeln. Das einfachste wäre, Grischa bei uns zu lassen, was er auch will.
Warum sie Schwierigkeiten machen, liegt daran, daß Grischa bei uns wohnt. Harrer ist verantwortlich für die Maßnahmen gegen Grischa. Das, was Harrer macht, ist Sippenhaft!

Wir wollen, daß Grischa bei uns bleibt, und Grischa will das auch. Wir werden nicht zulassen, daß ein achtjähriges Kind aufgrund von politischem Staatsinteresse aus seiner normalen und für ihn wichtigen Umgebung herausgerissen wird, zu einer Tante, zu der er nicht will. Denn sie wird alles tun, um jeglichen Kontakt zu seiner jetzigen sozialen und emotionalen Umgebung abrupt abzubrechen und zu zerstören.
Grischa wohnt und lebt seit Jahren mit den gleichen Personen (Erwachsene und Kinder) zusammen, die ihm die nötige Sicherheit und das für ihn sehr wichtige Vertrauen geben. Er wuchs zusammen mit der gleichaltrigen Susanne wie mit einer Schwester auf. Sie sind seit 7 Jahren zusammen, gehen in die gleiche Schulklasse, haben dieselben Freunde in der Nachbarschaft und in der Schule und wollen auf jeden Fall zusammen bleiben.

Unterstützt uns mit allen verfügbaren Mitteln, daß Grischa bei uns bleiben kann.
Schreibt Protestbriefe und Telegramme an den Notar vom Vormundschaftsgericht und ans Jugendamt:

An das Jugendamt
z.H. Herrn Harrer
Wilhelmsplatz 7
7 Stuttgart 1

An
Notar Wöhr
Königstr. 19a
7 Stuttgart 1

KONTAKTSPERRE FÜR GABRIELE KRÖCHER-TIEDEMANN UND CHRISTIAN MÖLLER

ZÜRICH
11. Januar 78

Aus einer Presseerklärung der Züricher Rechtsanwälte Rambert, Schöneberger und Zweifel:

Die drei Rechtsanwälte haben am 27. Dezember 77 die Verteidigung von Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller übernommen. Am selben Tag haben sie beim zuständigen Untersuchungsrichter Dr. Hublard, Pruntrut, um das verfassungsmäßig garantierte Recht ersucht, ihre Mandanten besuchen und frei und unaufbesichtigt mit ihnen reden zu können. Mit Schreiben vom 28. Dezember lehnte der Untersuchungsrichter jegliche Kontaktaufnahme der Verteidiger mit ihren Mandanten ab; er erklärte, die Gefangenen würden keine Aussagen machen, weshalb er sie nicht verhören könnte. Gegen diesen ablehnenden Bescheid wiederum haben die Anwälte bei der Anklagekammer des Kantons Bern am 29. Dez. Beschwerde eingelegt, die bis zum 11. Januar nicht beantwortet war. In der Presseerklärung heißt es:

"Wir stellen fest: Unsere Mandanten sind seit ihrer Verhaftung ununterbrochen in Einzelhaft. Der Kontakt mit den Verteidigern ist ihnen verwehrt. Sie erhalten auch keine anderen Besuche. Sie sind damit wie zahlreiche andere Gefangene dem persönlichkeitsvernichtenden Regime der Totalisolation ausgesetzt. Zeitungsberichten ist zu entnehmen, daß zumindest Frau Kröcher-Tiedemann mit einem Hungerstreik gegen diese Käfighaltung und die Verweigerung des Rechtsbeistandes protestierte, was mit verschärfter Einzelhaft (Cachot) beantwortet wurde.

Das Recht eines Gefangenen, mit seinem Verteidiger verkehren zu können, kann wohl zu einem der fundamentalsten Grundsätze eines Rechtsstaates gezählt werden. Jemandem dieses Recht ohne gesetzliche Begründung abzusprechen, kommt einer Absage an den Rechtsstaat gleich ...

Die Anklagekammer des Kantons Bern ist seit über 12 Tagen im Besitze der Beschwerde gegen das Kontaktverbot. Ein Entscheid liegt bis jetzt nicht vor, obwohl der Gegenstand der Beschwerde seiner Natur nach dringlichst ist.

Diese Umstände zeigen, daß im Kanton Bern — im Gegensatz zur BRD — ein Kontaktsperregesetz nicht neu eingeführt werden muß; ein Gesetz, das bekanntlicherweise rechtsstaatlich höchst umstritten ist.

Im übrigen stellt sich die Frage, ob hier nicht eine Taktik angewandt wird, die darauf hinzielt, die körperliche und geistige Integrität der Gefangenen zu beeinträchtigen, die Verteidigungsrechte zu sabotieren und ein Geständnis zu erzwingen.

Wir sehen uns angesichts dieser höchst problematischen Haltung der Berner Behörden gezwungen, die kritische Öffentlichkeit zu informieren."

Kontakt: RA B. Rambert, RA E. Schönenberger, RA H. Zweifel, Postfach 125, CH-8026 Zürich

DRITTES TREFFEN DER LINKEN JURA-GRUPPEN

GIESSEN
17. Januar

Vom 10. bis 12. März 1978 wird in Gießen das dritte Treffen linker Jura-Gruppen stattfinden. Diskussionspunkte waren bisher: Knast, Gewerkschaften, Randgruppenarbeit, Universität, Anwaltskollektive.

Wer an den bisher erarbeiteten Materialien interessiert ist, und wer am nächsten Treffen teilnehmen will, der wende sich an folgende Adresse.

Winfried Möller, AStA der Justus–Liebig Universität, Leihgesterner Weg 16, 6300 Giessen, Tel.: 0641/71558 oder 72143

SOZIALARBEITER IM STREIK – JUGENDLICHE KÄMPFEN UM IHR JUGENDHAUS

FRANKFURT 18. Januar Seit Montag streiken die Sozialarbeiter der Arbeitsgemeinschaft Jugend– und Sozialarbeit am Frankfurter Berg, einem Verein, dessen Träger der Internationale Bund für Sozialarbeit Jugendsozialwerk e.V. und der ev. Regionalverband sind. Der Frankfurter Berg ist eine Hochhaussiedlung im Norden Frankfurts, die von einem Autobahnzubringer, Amikasernen und einem Militärflughafen eingegrenzt ist. Für die 4.000 Bewohner gibt es in diesem Stadtteil außer einem kleinen Einkaufszentrum und einer Kneipe keine anderen Freizeit–möglichkeiten. Von 1972 an wurde die Siedlung in den Akten des Bauamtes als "Sozialer Brennpunkt" geführt, was heißt: völlig mangelhafte Infrastruktur und keine ausreichende soziale Versorgung.
Und genau darum geht es.

Schon seit 8 Jahren werden die Jugendlichen und Sozialarbeiter mit dem schon oft versprochenen Jugendhaus hingehalten. Provisorien überbrückten den Zustand zeitweilig. Nachdem das Liegenschaftsamt durch absurde und völlig unerfüllbare Auflagen im Frühjahr 76 die Baracke, die bis dahin hilfsweise als Jugendclub und für Kinderarbeit genutzt wurde, schließen ließ, bedeutete diese Situation für die Jugendlichen, keinen Treffpunkt außer der Kneipe zu haben, für die Sozialarbeiter, daß sie auf der Straße arbeiten mußten. Die Kinderarbeit kam fast völlig zum Erliegen.

Im Oktober erhielten sie dann eine kleine 2–Zi–Wohnung für Beratung und als Büro. Illegitim verantworteten die Sozialarbeiter die Nutzung als Jugendhausersatz, weil diese Arbeit in diesem sozialen Brennpunkt unverzichtbar ist und die Jugendlichen darauf drängten. Daß diese Situation bei solch räumlicher Enge auf Dauer allerdings untragbar ist, war sowohl den Sozialarbeitern als auch den Jugendlichen klar.

Während der letzten zwei Jahre schien sich dann einiges zu tun: der Bau des Jugendhauses wurde des öfteren fest zugesagt, Planungen wurden eingeleitet, und die Betroffenen vom Frankfurter Berg begannen schon, den Versprechungen Glauben zu schenken. Inzwischen gehen allerdings schon wieder zwei Jahre ins Land, und außer schönen Worten und unklaren Versprechungen ist nichts zu sehen.

WIR VERLANGEN DIE SOFORTIGE ZUSAGE DES MAGISTRATS, DASS MIT DEM BAU DES JUGENDHAUSES BIS MÄRZ 1978 BEGONNEN WIRD.

Während der Arbeit am Frankfurter Berg hatten die Betroffenen oftmals erfahren, was es heißt, in einem sozialen Brennpunkt mit völlig unzureichender Infrastruktur zu arbeiten. Nachdem die Baracke geschlossen war, kam die Kinderarbeit fast völlig zum Erliegen. Aus diesem Grund hat sich in Zusammenarbeit mit einer Elterninitiative ergeben, daß nach Gesprächen mit der Neuen Heimat, dem Bauträger der Siedlung, und Vertretern der Stadt ein Antrag auf Errichtung einer Spielstube in einer schallisolierten 4-Zimmer-Wohnung eingereicht wurde. Die Stadt hatte eine Erweiterung des geplanten Jugendhauses um Räume für Kinderarbeit abgelehnt. Nun aber stößt auch der jetzige Kompromißvorschlag – wie das Verhalten von Faller, dem Leiter des Jugendamtes, beweist – auf keine Unterstützung. Aufgrund der langjährigen Verschleppung des Jugendhausbaus und der Erfahrung damit

FORDERN WIR, DASS DIE ERRICHTUNG DER SPIELSTUBE SOFORT EINGELEITET WIRD!

Seit dem 1. Januar 1978 soll nun als Krönung der ganzen Misere am Frankfurter Berg die dritte Sozialarbeiterstelle (ein Mitarbeiter hatte gekündigt) der Arbeitsgemeinschaft „eingefroren" werden, d. h. daß die Sozialarbeiter unter den augenblicklicklichen, schwierigen Bedingungen eine Stelle gestrichen bekommen, obwohl die Gelder dafür vorhanden sind. Die lächerliche Begründung der Gesellschafter für diese Maßnahme, „daß damit Druck auf die Stadt ausgeübt werden soll", führt sich selbst ad absurdum, denn die einzigen, auf die damit Druck ausgeübt wird, sind die Jugendlichen und die Sozialarbeiter; eine Einschränkung der Arbeit oder Mehrarbeit über das belastbare Maß hinaus wäre die Folge. Dahinter steht, daß die Gesellschafter bzw. Träger der Arbeitsgemeinschaft entgegen anderslautenden Erklärungen vorhaben, sich vom Frankfurter Berg zurückzuziehen. Und das, obwohl sie den Sozialarbeitern auf der Gesellschafterversammlung vom 18. November 1977 andere Zusagen machten und die Bewerbungsunterlagen schon dem Internationalen Bund für Sozialarbeit als Einstellungsträger vorlagen.

WIR FORDERN DIE SOFORTIGE BESETZUNG DER DRITTEN STELLE, UM BIS ZUM JUGENDHAUSBAU DIE NOTWENDIGSTE ARBEIT ZU GEWÄHRLEISTEN UND UM UNSERER VERANTWORTUNG DEN JUGENDLICHEN GEGENÜBER NACHKOMMEN ZU KÖNNEN!

Am 16. Januar 1978 begann dann der Streik mit einer Rundfunksendung, in der sich Sozialdezernent Bürgermeister Berg mal wieder mit Versprechungen aus der Affaire ziehen wollte. Die Jugendlichen, die Unterschriften gesammelt und einen Brief an die Verantwortlichen geschrieben hatten, glaubten diesen Versprechungen nicht und fuhren sofort zum Rathaus, wo sie nach einem Gespräch mit Oberbürgermeister Wallmann (CDU) erreichten, zu Berg (SPD) vorgelassen zu werden. Der vertröstete die Jugendlichen auf die nächste Magistratssitzung. Sein Verhalten bewies den Jugendlichen sehr schnell, inwieweit seinen Versprechen Glauben geschenkt werden kann. Sie sind nicht gewillt, es dabei zu belassen und bereiten weitere Aktivitäten vor.

Kontakt:
Helmut Schönberger, Eckenheimer Schulstraße 2,
6000 Frankfurt – Telefon 54 41 82

ZOFF AN DER HILDEGARDISSCHULE

BOCHUM 16. Januar *Aus dem Bochumer Volksblatt: „Es gehört zu den Aufgaben der Schule, 'den Schüler auch zu selbständigem, kritischem Urteil, zu eigenverantwortlichem Handeln und zur Wahrnehmung seiner Grundrechte im politischen und gesellschaftlichen Leben zu befähigen". (Schulverwaltungsgesetz)*

Schülerinnen der Hildegardisschule berichten von einem Literaturkurs in der Jahrgangsstufe 13:

24.8.77 Laut Lehrerin, Frau S., soll im Unterricht eine lockere Atmosphäre herrschen, ohne Zensurendruck, Spaß als die Hauptsache. So dürfen die Schülerinnen auch Themenvorschläge machen. Vorgeschlagen wird Kindertheater. Das gehe aber nicht, meint Frau S., es gäbe in der Gegend kein Kindertheater. weiter weg könne man nicht fahren und ein Stück müsse man unbedingt sehen, also nein. Einwände von Schülerinnen, daß Eine ein Stück auf Band habe, daß ab und zu ein Stück im Fernsehen komme, werden abgeschmettert. Frau S.: Da fehle die richtige Live-Atmosphäre, man müsse die Kindlein erleben, wie sie da mitgehen. Diese Schwierigkeiten seien zu bewältigen, finden die Schülerinnen und drängen auf Abstimmung. 18 : 1 für Kindertheater. Frau S.: Das hieße aber noch nicht, daß Kindertheater gemacht werde.

12.9. Frau S. trägt einen Text vor, der nichts mit Kindertheater zu tun hat. Als eine Schülerin das feststellt, sagt Frau S.: „Das ist kein positiver Beitrag zum Unterricht".

14.9. Als Frau S.' Text diesmal an alle verteilt wird, kommt

eine stärkere Diskussion auf, über den Bezug zum Kindertheater. Frau S. würgt die Beiträge der Schülerinnen mit formalen Argumenten ab, eine Schülerin, die „dat" und „wat" verwendet, wird getadelt: „Das ist ja wohl unter unserem Niveau"! Derart die Äußerungen der Schülerinnen herabwürdigend und gleichzeitig ihre Fachkompetenz betonend, wird Frau S. und die Stimmung im Kurs schon ganz schön heiß.

WIEDER NIX

19.9. Trotz mehrmaliger Versuche, wieder nix mit Kindertheater.

21.9. Die Schülerinnen machen Literaturvorschläge zum Kindertheater. Nach langem Hin und Her scheint Frau S. auf das Thema eingehen zu wollen, beginnt eine Diskussion über Publikum, Phantasie und Pädagogik im Kindertheater. Im Kurs kommen schließlich Zweifel, ob man ohne Material weiterarbeiten kann. Daraufhin setzen sich einige Schülerinnen zu Hause hin, tippen als Textgrundlage Auszüge aus „Peterchens Mondfahrt" ab und verteilen Abzüge davon über das schwarze Brett. Frau S., davon informiert, tut sehr freundlich, warnt sogar, daß die Schülerinnen sich nicht erwischen lassen sollen, denn das schwarze Brett sei ja eigentlich den Lehrern vorbehalten. Es scheint losgehen zu können.

26.9. Frau S. kommt wie eine Furie in den Kurs und knallt ihre Zettel aufs Pult, will die Namen der Schülerinnen wissen, die die „Mondfahrt" ausgearbeitet haben und droht mit Folgen. Sie beginnt in aggressivem und autoritärem Stil ihren Unterricht über episches Theater.

28.9. Die notierten Schülerinnen werden von Frau S. zur Direktorin K. geschickt, andere gehen aus Solidarität mit. Direktorin K. macht den Vorschlag, als Vermittlerin aufzutreten, um den Konflikt beizulegen. Frau S. weigert sich weiterhin strikt, über Kindertheater zu reden und zieht ihren Unterricht durch.

EINIGUNGSVERSUCHE

3.10. Direktorin K. kommt als Vermittlerin in den Unterricht, keine Einigung.
5.10. Da die Schülerinnen von den Auseinandersetzungen genervt sind, gehen sie einen Kompromiß ein: sechs Stunden Frau S. - dann Kindertheater.
10.10. - 26.10. Frau S.' Themen, kein Kindertheater. In der letzten Stunde gibt es Quartalsnoten, keine schlechter als 4. Ein Erfolg der Schülerinnen oder Bestechungsversuch der Lehrerin?
31.10. Frau S.' Zeit ist abgelaufen, sie macht aber keine Anstalten zum Kindertheater überzugehen. Protest vom Kurs. Die Schülerinnen beginnen, die Platte „Peterchens Mondfahrt" anzuhören. Lautstarke Auseinandersetzung mit Frau S.. Sie verlangt, daß der Plattenspieler abgestellt wird, will ihn selbst abschalten, aber die Schülerinnen lassen es nicht zu. Frau S. keift weiter, die Schülerinnen drehen den Plattenspieler lauter.
2.11. Die Platte wird gegen Frau S.' Willen weiter angehört.
7.11. Die Platte wird zu Ende erzählt, die Schülerinnen wollen nun darüber reden. Frau S. geht die Direktorin holen. Direktorin K. verlangt die Fortsetzung des Unterrichts unter der Leitung von Frau S.. Als die Schülerinnen sich weigern, fängt Direktorin K. an zu brüllen. Die Diskussion wird sehr laut.
Nach der Stunde ruft Direktorin K. die Mutter einer Schülerin an und bestellt sie zur Schule. Als die Mutter absagt, wird die Schülerin verdächtigt, nachts die Schule bemalt und die Lehrerin telefonisch belästigt zu haben.

GESELLSCHAFT AUS DEN ANGELN HEBEN...

14.11. Frau S. bringt den Schuldezernenten V. in den Unterricht mit, der angeblich wegen einer Tagung im Haus ist. Herr V. kommt rein und brüllt gleich eine Schülerin an, die auf ihrem Tisch sitzt und mit dem Kurs redet. Er versucht, die Schülerinnen einzuschüchtern. Als eine Schülerin meint, er komme wohl von oben, meint er: „Sie wollen wohl die Gesellschaft aus den Angeln heben".
Dann liest er einen Gummi-Erlaß vor. Er meint, Kindertheater gehe nicht; die Schülerinnen bringen das Beispiel Goetheschule, wo es geht. Danach bekommt Frau S. das Buch „Als die Kinder die Macht ergriffen" (Dr. Gormander, Verlag 2001) als Realisationsvorschlag von den Schülerinnen. Deswegen kommen dann Verdächtigungen, daß eine Schülerin Mitglied einer K-Gruppe sei, daß sie Sache der Schülerinnen von außen gesteuert sei, weil sich die Schule nicht vorstellen kann, daß endlich mal was an der Schule läuft.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

18.11. Die Direktorin K. spricht die Kurssprecherin an und macht einen Kompromißvorschlag. Gleichzeitig läßt die Schule vier Tadel los, davon drei an eine einzige Schülerin mit Vorwürfen wie „ungebührliche Äußerungen, ungehöriges Verhalten, nachhaltiger Widerstand mit unflätigem Benehmen in drohender Haltung gegen zur Durchführung des Unterrichts unabweisbar gebotene Maßnahmen",
21.11. Diskussion mit Frau S. über das Gormander-Buch. Frau S.' Gegenvorschlag: Till Uhlenspiegel.

DISZIPLINIERUNG

22.11. Ein Flugblatt erscheint, das die Zurücknahme der Tadel fordert. Daraufhin findet am 23.11. eine Gesamtkonferenz statt, auf der die Kurssprecherin die Darstellung der Schülerseite vorträgt. Sie wird von den versammelten Paukern so fertig gemacht, daß sie weinend aus der Konferenz kommt. Der Kurs, um den es geht, steht vor der Tür und wird nicht reingelassen.

24.11. Der Kurs fertigt eine Wandzeitung an, um die gesamte Oberstufe zu informieren. In den nächsten Tagen werden dann Eltern noch nicht volljähriger Schülerinnen einzeln zur Schule gebeten. Die Schule versucht, einige Schülerinnen mit Hinweisen auf das gefährdete Abitur zu verunsichern. Gleichzeitig wird den Schülerinnen eine Podiumsdiskussion zugesagt.
28.11. Frau S. trägt ihre Vorstellungen über den „Till Uhlenspiegel" vor.
5.12. Heftige Diskussion über die beiden Vorschläge. Die Schülerinnen haben kein Interesse am „Till".
7.12. Frau S. macht einen neuen Vorschlag: alte Märchen; die Schülerinnen schlagen das Buch „Trummi kaputt" (Verlag rororo) vor.

Bisher haben sich die Schülerinnen nicht einmachen lassen. Die Podiumsdiskussion muß vorbereitet werden, sie fällt nicht vom Himmel. Einige Schülerinnen brauchen den Kurs für die Abiturzulassung. Auch die Tadel müssen weg, damit die Schule sie nicht als Basis für schärfere Maßnahmen verwenden kann."

Kontaktadresse über: Bochumer Volksblatt, An der Landwehr 47, 4630 Bochum

SYLVESTER-PRÜGELEI IM JUGENDZENTRUM

NEU-ISENBURG
8. Januar

In der Sylvesternacht wurde das Jugendzentrum Neu-Isenburg von der Polizei gewaltsam geräumt. Am 2. Januar war in der Frankfurter Rundschau zu lesen, daß sich die Polizei keiner unrechtmäßigen Handlung bewußt sei. Wer sich geschädigt oder mißhandelt fühle, könne ja Anzeige gegen die Beamten erstatten. Diesen Anzeigen sehe man jedoch gelassen entgegen.
Der nachfolgende Bericht stammt von einer 17jährigen Frau, deren Freundin zwei Schläge mit einem Gummiknüppel über den Kopf erhielt, als sie das Jugendzentrum freiwillig verlassen wollte:

„Das selbstverwaltete Neu-Isenburger Jugendzentrum soll geschlossen werden, denn dem Magistrat ist die Selbstverwaltung ein Dorn im Auge. Ab 1.1.78 läuft die Kündigung (allerdings liegt noch kein Räumungsbefehl vor). An Sylvester sollte im JUZ die letzte große Fete stattfinden. Ungefähr 200 Leute waren gekommen und wollten Neujahr feiern. In der Nähe des JUZ hielten sich vier Polizeibeamte in zwei Peterwagen auf. Die Polizei hatte gedroht, sofort einzuschreiten, wenn JUZ-Besucher auf der Straße Feuerwerkskörper zünden würden (was an Sylvester fast alle Leute tun und wo sonst als auf der Strasse). Kurz und gut: die Polizei suchte nach einem Vorwand, um gegen das JUZ einschreiten zu können, es bei der Bevölkerung in Mißkredit zu bringen, JUZ-Besucher einzuschüchtern, um die bevorstehende Schließung des JUZ zu rechtfertigen.

Das JUZ wurde also von diesen Polizeibeamten ständig beobachtet und sie hätten sofort eingreifen können, als kurz vor 24 Uhr erst einer, dann vier oder fünf JUZ-Besucher auf die Straße gingen und Bierflaschen auf Autos warfen und Autos anhielten. Die Polizisten rührten sich jedoch nicht. Um 24 Uhr kamen alle JUZ-Besucher auf die Straße, die meisten gingen aber bald wieder rein, um weiter zu feiern. An dieser Stelle ist zu kritisieren, daß - obwohl die Mehrheit nicht mit dem Demolieren von Autos und Fensterscheiben einverstanden war - es niemand geschafft hat, die fünf „Chaoten" daran zu hindern. Viele Leute standen zu diesem Zeitpunkt immer noch vor dem Gebäude und guckten zu oder versuchten mit den fünf Leuten zu reden - ohne Erfolg. Es war allen klar, daß die Polizei bald kommen würde.

Erst gegen 1.15 Uhr trafen 46 Mann Einsatzpolizei aus Darmstadt und Offenbach ein. Diese Beamten droschen sofort auf a l l e vor dem JUZ stehenden Leute ein und trieben sie ins JUZ rein. Dann wurde von draußen durch ein Megaphon aufgefordert,das Gebäude in drei Minuten zu verlassen. Davon abgesehen, daß kaum einer diese Aufforderung gehört hat, haben die Polizeibeamten keine Sekunde abgewartet, sondern haben die Leute mit Schlagstöcken und abgenommenen (!) Helmen regelrecht rausgeprügelt. Es war nur wenigen möglich, ihre Mäntel zu holen. Leute, die zu langsam gingen, wurden rücksichtslos zusammengeschlagen. Fast niemand leistete bei dieser Aktion Widerstand. Keiner war auf einen derart brutalen Eingriff gefaßt gewesen.

Als das JUZ geräumt war, ging die Prügelei auf der Straße weiter. Mehrere Leute hatten schon Platzwunden und Striemen von Gummiknüppeln und Helmen. Jetzt wurden Leute an den Haaren gezogen, auf den Boden geschmissen, über den mit Glasscherben übersäten Boden geschleift, Arme umgedreht, einige bekamen Fausthiebe ins Gesicht. Bei diesem Anblick waren alle Leute total schockiert und fingen aus Wut an zu schreien und zu weinen. Gleichzeitig grinsten aus den Fenstern glotzende Anwohner und schimpften auf die Jugendlichen. Diese wurden immer weiter vom JUZ weggetrieben. Viele zogen es jetzt vor, nach Hause zu gehen. Die restlichen JUZ-ler wurden systematisch auseinandergetrieben: jeweils 10 Polizisten liefen auf eine Gruppe Jugendliche zu und griffen sich zwei oder drei Leute raus, die dann festgehalten und verdroschen wurden. Dabei sind einzelne bis in die Seitenstraßen verfolgt worden, es wurden auch zwei Polizeihunde an langen Leinen eingesetzt. Die Auseinandergetriebenen schlossen sich aber wieder zusammen und versuchten, von neuem dem JUZ näherzukommen. Schließlich wurde diese Gruppe immer kleiner, bis sie sich endlich ganz auflöste. Das war gegen 2 Uhr - um 3 Uhr wurde das JUZ wieder freigegeben.

Während des ganzen Einsatzes sind insgesamt 5 Fensterscheiben zu Bruch gegangen und 4 Autos demoliert worden. Ein Polizist wurde von einer Flasche getroffen, ein anderer von einem Polizeihund gebissen. Von den JUZ-Besuchern wurden etliche festgenommen, bis auf zwei aber an Ort und Stelle wieder freigelassen. Vier Leute mußten mit Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zahlreiche Jugendliche hatten Platzwunden, Striemen und Prellungen von Gummiknüppeln.

Der Polizeieinsatz war in dieser Form völlig unbegründet. Die Tatsache, daß die Beamten nicht sofort eingegriffen haben, als von ein paar Leuten Autos demoliert wurden, zeigt ganz deutlich, daß nach einem Vorwand gesucht wurde, um das JUZ räumen zu können. Denn solche Vorfälle rechtfertigen in den Augen der Bevölkerung eine Schließung des JUZ und haben eine negative Einstellung gegenüber den Jugendlichen zur Folge. Außerdem wird die Mehrheit der Jugendlichen auf die Dauer abgeschreckt, ins JUZ zu gehen, denn der nächste kleine Vorfall wird wieder als Vorwand benutzt werden, gegen das JUZ vorzugehen. Auf diese Weise wird auch die Angst der Jugendlichen, bei der Schließung eine Hausbesetzung zu machen, gesteigert. Denn geschlossen wird das JUZ auf jeden Fall: die CDU wird ihr vor den letzten Landtagswahlen gegebenes Wahlversprechen einhalten und ihren einmal gefaßten Beschluß kaum rückgängig machen."

DIENSTFAHRT FÜR PETER BRÜCKNER

FRANKFURT
19,Januar

Am 27.1. findet in Hannover eine Solidaritätsdemonstration der Hochschullehrer mit Peter Brückner statt.

Hochschullehrer aus der ganzen Bundesrepublik beschlossen, sich aktiv für Peter Brückner und damit auch aktiv für Wissenschaftsfreiheit und Lehr- und lernfreiheit einzusetzen. Am 27. Januar 1978 wollen ca. 500 — 600 Hochschullehrer eine Sternfahrt ("Dienstfahrt") nach Hannover unternehmen, um öffentlich ihren Protest gegen die Disziplinierung Peter Brückners, gegen die bereits bekannt gewordene, von Pestel oktroyierte Treueerklärung und die damit bezweckte Austrocknung der wissenschaftlichen Freiheit auszudrücken.

Von der hess. Landesastenkonferenz, dem Studentenparlament der Universität Marburg, der Basisgruppenfraktion im VDS und der Technischen Hochschule Darmstadt erhielten wir Aufrufe zur Beteiligung an dieser Demonstration. Aus dem Beschluß der Landesanstenkonferenz:

die LAK fordert die fortschrittlichen Hochschullehrer Hessens auf, sich dem Beispiel ihrer Kollegen anzuschließen und durch eine Teilnahme an der Demonstration deutlich zu machen, daß sie die Suspendierung Prof. Brückners als einen schwerwiegenden Angriff auch auf ihre Lehrfreiheit und auf die Lernfreiheit der Studentenschaft betrachten.

Die hessischen Studentenschaften werden sich mit Delegationen an der Demonstration in Hannover beteiligen.

Ein Informationsblatt zum vorgesehenen Ablauf am Freitag, 27. Januar 1978 in Hannover kann bei folgender Adresse angefordert werden: Ulrich Mückenberger, Wachmannstr. 72, 2600 Bremen 1, Tel.: 0421/346403 (dorthin bitte Kontaktleute von jedem Hochschulort benennen, an die Informationen gehen können!)

Die Koordination für die Hannoveraner Kundgebung liegt bei Dietrich Haensch, Lärchenstr. 9, 3900 Hannover 1, Tel.: 0511/323298

Bei Siemens in Westberlin

ERKRANKUNG UND TODESFÄLLE DURCH RADIOAKTIVE VERSEUCHUNG

WESTBERLIN
7. Jan. 78

Der Untersuchungsausschuß Siemens, in dem sich deutsche und türkische Kollegen und Mitglieder von Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, um gemeinsam mit den Betroffenen gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen bei Siemens vorzugehen, berichtet:

In der Abteilung "Ableiterfertigung" des Röhrenwerkes der Siemens AG, Westberlin arbeiten z. Zt. etwa 100 türkische und 4 westberliner Frauen; sie müssen technische Teile mit dem Element Promethium 147 mit einem Pinsel bestreichen.

Das Element Promethium 147 ist ein sogenannter weicher Beta-Strahler. Die Radioaktivität breitet sich aufgrund der ralativ schwachen Strahlung nur in sehr kurzer Reichweite aus. Über die Atemwege und über kleinste Hautwunden jedoch wird dieses gefährliche Gift in den menschlichen Körper aufgenommen. Es reichert sich dort vor allem in den Knochen, in den Verdauungsorganen und in der Leber an. Die Hälfte des Promethiums 147 befindet sich noch in einem Jahr im ganzen Körper und der Leber, in den Knochen sogar eineinhalb Jahre und führt durch fortlaufende Anreicherung (natürliche wie künstliche Strahlung) zu Krankheit und Spätschäden.

Gegenwärtig sind zwanzig türkische Kolleginnen dieser Abteilung erkrankt. Sie klagen über Gewichtsverlust, Appetitlosigkeit, Haarausfall, Hautausschlag an den Händen und allgemeine Müdigkeit. Eine Frau hatte eine Frühgeburt. Das Kind starb zwei Monate später an einem Hirntumor. Zwei türkische Arbeiterinnen sind "überraschend gestorben". Sie wurden unverzüglich in die Türkei überführt, ohne daß eine Obduktion vorgenommen wurde. Beide hatten in der Ableiterfertigung gearbeitet.

Der Fall eine türkischen Arbeiterin soll die Situation genauer darstellen: Sie klagt seit mehreren Monaten über verschiedene Beschwerden. Seit 1973 arbeitete sie in der Ableiterfertigung und wurde seitdem betriebsärztlich überwacht. Nach dem betriebsärztlichen Untersuchungsbogen war sie bis 1975 für die Arbeit "geeignet". Am 7.5.76 wurde "befristet nicht geeignet" festgestellt, und am 22.9.76 sah sich der Betriebsarzt gezwungen, "dauernd nicht geeignet" zu konstatieren. Bis März 1977 mußte sie trotzdem unter denselben Bedingungen weiterarbeiten. Anschließend wies man ihr nicht einen anderen Arbeitsplatz zu, sondern setzte sie kurzerhand auf die Straße.

Im Sommer dieses Jahres mußte sie auf Anraten eines Arztes einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, da aufgrund ihrer jahrelangen Arbeit unter radioaktiven Strahlenbelastung eine Schädigung des Kindes mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten war. Bereits 1972 wurde durch wissenschaftliche Untersuchungen des Diplom-Physikers Lehmann nachgewiesen (und durch Gutachten des Atomphysikers Jens Scheer, Universität Bremen, bestätigt), daß in dem Betrieb eine radioaktive Verseuchung vorlag, die stellenweise bis zu dem 10.000-fachen über dem international höchstzulässigen Wert lag!

Aufgrund all dieser Ergebnisse hat der Untersuchungsausschuß begonnen, medizinische Gutachten und physikalische Untersuchungsberichte einzuholen, die medizinische Untersuchung der Betroffenen zu veranlassen und Siemenskollegen und Öffentlichkeit zu informieren. Aufgrund von Presseveröffentlichungen (Berliner Tagesspiege, Hürriyet) reagierte die Siemens-Betriebsleitung sofort: alle Frauen aus der Abteilung wurden gezwungen zu unterschreiben, daß sie "freiwillig" an den Arbeitsplätzen arbeiten und daß man sie über die Gefahren "aufgeklärt" hätte.

Diese Presseerklärung wurde ihnen nur in deutscher Sprache vorgelegt. Die Siemens-Unternehmer nutzten die Angst um die Arbeitsplätze gerade der türkischen Kolleginnen aus. Als 12 Kolleginnen ihre Unterschrift verweigerten, ließ sich der Siemens-Personalchef eine "Teeparty" einfallen, um auch diese Kolleginnen zum Unterschreiben zu "bewegen".

Am 19.8.77 wurde die Geschäftsleitung von einer seltsamen Hektik ergriffen. Die Arbeiterinnen aus der Ableiterfertigung wurden vorzeitig in den Pausenraum beordert und der Personalchef persönlich, sowie weitere Abteilungsleiter betätigten sich als Reinigunskräfte in den radioaktiv kontaminierten Räumen. Darüberhinaus wurde der Raum mit der größten radioaktiven Verseuchung unzugänglich gemacht. Die Strahlenschutzverordnung erschien ab da in türkischer Sprache, was an den Arbeitsbedingungen nichts änderte. Auch das nunmehr eingeführte "Wasserglasverfahren" mindert in keiner Weise die gefährlichen Auswirkungen der dort auftretenden radioaktiven Strahlung.

Da die Siemens-Betriebsleitung behauptet, daß die benannten Tatsachen jeglicher Grundlage entbehren würden, ist der Untersuchungsausschuß bestrebt, eine breite Gegenöffentlichkeit zu schaffen. So wird eine Veranstaltung vorbereitet, die Anfang 1978 stattfinden soll. Erarbeitet werden zur Zeit eine Dokumentation und wissenschaftliche Untersuchung zu:

a) Die Einhaltung und Anwendung der Strahlenschutzverordnung vom 18. Oktober 76 bei Siemens
b) Die Relativierung von Strahlenschutzgesetzen und -verordnungen unter der Fragestellung: Muß es überhaupt hingenommen werden, daß es überhaupt gesundheitszerstörende Arbeitsbedinungen gibt?

In einer Resolution des Untersuchungsausschusses wird gefordert:

- Sofortige Stillegung der Produktion bis zu einer abschliessenden Untersuchung!
- Volle Lohnfortzahlung für alle Betroffenen!
- Durchführung einer öffentlichen Untersuchung im Röhrenwerk!
- Untersuchungs aller Arbeiterinnen, Maschinen, Räume usw.
- Untersuchung der beiden toten Arbeiterinnen in der Türkei!
- Freien Zugang in die Abteilungen und Räume für den Untersuchungsausschuß!
- Solidarität mit allen Betroffenen!
- Aktive Unterstützung aller Betroffenen durch die Vertrauensleute und Betriebsräte!

Weitere Informationen, die Dokumentation mit Fakten und Zahlen über physikalische und ärztliche Untersuchungen sind zu erhalten beim:

Untersuchungsausschuß Siemens, Prinz-Eugen-Str./Ecke Antonstr., 1000 Berlin 65

KESSELTREIBEN GEGEN PROFESSOR JENS SCHEER

BREMEN
Dezember 77

Nach den Demonstrationen gegen den Bau der Kernkraftwerke Brokdorf und Grohnde Ende letzten und Anfang dieses Jahres, an denen zehntausende von Menschen teilgenommen haben, setzen nun die staatlichen Strafverfolgungsbehörden zu einem beispiellosen Angriff gegen die Kernenergiegegner an. Ein Fall ist der des Bremer Kernphysik-Professors Jens Scheer. Gegen den international bekannten Kernenergiekritiker, seit Jahren dem Bremer SPD-Senat ein Dorn im Auge, ist das Berufsverbotsverfahren durchgeführt. Hierzu soll noch einmal die Vorgeschichte dargestellt werden.

Jens Scheer wird Ende 1971 als Hochschullehrer an die Universität Bremen berufen. Dort ist er Mitinitiator des Projekts 'Schadstoffbelastung am Arbeitsplatz und in der Industrieregion UNterweser'. Das Projekt beschäftigt sich in der Folgezeit im wesentlichen mit drei Bereichen:

—Umgebungsüberwachung bei Kernkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen auftretender radioaktiver und nicht aktiver Schadstoffe (z.B. Schwermetalle, Blei)

— Wirkung kleinster Strahlendosen auf den menschlichen Organismus

— Unterstützung von Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke.

Man darf sagen, daß das Projekt sich seitens der Universitätsbürokratie nicht gerade großer Beliebtheit erfreut.

1974 wird bekannt, daß das Kernforschungszentrum Karlsruhe seine radioaktiven Abfälle kurzerhand auf eine öffentliche Mülldeponie kippt. Heidelberger Physik-Assistenten, die die Müllproben analysieren wollen, kriegen von ihrer Institutsleitung eins auf den Deckel. Daraufhin werden die Messungen in Bremen getätigt.

Im steigenden Maße aber erwecken die Aktivitäten in Sachen Kernenergiekritik den Zorn staatlicher Stellen und der Atomindustrie. Bei fast allen Gerichtsterminen und Anhörungsverfahren um die Vergabe neuer Teilgenehmigungen zum Bau neuer Kernkraftwerke (u.a. Esensham, Würgassen, Whyl, Brokdorf) unterstützen Jens Scheer und seine Kollegen örtliche Einwände und Bürgerinitiativen als Gutachter.

Im Projekt entsteht das Buch "Zum richtigen Verständnis der Kernindustrie — 66 Erwiderungen" als Antwort auf ein in hunderttausendfacher Auflage vertriebenes Reklameheft der Kernkraftwerksbetreiber, das deren Lügen widerlegt. Als erste Veröffentlichung, die sich auf wissenschaftlicher Basis kritisch mit der Kernenergieverwaltung beschäftigt, wird es zu einer wertvollen Hilfe für die Bürgerinitiativen. Die universitätseigene Kommission für Information und Öffentlichkeit (KFIÖ), die das Monopol auf die Veröffentlichung solcher Publikationen hat, verzögert lange die Drucklegung. Es gibt massive Versuche, den Inhalt zu zensieren und die Autorengruppe zu spalten. Der Kommissionsvorsitzende Brüggemann äußert, die Veröffentlichung ginge glatter, wenn man sich von Jens Scheer und seinen politischen Aktivitäten distanziere. Nach einem Jahr Hinhaltung platzt den Autoren der Kragen, sie geben das Buch beim Oberbaumverlag in Druck. Die Universitätsbürokratie antwortet mit Disziplinarverfahren gegen die beteiligten Hochschullehrer und Dienstleister.

Auch der finanzielle Hammer wird geschwungen. Die Röntgenflureszens-Arbeitsgruppe (Untersuchung von Weserwasser und -schlamm, Atemluft am Arbeitsplatz auf Schadstoffe), die von Jens Scheer betreut wird, muß bezüglich Mittel für Gerätebeschaffung auf Sparflamme kochen.

Die ständigen Versuche, einen Einzelnen zu kriminalisieren, und damit einen Prozess der Entsolidarisierung ("Entmischung") einzuleiten, haben bei Jens Scheer ihren besonderen Grund. Die Behörden glauben, hier erfolgreich zu sein, weil er der 1970 gegründeten KPD angehört und daraus nie einen Hehl gemacht hat. So bewirbt er sich als Kandidat der KPD für die Bremer Bürgerschaft.

Man schießt sich auf ihn ein. Die ÖTV-Bonzokratie, wärmste Befürworter des Atomprogramms, schließt ihn aus der Gewerkschaft aus. Auch die Bremer Justiz will da nicht nachstehen und wirft ein scharfes Auge auf ihn. Es spielen sich teilweise Justizgrotesken ab, die hier dem unvoreingenommenen Leser nicht vorenthalten werden sollen.

Herbst 1973: Jens Scheer wird in einer aufgebrachten Menschenmenge gesichtet, die eine Veranstaltung des rechtsgerichteten Ringes Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) im naturwissenschaftlichen Gebäude der Universität verhindert. Dafür drückt man ihm 1975 drei Monate mit Bewährung (!) aufs Auge wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. 1976 findet in der Sache ein Revisionsverfahren statt. Doch der Richter Linnemann hat es hier mit wenig kooperativen Zeugen zu tun, die für Freispruch plädieren. Er versucht rechtswidrig durch Unterbrechung des Verfahrens von mehr als 10 Tagen eine Neuaufnahme (mit neuen Schöffen versteht sich) zu erreichen. Die Schöffen drohen unter Bruch des Beratungsgeheimnisses an die Öffnetlichkeit zu gehen. Vorsitzender Linnemann soll geäußert haben: "Das sind doch Kommunisten, die müssen wir verurteilen." Daraufhin ergreift die Staatsanwaltschaft die Flucht nach vorn und stellt einen Befangenheitsantrag gegen den Richter. Der Prozeß platzt. Auch der nach Dienstverteilungsplan zuständige Ersatzrichter hat kalte Füße bekommen. Er erklärt sich für befangen, weil er Mitglied der CDU sei. Fazit: Eine Anzeige gegen Richter Linnemann bleibt erfolglos, gegen die Schöffen wird wegen Bruch des Beratungsgeheimnisses ermittelt. Offensichtlich ist der Versuch, mutige Richter und Schöffen zu finden, von Erfolg gekrönt, denn das Verfahren wird wieder aufgegriffen.

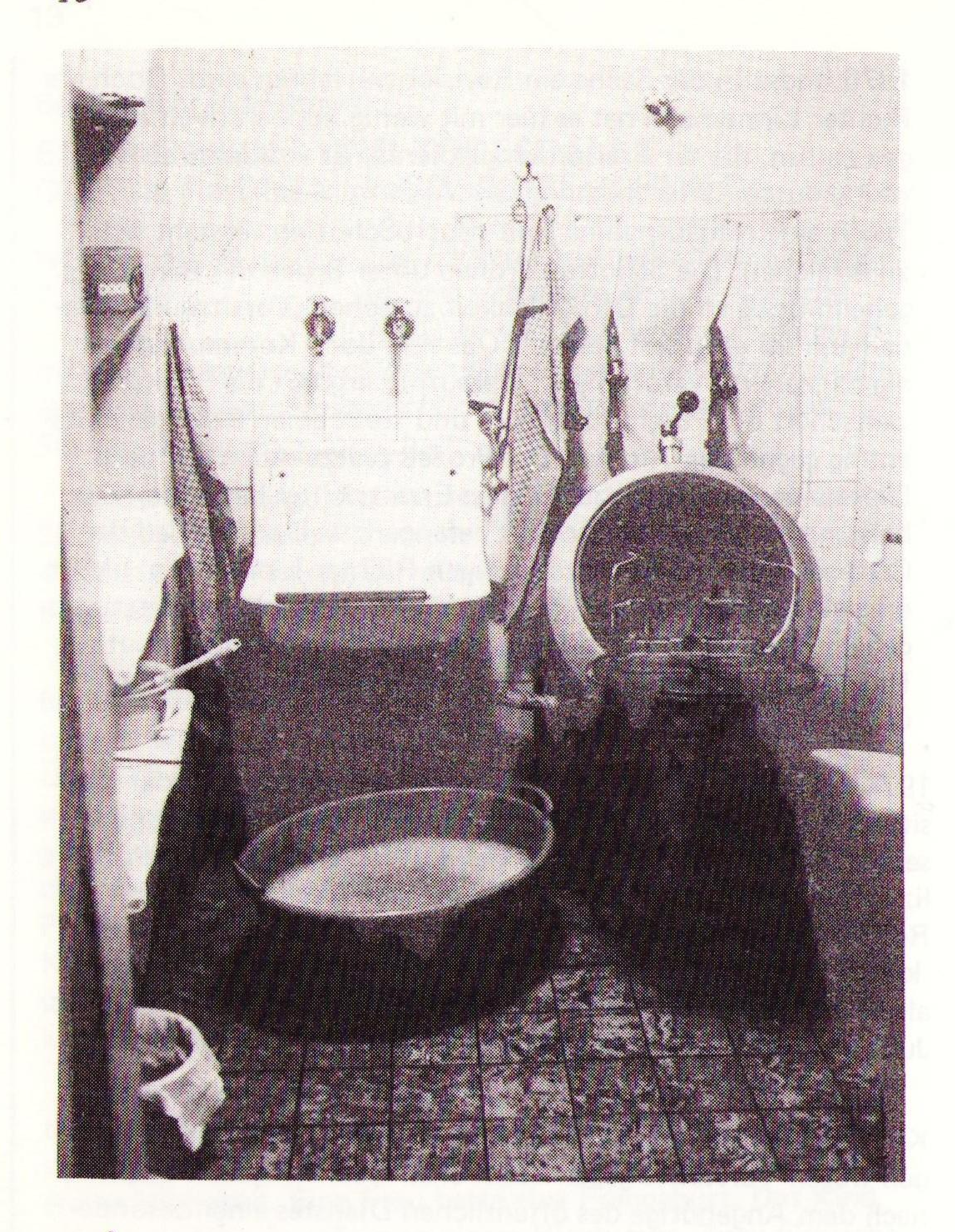
1974 bei einem Arbeitsgerichtsprozeß in Duisburg läßt der Vorsitzende den Saal von der Polizei räumen. Trotz Vorhaltung seines Sohnes, sein Vater habe die Bluterkrankheit, werfen Polizisten den Arbeiter Günther Routier die Treppe hinunter. Routhier stirbt an einer Hirnblutung. In einer öffentlichen Erklärung verurteilen vier Bremer Hochschullehrer den Vorgang als Mord seitens der Polizei. Dafür steht Jens Scheer am 25. Juli 1977 vor Gericht wegen Verleumdung der Polizei.

Herbst 1974: Jens Scheer wird beim Plakate kleben für die KPD beobachtet. Die Universitätsbürokratie leitet Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Bremer Beamtengesetz ein, nach dem Angehörige des öffentlichen Dienstes einer besonderen Treuepflicht gegenüber dem Staat erliegen. Aufgrund dieser Bestimmung, erhält er im Winter 1975 ein Verbot Lehrveranstaltungen durchzuführen. Er darf nur noch Forschungsarbeiten verrichten. Gleichzeitig setzt man ihn finanziell auf halbe Ration (1500 netto). Aufgrund der Tatsache, daß Lehrveranstaltungen im Projekt SAIU kollektiv geplant und durchgeführt werden und der Solidarität seiner Kollegen und Studenten, konnte bis heute das Lehrverbot durchbrochen werden. Seit Winter 1976 bis Anfang 1977 ermitteln nun auch die Bremer Staatsanwaltschaft in der gleichen Sache und kommt zum gleichen Befund. Der Prozeß vor dem Verwaltungsgericht soll nach dem Willen der Strafverfolger mit einem Berufsverbot enden.

Seit den Demonstrationen in Brokdorf und GRohnde ermitteln auf Initiative der schleswig-holsteinischen Staatskanzlei und anonymer Anzeigen die Staatsanwaltschaft Itzehoe und Bremen gegen Jens Scheer wegen "Land- und Hausfriedensbruch", "Sachbeschädigung", "Aufforderung zu Straftaten", "Androhung eines Verbrechens" usw. Alles was im Zusammenhang mit dem Kampf gegen das mörderische Atomprogramm gesagt und getan wurde, soll ihn endgültig als gefährlichen Kriminellen ausweisen. Der Staatsanwalt in Bremen will die Ermittlungen gegen Jens Scheer aus dem gesamten Bundesgebiet zu einem Verfahren zusammenfassen. Wer sich gegen die Gewalt der Atomindustrie zur Wehr setzt, befürwortet Gewalt! Erinnern wir uns an Brokdorf den 19.2.77. Damals versuchten die Herrschenden mit einer beispiellosen Hetzkampagne die Gegner der Kernenergie auseinanderzudividieren. Die Presse tönte, nur Gewalttäter demonstrieren am Bauplatz in Brokdorf. Selbst die Springerpresse war für eine friedliche Kundgebung in Itzehoe am selben Tag. Wenn das Prinzip der "Entmischung" hier funktioniert hätte, hätten Polizei und Grenzschutz wohl ein Massaker unter ein paar tausend Brokdorf-Demonstranten angerichtet.

Die Gegner der Kernenergie sind sich darüber einig: Wenn

Fortsetzung Seite 20



1



2

DER ZIVILDIENST … UNATTRAKTIVER GEMACHT W…

1

ARBEITSPLATZ "SCHEISSE": HIER DER KOTAMAT — die Bettpfannen mit der Scheiße drin werden eingeschoben und ausgespült.
Dann werden die gespülten Bettpfannen kurz in eine Wanne mit Desinfektionslösung eingetaucht.
Danach wird die Bettpfanne mit dem Handtuch abgetrocknet.

Das Handtuch hängt dort den ganzen Tag.

Das Desinfektionsmittel wirkt erst nach sieben Stunden. Die Bettpfannen müßten solange in der Lösung bleiben.

2

ARBEITSPLATZ "MENSCH" — bettlägerig sein bedeutet "allein sein".
Es gibt keinen Unterschied zwischen Tag und Nacht. Sechs Mal kommen Pfleger zum Betten, Saubermachen, Waschen Wäsche wechseln.
Man wird für acht Minuten wichtig. Einige scheißen ins Bett damit nur jemand kommt.
Gespräche finden nicht statt.
Man bekommt zu essen. Man wird gefüttert. Wenn man als erster an der Reihe ist, ist das Essen warm.
Wenn man Pech hat, ist man der letzte...

Wärme, Mitleid, Liebe, Bezüge fallen der Opfer.
Es sind Gefühle, die nicht mehr zählen.

3

WOHNPLATZ DER ZIVILDIENSTLEIST… dem Essen kommt man hoch.
Die Türen sind alle gleich. Die Zimmer 12 qm. Die gleiche Couch. Selbst die gleich.

Man wird gleichgemacht, und man ist doch…

Niemand ist hier zuhause. Jeder flieht. Zu … oder in die Kneipe.
Ausgangssperre heisst: Man hat nocht nich… lichkeiten.

4

AKTIONSPLATZ STRASSE — der Bierma… risch von "langhaariger Trauer der Jugend"… Trauer? Man hat nur noch Wut. Gespräc… waren zwecklos. Vorschläge werden überhö… Wir werden uns wehren.

(ID-Bilderdienst)





(HANS IVEN)



3

m Zeitdruck zum

TENDEN — nach

sind alle gleich.
Handtücher sind

einander fremd.
Freund/Freundin,

nt mal diese Mög-

ann redet sehr ly-

che, Beschwerden
ort.



4

fortsetzung

Zivildienst

VOLLE ARBEITSKRAFT – MINDERWERTIGE ARBEIT – UNZUREICHENDE AUSBILDUNG ODER GAR KEINE

FRANKFURT
19.Januar

Zivildienstleistende sollen kaserniert werden. Der Zivildienst soll verlängert werden. Der Zivildienst soll "unattraktiv" (IVEN) gemacht werden.

Wie sieht Zivildienst nun aus? ZDL's werden eingesetzt in allen denkbaren sozialen Bereichen. Es soll versucht werden, den Alltag innerhalb eines städtischen Altersheims aus der Sicht von Zdl's zu beschreiben. Teilweise sehr realistisch und sachlich. Teilweise aber auch sehr emotional.

Erwartungen: Man hat sein demütigendes Verfahren hinter sich. Befehlhirarchien, sinnlose Waffenausbildung; Freiheit und Abenteuer, das einem versprochen wird von den Public Relations Offizieren scheint endgültig aus der Diskussion.

Im Zivildienst, so meint man, kann man sich engagieren.

Der erste Tag: Man stellt sich vor. Man hat ein Gespräch mit dem Dienststellenleiter. Und man wird sofort verplant. Pflegedienst, Verwaltung, Gärtner, Küchendienst, Spül küche, Pförtner.
Die Unbefangenheit, die man vielleicht hat, kommt einem sehr schnell abhanden.Zunächst kriegt man schriftlich aus dem Zivildienstgesetz Auszüge. Das Gesetz regelt die Verkehrsformen detalliert. Man hat

- Grundpflichten (Dienst gewissenhaft erfüllen, man hat sich in die Gemeinschaft einzufügen, man darf den Arbeitsfrieden und das Zusammenleben nicht stören)
- Verschwiegenheit (während und nach dem Zivildienst über bekanntgewordene dienstliche Angel egenheiten Verschwiegenheit bewahren).
- Dienstliches Verhalten (Zivildienstleistende stehen in einem besonderen öffentlichen Dienstverhältnis. Sie können deshalb für sich selbst keine Rechte geltend machen, die sich aus dem Arbeitsrecht, dem Betriebsverfassungsrecht oder dem Personalvertretungsrecht für Arbeitnehmer ergeben).

Momentan gibt es zwei Klassen von Zivildienstleistenden: die mit Heimschlaferlaubnis und die, die gezwungen sind, innerhalb der Dienststelle zu wohnen. (Dienstunterkunft).
In unserem Fall bekommt man dann also einen Antrag auf Überlassung eines Dienstzimmers. Den soll man unterschreiben. Obwohl man es gar nicht will. Für die Zukunft unterschreibt man noch mehr Dinge, die man nicht will. Wenn man Pech hat, bekommt man so nebenbei gesagt:" Der sieht aus, als wolle der nichts arbeiten." Dies vom Dienststellenleiter persönlich.
Im folgenden einige kurze Beschreibungen der Arbeitsbereiche im Altenheim:
Pflegedienst: Man wird in den Pflegedienst integriert durch eine blauäugige 'Sieh Dirs an und Mach mit'-Theorie. Eine fachgerechte Ausbildung findet nicht statt. Wenn man danach fragt, werden von der Dienststelle organisatorische Gründe angegeben, die die Teilnahme an einem Kurs verhindern. Wenn man sein (und nicht nur sein eigenes) Interesse an einem Kurs durchsetzen will, muß man wochen-, oft sogar monatelang darum kämpfen.
Die erste Begegnung mit den Bewohnern bedeutet meist ein Schockerelebnis. Die Bewohner sind bettlägrig, apathisch, leere Augen, es herrscht Schweigen in den Zimmern, das Beklemmung auslöst.
Der Zivildienstleistende wird nun integriert in einem Betreuungsablauf, der sich als vollkommen mechanisch darstellt.
Es sind zuwenig Betreuer auf der einzelnen Station. Der Tagesrythmus wird bestimmt durch Essen, Scheissen und Schlafen.
Das Essen: ZDLs werden meist abgestellt zum Füttern. Der Tagesrythmus steht fest. Er wird bestimmt durch den Abräumdienst, durch die Küche und durch die Leute, die spülen. Es steht nur wenig Zeit zur Verfügung. So kommt es, daß man wenig Rü icht auf individuelle Eßgewohnheiten nehmen kann. Wichtig ist vielmehr zunächst, daß alle ihr Essen überhaupt kriegen. Es kommt dann oft zu solch entwürdigenden Situationen, daß man mehrere Bewohner gleichzeitig füttert, im Zivildienstjargon auch "Stereofüttern" genannt.
Je nach Reihenfolge wird auch kaltes Essen serviert. Frühstück zwischen 7.30 h und 8.00 h, Mittagessen zwischen 10.20 h und 11.00 h, Kaffee mit Stückchen um 14.00 h und das Abendessen um 16.30 h.
Das Betten: Das Saubermachen, Bettwäsche wechseln und trockenlegen gerinnt zum rein mechanischen Ablauf. Geschlechtsorgane werden mit warmen Wasser gesäubert, es wird keine Zeit dafür gelassen, die richtige Temperatur zu überprüfen. Die Bewohner werden dabei teilweise wie ein Stück Holz behandelt. Empfindungen sind nicht gefragt. Aus Zeitmangel werden die Hände der Betreuer zwischen den einzelnen Vorgängen nicht gewaschen. Man wird zum Bazillenüberträger.
Persönliche Kontakte: Persönliche Kontakte machen sich fest an einfachsten täglichen Notwendigkeiten: Haarekämmen, Klogänge, Bettpfanne ausleeren und Kissenzurechtrücken. Man hat oft das Gefühl, daß sich die angestellten Betreuer, sobald tatsächlich mal ein wenig Zeit bleibt, vor jedem Gespräch mit den Bewohnern drücken. Dies nicht aus Bösswilligkeit, sondern aus einer emotionalen Überforderung heraus. Sie flüchten sich dann oft in sinnlose Tätigkeiten wie Staubwischen oder Wäschezählen. Dies ist dann oftmals auch eine emotionale Lükke, die dem neu dazukommenden ZDL besonders auffällt.

AKTIONEN UND STREIKS DER ZIVILDIENSTLEISTENDEN

FRANKFURT
19.Januar

Am 27. Januar werden die Zivildienstleistenden bundesweit in den Streik treten. Im einzelnen sind folgende Aktionen geplant:

AACHEN

In Aachen wird am 10.1.78 die örtliche Presse über die aktuelle Situation der Wehrpflichtnovelle und über die anstehenden Aktionen der SOdZLAachen unterrichtet. Auf einer überraschend gut besuchten Vollversammlung sind bereits alle ZDL Aachens informiert worden über die Ankündigungen Ivens vor dem BVG. Es ist bereits nach dieser ersten Versammlung abzusehen, *das mindestens 10 der 31 Aachener Dienststellen am 27.1. bestreikt werden.* Am 9.1. werden auf der zweiten VV Aktionen für die Aktionswoche in der Stadt beschlossen.
(SOdZL = Selbstorganisation der Zivildienstleistenden)
Kontakt: Telefon 0241 / 32585

BREMEN

Um alle ZDL möglichst zu erreichen, findet am 11.1. eine Vollversammlung aller Bremer ZDL statt. Auf dieser Vollversammlung wird ein Überblick über die Situation im Zivildienst gegeben. Es soll erreicht werden, daß der Streik am 27.1. eine möglichst große Unterstützung erhält. In einer Sendung von Radio Bremen am 4.1. zur Situation der Kriegsdienstverweigerung wurde ein längeres Interview mit einem Mitglied der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) gesendet, das die Konsequenzen der Karlsruher Entscheidung für den Zivildienst und den ZDL zum Thema hatte. Dabei konnten die Aktionswoche, der bundesweite Streiktag und die zentrale Demonstration in Dortmund angekündigt werden. Die Rundfunkleute zeigten zudem ihre Bereitschaft, während der Aktionswoche aktuelle Berichte über einzelne Aktionen zu senden

Vor der Aktionswoche wird Iven eine Landesschule des Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) besuchen. Hier werden wir versuchen, die anwesenden Presseleute über Ivens Kasernierungspläne zu informieren, denn jede ausführliche Berichterstattung kann unseren Aktionen und Forderungen nützen. In der Aktionswoche wird die Dienstkaserne des ASB eingeweiht:'Leber-Iven-Kaserne, Haus Terpperwien' (T. ist der Vorsitzende des ASB) Außerdem werden sich einige Kollegen in der Innenstadt anketten, um über die Auswirkung des Leber-Iven-Planes zu informieren. Dieses Anliegen wird durch Info-Stand und Theater unterstützt. Eine weitere Aktion wird schließlich die öffentliche Verleihung der ,Goldenen Peitsche' für Bremens schlechteste Dienststelle sein, die im Beisein von Rundfunkt und Presse überreicht wird.
Mindestens drei größere Dienststellen mit 80 Kollegen werden streiken. Während des ganzen Tages ist ein Streikzentrum errichtet, in dem alle Informationen, Vorfälle usw. zusammengetragen werden. In diesem Zentrum wird am Abend der Streik ausgewertet als Erfolg gefeiert werden.
Tel.: 0421/340025

DARMSTADT

Am Freitag, den 6.1. war in Darmstadt eine Vollversammlung. Dabei haben sich 66% aller anwesenden ZDL für einen Streik ausgesprochen. In Vorbereitung auf die Aktionswoche wurden Kontakte zum DGB, zur ÖTV, zu den Jugendverbänden und den Jugendorganisationen der Parteien aufgenommen. Die ÖTV hat ihrerseits Kontakt zur SOdZDL geschlossen, um über die Ivenschen Pläne zu beraten. In der Aktionswoche sollen neben anderen Dingen eine Pressekonferenz, Straßentheater und eine Streik(Dienst nach Vorschrift)-Fete am 27.1. stattfinden.
Tel.: 06151/663356 oder 28121 Dienststelle Bernadotteheim

FRANKFURT

Zu Beginn der Aktionswoche plant die Frankfurter SodZDL eine ,weiße Kittel' -Aktion. Mit Vorsorgeuntersuchungen, Rollstühlen u.ä. soll die Bevölkerung auf die Aktionswoche und den Warnstreik hingewiesen werden. Für die Presse wird eine Pressekonferenz durchgeführt, am 27. Januar, 11 Uhr im Haus der Jugend (Deutschherrenufer). In einer großen Podiumsdiskussion am Mittwoch der Aktionswoche haben dann verschiedene Frankfurter Gruppen die Gelegenheit, ihre Stellung zum Leber-Iven-Plan aufzuzeigen. Auf einer letzten Vollversammlung muß in Frankfurt noch über das Ausmaß der Warn- und Bummelstreiks sowie dem Dienst nach Vorschrift informiert werden. Bereits jetzt ist in einigen Dienststellen Streikbereitschaft abzusehen. Andere Dienststellen unterstützen sogar die ZDL in ihren Aktionen
Tel.: 0611/294488

GIESSEN

Schwerpunkt der Aktionswoche in Gießen sind der Donnerstag und Freitag in der Aktionswoche. Am Donnerstag werden Flugblätter an Schüler und Lehrlinge verteilt, die nach dem Urteil vom 15.12.77 das Bundesverfassungsgericht (BVG) wieder vom Gewissens-TÜV betroffen werden. Außerdem findet eine Pressekonferenz statt.
Am Freitag, Streiktag, werden mindestens 140 ZDL (in Giessen 200) in den Streik treten. Im Fußgängerzentrum der Stadt wird ein Stand errichtet, der Streikzentrum sein wird. Nach einer Dienststellenbegehung, Diskussionen mit Streikbrechern, hauptamtlichen Kollegen und Betreuten, sowie dem ZDL-Notdienst, wird ein Umzug zum Stand gemacht. Dort werden mit Liedern, Theater und einer ,Vorsorgeuntersuchung' (Blutdruckmessen bei Passanten) und natürlich jede Menge Informationen die Bevölkerung auf die Arbeit und Probleme der ZDL aufmerksam gemacht. Abends auf der Streikfete, zu der vor allem die hauptamtlichen Kollegen eingeladen werden, soll eine Sammlung für den Streikfond gemacht werden.
Tel.: 0641/7023108

HAMBURG

Streikmaßnahmen und Aktionen werden in Hamburg von einem Streikkoordinationstreffen organisiert und durchgeführt. werden. In mehreren befragten Dienststellen mit mehr als 10 ZDL sprachen sich in der Regel 3/4 der Kollegen für eine Beteiligung am Warnstreik aus. Endgültige Ergebnisse hierzu werden allerdings erst auf der VV der Hamburger ZDL am 13.1. erwartet. Positiv verliefen die Anstrengungen, die im Schülerbereich unternommen wurden. So beschloß das zentrale Treffen der Landesschülerparlamente von Schleswig-Holstein am 4.1. in Kiel, über die Situation der KDV und ZDL auf Schülervollversammlungen zu informieren. Der Regionalsprecher Nord wurde eingeladen, auf einer für den 4.2. geplanten Demonstration in Kiel gegen das Landesschulgesetz zu berichten. Für den 26.1. ist im Audi-Max im Rahmen der Aktionswoche eine Großveranstaltung vorgesehen. Wichtige einzelne Programmpunkte sind dabei die Darstellung der Bündnisarbeit am Ort, verschiedene Redebeiträge, sowie Musik und Theaterdarbietungen. Die Hamburger SodZDL wird neben anderen Gruppen eine Rundreise unternehmen, um andere klein oder noch im Aufbau befindliche Gruppen in ihre Vorbereitungsarbeiten zu unterstützen.
Tel.: 040/7399063

KARLSRUHE

Nach zwei Vollversammlungen in Vorbereitung auf die Aktionswoche wird eine Veranstaltung mit dem Soldaten und Reservistenkomitee stattfinden. Diese Veranstaltung steht auf der Grundlage einer Resolution der SodZDL Karlsruhe, vor allem Vertreter der Parteien eingeladen werden. Sie können hierbei ihre Position zum Leber-Iven-Plan darstellen. Am Streiktag wird die Bevölkerung in der Innenstadt informiert
Tel.: 0721/557706

KÖLN

Nach einer Vollversammlung am 9.1. soll mit einer großen Fahrraddemonstration die Aktionswoche am 21.1. angekündigt werden. Während der Demonstration soll das Zivildiensttheater aufgeführt werden. Zusammen mit der Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK) werden Flugblätter in den Schulen verteilt und in einer Podiumsveranstaltung mit einer Reihe anderer politischen Organisationen die Öffentlichkeit informiert werden. Je einen Tag werden die Kölner und Leverkusner SodZDL zusammen Aktionen jeweils in Köln/Leverkusen machen. Für den Streiktag ist ein großes Kinder- oder Altenfest geplant, um der Bevölkerung zu zeigen, das Streik nicht ,Faulenzen' heißt. Auch den Dienststellen soll klargemacht werden, das der Streik nicht gegen sie, sondern gegen das BAZ (Bundesamt für Zivildienstleistende), dem Bundesbeauftragten und die Bundesregierung gerichtet ist.
Tel.: 0221/881872

LUDWIGSHAFEN

3 ZDL und die DFG/VK wollen die Aktionswoche nutzen, eine arbeitsfähige SodZDL Gruppe aufzubauen. Schwerpunkt dabei soll die Mobilisierung zur Demonstration in Dortmund am 28.1.sein. Vielleicht können dabei vereinzelt auch noch Warnstreiks zustande kommen.

Tel.: 0621/513497

LÜNEBURG

Die Lüneburger SodZDL plant in der Aktionswoche an zwei Tagen Info Stände in der Innenstadt, außerdem sind Flugblatt und Plakataktionen sowie Straßentheater mit Musik vorgesehen, um die Vorstellungen und Ziele der ZDL bekannt zu machen. Auf einer Vollversammlung, die bereits Anfang Dezember stattfand, zeigten sich 28 ZDL in 5 Dienststellen streikbereit. Allgemein ist der Warnstreik positiv aufgenommen worden. Für Donnerstag, 26.1. ist nochmal eine ZDL-Vollversammlung angesetzt

MÜNCHEN

Letzte Beschlüße in München fallen auf einer Vollversammlung am 19.1. Aber schon jetzt ist zu sagen, daß die 1100 Münchner ZDL in der Aktionswoche auf vielen verschiedenen Veranstaltungen in Erscheinung treten. Durch Dienststellenbegehung und und Teilnahme an Dienststellenversammlungen durch die SOd ZDL sollen die ZDL für die Veranstaltungen und den Streik gewonnen werden. Am Wochenende vor der Aktionswoche werden durch Flugblätter verschiedene Zielgruppen angesprochen. Höhepunkt wird regional zweifellos der Streiktag sein mit einer großen Veranstaltung im Fußgängerbereich der Innenstadt. Aktionen und Aktionsformen werden die Zuschauer und Zuhöhrer überraschen.

Tel.: 089/349863

RAVENSBURG

In Ravensburg wird am 10.1. die vorbereitende Vollversammlung stattfinden. Nach Vorstellungen der SOdZDL soll gestreikt werden, wenn eine 50% Beteiligung sichergestellt ist. Auf jeden Fall wird es Informationen für die Presse und Informationen an Ständen in der Stadt geben.

RENDSBURG

Mit Unterstützung der Jungsozialisten wird am 25.1. in Rendsburg eine Informationsveranstaltung stattfinden. Neben dem Vorhaben, die Kollegen durch Dienststellenbesuche zu informieren, findet am 17.1. eine Vollversammlung statt. Bisher konnte in Vorbesprechungen abgeklärt werden, daß sich etwa 20 Kollegen in 4 Dienststellen an Streikmaßnahmen beteiligen werden. Der Rendsburger Kollege berichtete, daß sich in Husum eine SOdZDL Gruppe gegründet hat, worüber die Husumer Lokalnachrichten ausführlich berichteten.

SIEGEN

Die SOdZDL Siegen hat mit der DFG/VK zusammen zwei Veranstaltungen geplant. Auf der ersten am Mittwoch, 18.1. werden die Besucher über die Wehrdienstnovelle und gültiges Recht in den verschiedenen Abschnitten informiert. In der zweiten Veranstaltung am 28.1. ist das Thema die Militarisierung im Zivildienst. In der Aktionswoche wird die Presse informiert, es gibt Informationen durch Flugblätter fürdie Bevölkerung. Die ZDL werden durch Dienststellenbesuche für Aktionen und Streik gewonnen.

Tel.: 0271/5951

ULM

Auf einer ersten Vollversammlung sprachen sich die etwa 50 anwesenden ZDL (120 in ganz Ulm) für Aktionen aus. Bei der Vorbereitung und Bündnisarbeit kam dann heraus, daß die großen Dienststellen Ulms den ZDL für eine Demonstration mit anschließender Kundgebung freigeben. Auf der Kundgebung werden die SOdZDL und ein Pfarrer als Redner auftreten. Der Südwestfunk will, wenn in Stuttgart keine Aktionen laufen, live diese Kundgebung übertragen. Während und nach der Kundgebung wird die Bevölkerung zusätzlich durch einen Informationsstand und durch Straßentheater informiert werden. Zur Vorbereitung und Koordinierung verschiedener Aktionen wird am 14./15.1. für den Südwesten eine Regionalkonferenz in Ulm stattfinden.

Tel.: 0731/63138

... UND ÜBERALL

Außer in den vorstehenden Städten finden an vielen anderen Orten weitere Aktivitäten statt. Bei unserem Rundtelefonat waren die Vorbereitungen allerdings noch nicht so weit gediehen, daß konkrete Angaben gemacht werden konnten. Wir haben dabei auch festgestellt, daß an vielen Orten, wo die SOdZDL nicht vertreten ist, die ZDL Veranstaltungen organisieren und Aktionen vorbereiten. Überall, wo ZDL arbeiten, ist der Unmut über den Leber-Iven-Plan und die Entscheidung des BVG groß. Überall formiert sich der Protest.

HINWEISE ZUR STREIKDURCHFÜHRUNG

Einige Wohlfahrtsverbände und mehrer Dienststellen haben sich bereits gegen die Kasernierung ausgesprochen. In jeder Dienststelle sollte der Vertrauensmann dem Dienststellenleiter eine schriftliche Stellungnahme überreichen, in der die Aktionswoche und der Streik begründet werden. Darüberhinaus sollte bei den Vorgesetzten und Mitarbeitern um Sympathie und Unterstützung für den Streik geworben werden, möglichst im persönlichen Gespräch. Denn wenn die Dienststellen unsere Aktivitäten unterstützen oder zumindest akzeptieren, ist das BAZ gezwungen, von Disziplinarmaßnahmen abzusehen. Insbesondere muß deutlich gemacht werden, daß die Aktionen sich nicht gegen die Dienststellen, sondern gegen die Politik des BAZ richtet.

NOTDIENST

Da der Streik sich nicht gegen einzelne Dienststellen richtet, sollten wir sicherstellen, daß die Dienststellen am Streiktag nicht ernsthaft geschädigt bzw. völlig lahmgelegt werden. Man könnte uns sonst zu Recht vorwerfen, daß wir unsere Forderungen auf Kosten von Kranken, Behinderten usw. durchsetzen wollen. Wir werden also einen Notdienst einrichten müssen.

FERNBLEIBEN

Generell sollte man es am Streiktag verhindern, dienstliche Anordnungen befolgen zu müssen. Trotzdem muß unser Notdienst — aus Eigeninitiative der ZDL — einige Arbeiten verrichten, die unbedingt gemacht werden müssen. Aus taktischen Gründen sollte der Notdienst öfter wechseln, damit möglichst viele Kollegen sowohl am Notdienst, als auch am Streik beteiligt sind. ZDL, die sich nicht am Streik beteiligen, sollten zumindest in den Notdienst miteinbezogen werden. Der Notdienst braucht nicht stärker besetzt zu sein, als unbedingt notwendig, sollte aber gut klappen. Mahlzeiten sollten am Streiktag nicht in der Dienststelle eingenommen werden. Auch sonst sollte man nichts tun, was dienstlich mit dem Zivildienst zutun hat.

STREIKZENTRUM

In der Regel werden in den Städten Streikzentren eingerichtet. Hier laufen alle Informationen zusammen, und von hier aus werden Aktionen gestartet. Beim Streikzentrum sollten sich auch alle ZDL aus kleineren Dienststellen einfinden, die am Streik und den Aktionen teilnehmen wollen.

FINANZIERUNG

Zur Finanzierung der Aktionswoche wird eine Streikkasse eingerichtet, die z.B. auf Vollversammlungen oder in den Dienststellen herumgeht, weil auf jede Gruppe Kosten zukommen, die die aus der normalen SO-Kasse nicht zu decken sind. Jeder ZDL kann zur Füllung der Kasse beitragen, da weite Kreise un-

sere Aktionen unterstützten.

„DISZIS" (Disziplinarstrafen)

Die Dienststelle kann den Streik mit Entzug von Vergünstigungen beantworten. Das BAZ kann Disziplinarstrafen gegen einzelne ZDL (Rädelsführer) einleiten und durchführen: Verweis, Ausgangsbeschränkung, Geldbuße (auch hierfür ist die Streikkasse da), Strafversetzung.

RECHT

Über die Beantwortung dieser Repressionen müssen wir uns aber schon lange vor dem Streik im klaren sein. Jeder ZDL muß Fragen auf den Vollversammlungen dazu stellen. Als Antwort auf die Diszis haben wir zur Verfügung: Dienst nach Vorschrift, Bummelstreik, lokaler Streik, regionaler Streik. Auf Strafverfahren reagiert man am besten mit einer Selbstanzeige: Wenn sich 1000 ZDL, die am Streik beteiligt waren, selbst anzeigen, wird die Justiz wohl kaum die Möglichkeit haben, 1000 Strafverfahren durchziehen zu können. Außer den politischen Antworten sollte man bei jedem Disziplinarverfahren peinlichst genau darauf achten, daß der Dienststellenleiter genau die Vorschrift einhält (siehe Leitfaden, eine richtige Durchführung ist ziemlich kompliziert) und sich dabei von einem Rechtsanwalt beraten lassen. Genauso natürlich bei Strafanträgen. Eine Liste aller KDV- und Zivildienstanwälte in der BRD ist bei ‚diskofo zu beziehen.

Kontaktadresse: **diskofo**
SOdZDL-Bundeszentrale
Hochstraße 56
6000 Frankfurt (Main) 1
Tel.: 0611/294488

Weitere Kontaktadressen:

SOdZDL Bremen
c/o Zentralstelle
Donandtstr. 44
2800 Bremen 1, Tel.: 0421/340025

SOdZDL Köln
c/o Georg Bungarten
Snevenstr. 30
5000 Köln 1, Tel.: 0221/881872

SOdZDL Aachen
c/o Uwe Eichner
Mauerstr. 22
5100 Aachen, Tel.: 0241/32585

SOdZDL Siegen
c/o Martin Mackel
DRK Kinderklinik
Wellerbergstr. 60
5900 Siegen 1, Tel.: 0271/595-1

SOdZDL Darmstadt
c/o Detlef Schader
Bessungerstr. 98
6100 Darmstadt, Tel.: 06151/663356

SOdZDL Gießen
c/o Norbert Bock
Unterhof 41
6300 Gießen, Tel.: 0641/702-3108

SOdZDL Ludwigshafen
c/o Hubi Kramer
Berliner Str. 65
6700 Ludwigshafen, Tel.: 0621/513497

Arbeitskreis ZDL der Werkstatt
Fliederstr. 1
7500 Karlsruhe 21, Tel.: 0721/557706

SOdZDL Ulm
c/o Joachim Schraivogel
Bessererstr. 14/4
7900 Ulm, Tel.: 0731/63138

SOdZDL München
c/o Manfred Sebold
Franz Josef Straße 38
8000 München, Tel.: 089/349863



Fortsetzung von Seite 14

einer von uns angegriffen wird, soll es alle treffen! Wenn KKW-Gegner wie jetzt Jens Scheer als Kriminelle abgestempelt und mit Berufsverbot belegt werden, soll die gesamte Bewegung gegen das mörderische Atomprogramm damit diffamiert und mundtot gemacht werden! Alle KKW-Gegner sind aufgerufen, Solidarität mit Jens Scheer zu üben. Schickt Protesterklärungen an den Präsidenten des Senats der Hansestadt Bremen, 28 Bremen 1, mit Kopie an Jens Scheer.

aus: **Schnürschuh Nr. 8, "Alternstivzeitung zur Unterwanderung Bremens". Fedelhören 43, 28 Bremen**

ATOMMÜLLZWISCHENLAGER UND AKW IN BORKEN (NORDHESSEN) ?

KASSEL November '77 — *Aus einem Informationsflugblatt nordhessischer Bürgerinitiativen:*

September 1974 Die Preußische Elektrizitäts AG beantragt beim Hessischen Minister für Wirtschaft und Technik einen 1300 MWe-Druckwasser-Reaktor (ähnlich dem in Biblis) in Borken/Bez. Kassel. Bis 1977 hat der Erörterungstermin noch nicht stattgefunden.

September 1977 Es dringen Pläne der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH (DWK) an die Öffentlichkeit, daß diese in Borken ein Atommüll-Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente aus Atomkraftwerken plant.

Oktober 1977 Die DWK stellt bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt in Braunschweig den Antrag auf Genehmigung von Atomüll-Zwischenlagern in Krümmeln/Elbe, Meppen/Ems, Ahaus im Münsterland, Borken, Schwalm, Karlsein/Main und Wertingen/Donau.

November 1977 Das Hess. Kabinett entscheidet, daß Borken als Standort für Atommüll-Zwischenlager nicht in Frage komme, da "Borken in einer Region liege, die durch Erdstöße gefährdet werden könne ... Die Landesregierung sei allerdings bereit, Überlegungen anzustellen, wo Atommüll in Hessen gelagert werden könne, weil bei der Lösung dieses Problems jedes deutsche Bundesland zur Disposition stehe. Über Standorte sei in diesem Zusammenhang allerdings noch nicht gesprochen worden. Auch lägen bisher keinerlei Planungen vor." (HNA vom 4.11.77)

Diese Entscheidung sollte aber kein Grund zur Freude sein. Zwar kann es sich Ministerpräsident Börner nicht leisten, diese Entscheidung zu widerrufen, ohne seinen möglichen Wahlsieg bei der Landtagwahl im Herbst '78 zu gefährden. Vielmehr sucht er offenbar bei der Suche nach einem geeigneteren Standort in Hessen Zeit zu gewinnen. Auf jeden Fall soll in den nächsten Jahren in Hessen ein lebensbedrohendes Atommüll-Zwischenlager gebaut werden. Davon ist jeder betroffen, denn Radioaktivität kennt keine Gemeinde- oder Ländergrenzen. Außerdem ist es möglich, daß die Regierung Dregger im Falle eines Wahlsieges auf den Standort Borken zurückkommt. Die Atommüll-Zwischenlager werden dorthin gebaut, wo der Widerstand aus der Bevölkerung gegen sie am geringsten ist, da sie für die Atomindustrie unerläßlich sind. Bisher hat sich die Regierung von Nordrhein-Westfalen bereit erklärt, das erste von vielen Zwischenlagern nach Ahaus in Münsterland zu nehmen. Für die norddeutsche Atomkraftwerke soll in Stade an der Elbe ein Atommüll-Zwischenlager für 600 t abgebrannte Brennelemente gebaut werden.

Jedes Atommüll-Zwischenlager, ob in Ahaus, Stade oder irgendwo in Hessen gefährdet auch Nordhessen; bei einer Katastrophe in ihnen werden auch wir zu den mehreren Millionen Toten gehören!!

Wir fragen die Landesregierung:

Wollen Sie den Bau des Atomkraftwerkes Borken zulassen, obwohl Sie das Atommüll-Zwischenlager in Borken wegen Erdbebengefährdung abgelehnt haben?

Gibt es dann etwa in Borken keine Erdbebengefährdung mehr? Oder lassen sich nach der Wahl etwa atomare Anlagen absolut erdbebensicher bauen?

Halten Sie es für verantwortbar, daß Minister Karry in der hess.Niedersächsischen Allgemeinen vom 17.10.77 erklärte, die PREAG hätte noch keinen Atommeiler in Borken beantragt, obwohl Herr Frank aus seinem Ministerium einer Kasseler Bürgerinitiative am 26.7.77 geschrieben hatte: "Die Preußische Elektrizitäts AG hat am 11.9.1974 den Antrag auf Errichtung und Betrieb eines Kernkraftwerkes von 1300 MWe mit Druckwasserreaktor gestellt."

Ist Minister Karry nicht besser über wesentliche Dinge in seinem Ministerium informiert?

Angesichts der fatalen Parteitagsbeschlüsse von FDP und SPD zur Atomenergie müssen wir nach den Landtagswahlen mit dem Erörtungstermin für das Atomkraftwerk Borken - wahrscheinlich unter der Leitung von Herrn Frank aus dem Wirtschaftsministerium - rechnen. Der Erörterungstermin ist eine unserer letzten Chancen, den Atommeiler zu verhindern.

Das Atomkraftwerk Borken gefährdet unser Leben!
Wehren Sie sich mit uns gegen diese Bedrohung!
Nur gemeinsam können wir es verhindern!

Was können Sie tun?

Fragen Sie Ihre Abgeordneten, Ihre Gemeindeverwaltungen, den Hess.Minister für Wirtschaft und Technik, Karry, den Minister für Gesundheit und Soziales, Clauss, den Minister für Landwirtschaft und Umwelt Görlach, den Ministerpräsidenten Börner (alle 62 Wiesbaden, Postfach) und Ihren Bauernverband nach dem Atomkraftwerk Borken.

Reden Sie mit Ihren Nachbarn, Bekannten, Arbeitskollegen, und Freunden über das Atomkraftwerk Borken.

Unterstützen Sie uns finanziell, da wir nicht wie die Atomindustrie mit Steuergeldern unterstützt werden (Tilmann Boller, Kto.Nr. 1439462 bei der Stadtsparkasse Kassel, Stichwort: "AKW Borken").

Wenn Sie die Wahrheit über die Gefahren des Atomkraftwerkes Borken und der Atommüll-Zwischenlager erfahren wollen, informieren sie sich bei den Bürgerinitiativen:

BI Borken, z.Hd.v.E.Dutschke, Forsthausstr. 3, 3587 Borken-Naserfurth, 05682/1720

BI Fritzlar, z.Hd.v.J.Blunck, Nachtigallenweg 3, 3580 Fritzlar, 05622/1415

Anti-Atom-Büro, Emmerichstr. 20a, 35 Kassel, 0561/77425

BI Marburg z.Hd.v. M. Moch, Marburger Str. 19, 3557 Beltershausen, 06424/1724

SABOTAGE

Gösgen (Schweiz)
Dezember 1977

Mit „Weitere AKW-Gegner" unterschrieben ist ein Flugblatt aus dem Umkreis von Gösgen, das zwei Mitteilungen, nämlich an „Bevölkerung" und an „Bewegung" enthält (und wozu wir uns einen Kommentar nicht verkneifen können – siehe unten):

„1. **Mitteilung an die Bevölkerung**

Am 12. Dezember 1977 haben AKW-Gegner durch einen Kurzschluß die SBB-Linie Olten-Däniken blockiert, weil sie gegen den heimlichen Transport von Brennelementen per Zug protestieren wollten. Heute haben wir, andere AKW-Gegner, die Aktion wiederholt. Herr Wisler, administrativer Direktor des AKW Gösgen, hat zwar die genannte Lieferung vom 15. Dezember dementiert, nicht dementiert hat er aber die mit diesem Transport zusammenhängenden geheimen Pläne. Diese funktionieren folgendermaßen: die Brennelemente sollen zunächst heimlich ins AKW gebracht werden, dann sollen die ersten Versuche gestartet werden, ohne die dazu nötige Bewilligung abzuwarten. Damit wird die ganze Anlage radioaktiv, und man schafft eine vollendete Tatsache.
Dieses Vorgehen ist um so krimineller, wenn man weiß, daß folgende Probleme nicht gelöst sind:

– die Notstromgruppe hat eine zu schwache Leistung und eine zu langsame Einschaltzeit. Diese paar Sekunden Verzögerungszeit können im Notfall zu einer Überhitzung des Reaktors führen.
– Die Leitungen des Dampfkreislaufes, die aus dem Reaktor ins Maschinenhaus führen, sind nicht gegen einen Außenangriff geschützt.
– Die internen Sicherheitsmaßnahmen funktionieren nicht richtig; die automatische Steuerung der großen Stahltüre, die das Eindringen von Unbefugten verhindern soll, funktioniert nicht. Das interne Funksystem ist bei einem Unfall wegen Radioaktivität unbrauchbar; einziger „positiver" Mißstand ist die Tatsache, daß die direkte Verbindung mit der Kantonspolizei schon mehrfach unterbrochen worden ist.
– Im weiteren hat auch die deutsche Regierung Druck ausgeübt, damit der Katastrophenplan nicht veröffentlicht wird, weil sie nicht will, daß die Bevölkerung merkt, was passiert, wenn im schlimmsten Fall das Aare- und Rheinwasser verseucht würde.

. . .

Ein AKW ist zu gefährlich, als daß man sich hinter einem Geschäftsgeheimnis verstecken kann! Wir fordern die Verantwortlichen (AKW Gösgen, SBB) dazu auf, alle Termine im Zusammenhang mit der Lieferung der Brennelemente und mit der Testphase offen auf den Tisch zu legen!"

„2. **Mitteilung an die Bewegung**

Im AKW Gösgen ist seit dem 15. Dezember alles bereit, um die nuklearen Brennstäbe aufzunehmen. Der bevorstehende, heimliche Transport könnte nur durch direkte Mobilisierung der ganzen Bewegung verhindert werden. Daß die ganze Sache streng geheim ablaufen soll, steht außer Zweifel: H. Wisler hat es selbst betont (siehe T. A. vom 17. Dezember 1977). Damit ist für sie (die AKW-Herren) und für uns (die AKW-Gegner) klar, was auf dem Spiel steht: wenn das Uran im AKW ist, ist eine Situation ohne Rückkehr geschaffen!"

Es folgt eine Kritik an der Bewegung, die in einer Phase „totaler Demobilisierung" sei, die eigene „Niederlage als bereits erfolgt einkassieren" wolle und sich vom Gegner das Terrain vorschreiben lasse: statt „Großmobilisierung im Frühling – Gösgen, Leibstadt" sei die „kritische (=?) Unterstützung zur Anti-Atom-Initiative" diskutiert worden. Die Notwendigkeit von „direkten Aktionen" wird daraufhin so begründet:

„– Gegenüber Wisler und Co., die sich weigern (mit dem Vorwand, den AKW-Gegnern keine Informationen zu liefern), den legalen Verlauf (z. B. die Bundesbewilligungen) und die technischen Bedingungen (z. B. Transport) der Brennstofflieferung zu klären;

– gegenüber den SBB, die ohne besondere Sicherheitsmaßnahmen operieren (wie der Transport nuklearer Abfälle bereits bestehender AKWs beweißt;

KANN NUR DIE DIREKTE AKTION DER BETROFFENEN (aktive Versammlungen, Besetzungen, Sabotage) DAZU HELFEN, DIE VERSCHWÖRUNG DES SCHWEIGENS UND DAS MANÖVER DER ATOMLOBBY ZU BRECHEN."

So weit, so gut – wenngleich sich über die Nützlichkeit von Appellen streiten ließe. Skeptisch dagegen stimmen die folgenden Bemerkungen zur Sabotage (ungekürzt):

„Hier noch ein Wort in punkto Sabotage (da die Promotoren der Anti-Atom-Initiative – als einzige! – glauben, von Terror sprechen zu müssen): die Selbstverteidigung der Bewegung durch Sabotage-Aktionen ist nichts anderes als die Annahme des bitter notwendigen Kampfniveaus, einer einigermaßen angemessenen Antwortsform auf die Illegalität und Übermacht der AKW-Herren und ihrer treuen Diener. Sie soll auch die Relevanz der jetzigen Situation hervorheben. Massenkundgebungen sind gut, und Sabotage ist ihre notwendige Verlängerung zur Verhinderung der Inbetriebnahme des AKW Gösgen. Wer uns kriminalisieren will, den erinnern wir an die 1.000 Polizisten, die im letzten Sommer mit kriegerischer Bewaffnung die Staatsraison gegen Tausende von Bürgern durchsetzen halfen. 1.000 Polizisten können im Moment 10.000 Demonstranten aufhalten, aber 100.000 Polizisten sind machtlos gegenüber 1.000 Saboteuren! Für eine effektive Belebung unseres alten Spruchs:

LIEBER HEUTE AKTIV, ALS MORGEN RADIOAKTIV!

Es ist immer noch 5 vor zwölf!

Weitere AKW-Gegner"

(kein Datum).

Dies Plädoyer für eine bestimmte Aktionsform wiederholt eine bekannte und fatale Mischung: nämlich von „zwingender" Ableitung aus „bitterer Notwendigkeit", so als läge die Not „von selbst", d. h. von der Sache her eine praktische Konsequenz nahe, als wäre also das Kriterium „richtiger" Politik die Struktur der Realität sowie der Beschwörung eines Zweckoptimismus („100.000 Polizisten sind machtlos gegenüber 1.000 Saboteuren!"), der auf dem Glauben an einen ganz eigenen „Erfolgszwang" beruht: als richteten sich reale Machtverhältnisse, der „Lauf der Geschichte" ebenso nach dem Diktat logischer Notwendigkeit, wie man es offenbar von den Individuen erwartet, denen unter Berufung auf die offenbare Schlechtigkeit der Welt sowie die „Relevalz der Situation" die eigene Widerstandspraxis (gegen die wir keine Einwände haben!) als allgemeinverbindlich verkauft werden soll. Uns erscheint dies als Kurz- und Fehlschluß, der nur durch Unterschlagung der Erfahrungen mit Widerstandskämpfen möglich ist. Ein Vergessen von Geschichte, gerade der jüngsten, das verdummt! (und trägt zur Spaltung von Bewegungen bei). – So verteidigt man sich zum eigenen Schaden gegen den Terrorismus-Vorwurf!

Die Öko-Gruppe des ID

Vielleicht ganz interessant:
Moßmann-Artikel im Kursbuch 50, Abs. 18:
Gösgen – red & stoned, S. 14 ff

WERNER SCHLEGEL NACH KÖLN VERSCHLEPPT

KÖLN
18. Januar

„Am 9.1.78 begann Werner Schlegel in der JVA Rheinbach einen Hunger- und Durststreik (ID 211/212). Die Forderungen:

1. Sofortige Aufhebung der Besuchsbeschränkungen durch das Landeskriminalamt.
2. Genehmigung eines Sonderbesuchs und Erstattung der Reisekosten für eine Besucherin, die Besuchsverbot erhielt.

Am 12.1. wird Werner plötzlich nach Köln verschleppt. Hier wird ihm das mitgebrachte Radio und die Schreibmaschine entzogen, alle anderen Sachen, wie Bücher und Aktenunterlagen, bleiben in Rheinbach. Ohne Schreibmaschine ist Werner fast nicht in der Lage, aufgrund einer Operation, mit der Hand zu schreiben. Hinzu kommt: Einzelhofgang, keine Gemeinschaftsveranstaltungen, d.h. Isolation!

Diese Maßnahmen bedeuten für Werner vollständigen Entzug seiner Arbeitsmöglichkeiten als Schriftsteller. Werners ständiger Widerstand gegen die sich immer mehr verschärfenden Haftbedingungen in den Knästen der BRD soll mit dieser Verlegung gebrochen werden.

Werner ist weiter im Hungerstreik."

Presseerklärung der Initiative Werner Schlegel, c/o Buchladen Babula, Pontstr. 133, 5100 Aachen

Nach letzten telefonischen Informationen der Initiativgruppe Werner Schlegel vom Donnerstagnachmittag unterbrach Werner Schlegel seinen Hungerstreik in Köln. Er wurde dann am Dienstag wieder nach Rheinbach verschubt. Dort stellte er fest, daß sein Antrag auf einstweilige Anordnung (s.o.) noch nicht bearbeitet worden war. Daraufhin trat er wiederum in

den Hungerstreik um die Erfüllung seiner Forderungen durchzusetzen. Schreibt ihm, W. Schlegel, 5308 Rheinbach, Postfach 601

Spenden auf das Konto: 4047080 bei der Stadtsparkasse Aachen, BLZ 39050000

BESUCH BEI WALTRAUD BOOCK MIT FOLGEN

Am 2. Dezember 1977 besuchte Inge Zimmermann, eine Wiener Genossin, Waltraud Boock im Knast. Dabei waren auch drei männliche uniformierte Beamte, Inspektorin Meszarosz (Leiterin für weibliche Strafgefangene) und ein Mann von der Staatspolizei (Stapo), der eifrig jedes gesprochene Wort mitschrieb.

Waltraud Boock wurde während ihres Hungerstreiks eine Gefangene in die Zelle gesetzt, die mit kulinarischen Genüssen versorgt wurde. Waltraud hat dieser Frau so zugesetzt, daß diese von sich aus nach drei Tagen um Verlegung bat.
Da man im Landesgericht versucht, Waltraud mit allen Mitteln "umzuerziehen", hat sie eine Beschwerde an das Justizministerium geschickt. Waltraud hat die Absicht, sich auch nach Straßbourg (Menschenrechtskommission) zu wenden.

Außer dem Wiener Kurier liest sie noch die Frankfurter Allgemeine und den Spiegel. Waltraud will versuchen, auch noch die Frankfurter Rundschau zu bekommen und den Spiegel im Jahresabo zu bestellen. Mit den deutschen Zeitungen verhält es sich so, daß diese fast ausschließlich eine Woche nach dem Erscheinen ausgehändigt werden. Die aktuellen Informationen entnimmt Waltraud daher nur aus dem Kurier.

Waltraud würde es begrüßen, könnte sie ein deutscher Anwalt besuchen. Der Kontakt mit Anwälten ist ja gesetzlich erlaubt. Ein Radiogerät oder ein Plattenspieler ist ihr untersagt. Ein diesbezüglicher Antrag dürfte demnach schon einmal von Waltraud selbst gestellt worden sein.

Nach dem Besuch wurde Inge Zimmermann drei Stunden von der Staatspolizei verhört. Als sie sich weigerte ein Protokoll zu unterschreiben, drohte man ihr mit weiteren Verhören und Hausdurchsuchungen. In einem Brief vom 16. Dezember 1977 schreibt Inge Zimmermann:
"Seit einigen Wochen war ich die einzige Person (außer Verwandte natürlich), mit der Waltraud persönlichen und schriftlichen Kontakt haben durfte.
Gestern war ich wieder im Landgericht, um ihre Unterwäsche reinzubringen. Bei der Gelegenheit erfuhr ich gleich, daß ich keine Besuchserlaubnis mehr bekomme.
Als Gründe wurden angeführt: 1. das habe sich eben während des Gesprächs so ergeben (ich würde Waltraud ja doch nur in ihren Ideologien bestärken) und 2. habe Waltraud nicht die Wahrheit gesagt, was die neue Zelle betreffe (die sei ohnehin so schön). Mit anderen Worten: Waltraud ist damit einer totalen Isolationsfolter unterworfen. Besuche ihrer Verwandten bekommt sie verständlicherweise auch nicht so regelmäßig, so daß sie vielleicht im Jahr höchstens dreimal besucht wird. Ich werde mich wegen ihrer augenblicklichen Haftsituation beim Innen- und Justizminister beschweren, sowie beim Gefangenenhausdirektor. Nötigenfalls werde ich auch Amnesty einschalten. Viel wird's ja nicht bringen, da ich alleine arbeite. Aber unversucht werde ich natürlich nichts lassen. Wenn Waltraud schon keine Besuche bekommen darf, sollte man ihr wenigstens den Briefverkehr mit Freunden gestatten. Vielleicht können BRD-Genossen meinen Protest unterstützen, indem sie ebenfalls schreiben an:
Bundesminister für Inneres, Herrengasse 7, A–1010 Wien

Bundesminister für Justiz, Museumstrasse 7, A–1070 Wien

Direktion des Landesgerichts Wien, Landesgerichtsstr. 11, A– 1080 Wien.

Kontakt: Inge Zimmermann, Lenneisgasse 7, A–1140 Wien

PROZESS GEGEN GERD ALBARTUS, ENNO SCHWALL UND HANS-JOACHIM SCHLEHUBER

DÜSSELDORF *Vom Prozeßbüro:*
19.Januar Vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf hat am 16. Januar der Prozeß gegen Gerd Albartus, Enno Schwall und Hans-Joachim Schlehuber begonnen. Die beiden Hauptangeklagten Gerd Albartus und Enno Schwall, die seit einem Jahr in Köln-Ossendorf in U-Haft sind, wird Mitgliedschaft, Hans-Joachim Schlehuber (nicht in Haft) Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen.
An den ersten beiden Verhandlungstagen befasste sich das Gericht mit Anträgen der Verteidigung und verwarf sie allesamt, so u.a. Anträge auf Ablehnung des Vorsitzenden Richters Wagner wegen Befangenheit (Vorverurteilung durch die Anordnung der Kontaktsperre), Entpflichtung eines Pflichtverteidigers (er selbst beantragte sie), da er seiner Verpflichtung aufgrund falscher Informationen zugestimmt hatte, Abtrennung des Verfahrens gegen Hans-Joachim Schlehuber, Einstellung des Verfahrens nach § 129a (terroristische Vereinigung), da Merkmale einer Vereinigung (feste Gruppe, längerfristiger Zusammhang etc.) nicht gegeben sind.
Am dritten Verhandlungstag verlas Gerd Albartus eine zweistündige Erklärung zur Sache. Konkret und detailliert ging er auf die Bedingungen der einjährigen U-Haft ein, etwa eine Stunde lang. Dann gabs eine Mittagspause, auch weil Gerd sehr angestrengt war. Im weiteren Verlauf der Erklärung gings um den Konflikt Israel–Palaestina, die Notwendigkeit, den palaestinensischen Widerstand zu unterstützen, die Verdeutlichung des Unterschiedes Antizionismus–Antisemitismus und um den Tatvorwurf: den versuchten Brandanschlag in einem Aachener Kino gegen die Aufführung des Films "Unternehmen Entebbe". Dazu sagte Gerd Albartus: er sei im Kino gewesen, auch mit Enno Schwall; daß er aber den Brandsatz gelegt habe, stimme nicht. Sie beide hätten vorgehabt, den Film zu stören, Flugblätter zu verteilen, zu diskutieren. Sie hättens aber nicht gemacht, da sie auf der Fahrt von Köln nach Aachen bemerkt hätten, daß sie verfolgt/beschattet werden. Die Erklärung von Gerd Albartus ist von den Rechtsanwälten mit Genehmigung des Gerichts auf Tonband mitgeschnitten worden.
Am Dienstag (24.Januar) wird Enno Schwall eine Erklärung zur Sache abgeben. An den beiden daruaffolgenden Prozeßtagen (Mittwoch, Freitag) wird es im wesentlichen um den Tatkomplex Aachen gehen, Zeugen sollen gehört werden, möglicherweise gibts einen Ortst ermin im Kino in Aachen. Dienstag ist Prozeßbeginn ausnahmsweise um 8.30 Uhr in Düsseldorf in der Nebenstelle des Oberlandesgerichts in der Tannenstr. im Lippehaus. Jeweils eine halbe Stunde zuvor ist Einlaß, Personalausweise nicht vergessen.
Kontakt: Prozessbüro Albartus, Schwall, Schlehuber c/o Buchladen BVG, Konkordiastr. 81, 4 Düsseldorf Tel. 0211/ 39 65 14

ROOS/SCHULZ – EIN GANZ NORMALER MORDPROZESS

FRANKFURT
19.Januar **2. Verhandlungstag, 13.1.1978**

Ein "Tag der abgelehnten und unzulässigen Anträge" war der zweite Verhandlungstag gegen Johannes Roos und Detlef Schulz in der Frankfurt–Preungesheimer Festung.

Unzulässig sind nach Ansicht des Gerichts die Anträge auf Tragen von eigener Kleidung bei Johannes Roos, Hafterleichterung, insbesondere die Einstellung der nächtlichen Weckaktionen durch das Gefängnispersonal und die Lockerung der Sicherheitsvorkehrungen. Unzulässig laut Richter Spahn von der 12. Strafkammer des Landgericht Darmstadt, weil dafür das Oberlandesgericht Düsseldorf zuständig sei, bei dem gegen Johannes ein Ermittlungsverfahren wegen Mitgliedschaft einer terroristischen Vereinigung läuft. Davon, daß er als Gerichtsvorsitzender immerhin die Möglichkeit hat, auf eine Änderung zu dringen, wollte er nichts wissen.

In puncto Gefängniskluft bezweifelte außerdem der Herr Oberstaatsanwalt Waldschmidt, daß damit eine Vorverurteilung gegeben sei, wie sie die Anwälte befürchten. Waldschmidt: "Ich weiß gar nicht, wie Gefängniskleidung aussieht!"

Der Antrag der Anwälte, täglich nur drei Stunden zu verhandeln, wurde abgelehnt. Müdigkeit lasse sich schließlich – auch bei regelmäßigem nächtlichen Wecken – nicht von vornherein voraussetzen. Dem Staatsanwalt wäre in diesem Augenblick ein Antrag auf Verhandlungsunfähigkeit des Mandanten recht gewesen. Das hätte nämlich endlich den Ausschluß von Johannes von der Verhandlung bringen können.

Seine große Stunde hatte Anstaltsarzt Dr. Möbus. Er bestätigte, als vom Gericht bestellter Gutachter, Johannes Verhandlungsunfähigkeit. Wenn nur das Wecken unterbleiben könne. Aber eigentlich, ja, sei der Mandant verhandlungsfähig. Über die Auswirkung von Schlafstörungen könne er nichts sagen. Das sei "von Fall zu Fall" unterschiedlich.

Mangelnde Akteneinsicht könnten die Anwälte nicht beklagen. Der Staatsanwalt behauptete, 35 Tage Vorbereitung seien genug. Das hörte sich in seinem Munde an, als habe Rechtsanwalt Koch 35mal mit seinem Mandanten gesprochen. Das hat er erstens nicht, zweitens standen ihm in dieser Zeit nicht alle Akten zur Verfügung. Trotzdem fielen einige Pressevertreter auf diese mißdeutige Formulierung herein und schrieben z.B. in der "Neuen Presse": " Dabei kam es auch zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Oberstaatsanwalt Helmut Waldschmidt und Verteidiger Bernd Koch, der verlangt hatte, er brauche mehr Zeit für die Vorbereitung des Verfahrens. Nur 35mal hätte er Gelegenheit gehabt, den Mandanten zu sprechen – Müllerhoff nur 26mal".

Rechtsanwalt Glenz, Pflichtverteidiger von Detlef Schulz, unterstützte den Antrag auf Aussetzung des Verfahrens der Anwälte von Johannes, indem er erklärte, er werde seinerseits den gleichen Antrag stellen, weil es auch ihm nicht möglich war, die Akten einzusehen. Dazu der Staatsanwalt: Das sei nicht nötig, früher habe es das auch nicht gegeben. Wann früher?

Der Antrag wurde abgelehnt, die Verhandlung jedoch bis zum Freitag, 20 Januar, unterbrochen."

Kontakt zu der Gruppe, die sich mit dem Prozeß befaßt, kann über das ID–Telefon aufgenommen werden (0611/704352).

PROZESS GEGEN JÜRGEN TAURAS UND KLAUS DORFF BEGINNT AM 25. JANUAR

FRANKFURT *Presseerklärung der Rechtsanwälte Ronte*
19.Januar 78 *und Weidenhammer aus Frankfurt:*

"Ab dem 25.1.78 (Mittwoch) soll vor der Frankfurter Staatsschutzkammer gegen die seit etwa 2 Jahren in Untersuchungshaft befindlichen Gefangenen Klaus Dorff und Jürgen Tauras wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie gemeinschaftlichen Raubes und Verstoßes gegen das Kriegswaffengesetz verhandelt werden. Das bisherige Vorverfahren kennzeichnet sich durch die üblich gewordene öffentliche Vorverurteilung durch die Staatsschutzorgane sowie den Sonderhaftbedingungen, denen jeder der RAF–zugehörigkeit Verdächtigte unter Preisgabe menschenwürdiger Behandlung ausnahmslos unterzogen wird
Das Verfassungsgebot, jedem Gefangenen ein faires Verfahren zu gewährleisten, haben Gericht und Staatsschutzbehörden verletzt. Sie haben sogar das den Stammheimer Gefangenen aus der RAF noch zugebilligte Recht auf gemeinsame Verteidigung den beiden gemeinsam Angeklagten bis heute im wesentlichen vorenthalten. Klaus Dorff und Jürgen Tauras wird der gemeinsame Umschluß mit der Scheinbegründung verweigert, es bestünde "Interessenkollision"."

Prozeßtage: 25.1.78 Saal 146 A Frankfurter Landgericht 9.15 Uhr.
Weitere Prozeßtage: 31.1. (Di), 1.2. (Mi), 7.2. (Di), 8.2. (Mi), usw. jede Woche Dienstag und Mittwoch bis einschließlich 22.3.78 – jeweils 9.15 Uhr

FREIHEIT FÜR LINDA

Bremen
18.Januar

In der Nacht vom 13. auf 14.Januar wurde in Bremen die Atomkraftgegnerin Linda Engelbert aus dem Kreis ihrer Freunde und Freundinnen heraus auf der Straße verhaftet. Sie wird verfolgt, weil sie wie 15000 andere an der Demonstration gegen das AKW Grohnde teilgenommen hatte. Ihr wird allein die Teilnahme an der Demonstration vorgeworfen.(einfacher Landfriedensbruch), selbst der Vorwurf, sie habe einem Polizisten vors Schienbein getreten, wird nicht mehr aufrechterhalten.
Der Prozeß gegen sie am 22.11.77 in Hameln kam nicht zustande, weil über 600 Atomkraftgegener Linda und ihre Anwälte am Betreten des sowieso verschlossenen Gerichtsgebäudes hinderten.
Daß sie jetzt deswegen verhaftet wurde, ist schon juristisch völlig unhaltbar:
Das Gericht hätte höchstens bei einem neuen Verhandlungstermin ihre Vorführung anordnen können, da sie bei festem Wohnsitz jederzeit erreichbar war.
Die zu erwartende Strafe beträgt höchstens einige Wochenenden Jugendarrest – vorausgesetzt die Vorwürfe werden ihr tatsächlich nachgewiesen. Dis jedoch rechtfertigt keinesfalls eine Festnahme zum Zwecke der Untersuchungshaft.
Ihre Freilassung wurde selbst gegen eine Kaution von 10 000 DM abgelehnt.- Linda ist über Weihnachten verreist gewesen, und dabei hat sie zweimal die Grenze überschritten und ist trotz eingehender Personenkontrollen nicht verhaftet worden. Die Begründung liegt also woanders:
Die "Panne von Hameln"" soll sich nicht wiederholen. Bürgerinitiativen haben auch gegen die geplanten Prozesse in ver große Protestaktionen angekündigt und bereits am Freitag begonnen. Die Justiz will nicht erneut erleben, wie ihr die Angeklagten durch die Lappen gehen, sie sollen durch eine Behandlung, wie die von Linda eingeschüchtert werden.

Sofort nach der Verhaftung protestierten in der Nacht 300 AKW-Gegner. Am folgenden Sonnabend fanden zahlreiche Protestkundgebungen von Hunderten von Menschen statt. Dabei kam es zu mehreren Zwischenfällen, die von der massiv aufgefahrenen Polizei in Szene gesetzt wurden. Zum Beispiel wurde ein AKW-Gegner durch einen Greiftrupp brutal weggezerrt, verprügelt und zur Wache geschleppt.Auf ähnliche Wiese wurden auch zwei weitere AKW-Gegner verhaftet.

Chronologie der Ereignisse

Freitag,13.Januar:

19.00 Vollversammlung der Bremer Bürgerinitiative

22.30 Festnahme von Linda auf der Fleetrade in Hastedt

23.00 50 Leute vor der Wache 2 in Sebaldsbrück
Sie versuchen, Linda wieder zu befreien. Das gelingt leider nicht.

23.30 Abtransport von Linda vermutlich zur Wache 6. Gleichzeitig Treffen aller mobilisierten AKW-Gegner vor der Ostertorwache. Ca. 300 Menschen.

bis Demonstration vor der Wache.

1.30 Linda wird der Kontakt zur Rechtsanwältin verweigert.Erst um 2.30 kann die Anwältin mit Linda telefonieren. Noch in der Nacht wird Linda zum Frauengefängnis Blumenthal verschleppt.

Samsatag,14.Januar

10.00 Demonstration von 300 Menschen auf dem Marktplatz.Sie fordern die sofortige Freilassung von Linda und Schluß mit der Kriminalisierung von AKW-Gegnern. Der Roland wird symbolisch in ein Gefängnis gesteckt.

ab 12.00 Haftprüfungstermin im Gericht an der Domsheide.Die AKW-Gegner ziehen vors Gericht und zum Untersuchungsgefängnis. Sie fordern auch da die sofortige Freilassung von Linda. Ein Demonstrant wird von einem Greiftrupp der Polizei festgenommen,verprügelt und in die Wache in der Stadthalle verschleppt. Später werden noch zwei weitere AKW-Gegner auf dem NACH–HAUSE–WEG im Ostertorviertel von ziviler Polizei ebenfalls verhaftet. Alle drei kommen gegen 14.30 frei. Vorwurf: Versuch der fahrlässigen Körperverletzung und versuchte Gefangenenbefreiung.Während der Demonstration vorm Gericht wird nochmals von der Polizei verssucht,jemanden zu verhaften. Das jedoch kann von den Demonstranten verhindert werden!!

14.00 Haftprüfungstermin beendet: Linda bleibt weiterhin in Haft. Der Richter scheut eine eigene Entscheidung. Er erkennt keine Argumente der Anwältin an.Er befolgt nur die Anweisung aus Hameln, den Haftbefehl zu vollstrecken.

15.00 Linda wird angeblich wieder nach Blumenthal gebracht.

19.00 Spontane Vollversammlung der Bürgerinitiative.Sie schließt, noch in der Nacht, Linda in Blumentahl zu besuchen.

23.00 Demonstration vor dem Gefängnis von Blumenthal. Die anderen Frauen teilen aus ihren Zellen mit, daß Linda nicht mehr da ist. seit dem Morgen.

Sonntag,15.Januar:
Linda wurde inzwischen nach Hildesheim ins Frauengefängnis gebracht.

19.00 Demonstration in Hildesheim vor dem Gefängnis von ungefähr 400 Leuten

Montag,16.Januar:

14.30 Haftprüfungstermin in Hameln. Gegen eine Kaution von 10 000(!)DM soll Linda freigelassen werden.

17.00 Demonstration von 2000 Menschen und Kundgebung auf dem Marktplatz von Bremen.
Inzwischen sind aus der ganzen Bundesrepublik Solidaritätsadressen eingetroffen, von Bürgerinitiativen, Pastoren und vielen demokratischen Kräften.Sie alle fordern: Freiheit für Lind und Schluß mit der Kriminalisierung !

Dienstag,17.Januar:

11.00 Der Staatsanwaltschaft legt Beschwerde ein gegen die Haftentlassung von Linda.Das bedeutet: sie muß weiter im Knast bleiben.

Am Dienstag und Mittwoch werden in Bremen 27 AKW-Gegner vorübergehend verhaftet, andere werden in einem Lokal mit vorgehaltener Pistole von der Polizei überfallen.

Für die Unterstützung von Linda, den anderen Amgeklagten und die Prozesse benötigen wir finanzielle Hilfe:
wir haben ein Spendenkonto:
Sparkasse in Bremen,Konto-Nr.11024858
Ermittlungsausschuß BBA/G.Rodewald
Kontakt: BBA,Fedelhören 14,2800 Bremen 1,Tel.0421/ 327530

VORBEREITUNG DES BUBACK–NACHRUF–PROZESSES

GÖTTINGEN
17. Januar

Zur nationalen und internationalen Information während des Buback-Nachruf-Prozesses hat der Göttinger AStA ein Programm erarbeitet, das wir im folgenden veröffentlichen. Der Prozess gegen vier Studenten, die für die Veröffentlichung des Nachrufs in der AStA Zeitung Göttinger Nachrichten verantwortlich gemacht werden, beginnt am 6. März 1978.

„Vom Göttinger AStA werden folgende Schritte zur Vorbereitung und Durchführung der Prozesse ins Auge gefaßt:

– Bundesweite Herausgabe mehrerer Nummern der "Göttinger Nachrichten", in denen neben Solidaritätsresolutionen, Berichten über Unterstützungsveranstaltungen etc. vor allem noch einmal die inhaltliche Auseinandersetzung um den Prozessgegenstand aufgenommen werden soll. Alle Gruppen und Einzelpersonen sind aufgefordert, hierzu Beiträge zu verfassen.

– Durchführung eines Kongresses unter dem (vorläufigen) Thema "Entwicklung der Meinungsfreiheit in der BRD", an dessen Vorbereitung neben verschiedensten Gruppen und Personen in der BRD auch ausländische Studentenorganisation und Russell - Initiativen beteiligt sein sollten.

– Demonstration in Göttingen zum Zeitpunkt des Kongresses.

Um eine möglishst frühzeitige Prozessvorbereitung zu gewährleisten und vor allem die genauere Konzeption und Themenplanung eines eventuellen Kongresses vornehmen zu können, wären wir euch dankbar, wenn ihr neben einer Öffentlichkeitsarbeit um die Prozesse vor allem auch durch eigene Vorschläge und Beiträge diese Arbeit unterstützen würdet. Konkret möchten wir um folgende Dinge bitten:

– Möglichst frühzeitige Zusendung von Solidaritätsadressen zwecks Veröffentlichung.

– Durchführung von Unterstützungsveranstaltungen. Es besteht die Möglichkeit, hierzu in Absprache mit dem AStA Göttingen Vertreter als Referenten einzuladen.

– Bereitstellung von Informationen aus anderen Orten sowie Zusendung eigener Publikationen, die zum Buback-Konflikt Stellung nehmen.

– Direkte Unterstützung und Mitarbeit bei der Prozessvorbereitung bzw. Planung des Kongresses.

– Materielle Unterstützung durch Spendensammlungen (Städt. Sparkasse Göttingen, Kto.Nr. 1800 1263, Kennwort "Buback-Prozesse").

– Möglichst schnelle Verbreitung dieses Aufrufes und Information über den Prozesstermin etc. in Alternativ-, Studenten-, Fachschaftsratszeitungen und was es sonst noch alles gibt.

Bei weiteren Fragen oder bei Bedarf an zusätzlichen Informationen wendet euch bitte an die angegebene Adresse."

Kontaktadresse:
AStA der Universität Göttingen c/o J. Ahrends und B. Staib, Eisenacherstr. 11, 34 Göttingen, Tel. 0511/79 35 15 oder 79 52 51

SCHIKANEN AN DEN GRENZEN

AACHEN/GÖTTINGEN
10. Januar

Wir erhalten in der letzten Zeit häufiger Berichte, die die schikanöse Behandlung bei der Ein- oder Ausreise aus der BRD schildern. Dazu gehören auch Verweigerung der Einreise in die Nachbarländer, da sie in der Regel auf der Grundlage von Informationen westdeutscher Staatsschutzbehörden erfolgen. Wer kennt nicht das beliebte: "Fahren Sie bitte mal rechts ran!"?

Die beiden folgenden Berichte erreichten uns Anfang Januar:

AACHEN, 9. DEZEMBER

Am 9.12.77 wurden mir an der belgisch-deutschen Grenze vier Zeitschriften, die bis auf eine aus Frankreich stammten, mit der Begründung beschlagnahmt, sie würden Gewalt verherrlichen und zum Rassenhaß aufrufen.

Nach einer halbstündigen Untersuchung der Lektüren (ungefähr 25 verschiedene Zeitungen und Zeitschriften) wurden 4 (eine "Was tun"-Wochenzeitung der Gruppe internationaler Marxisten, eine "Liberation"-Sonderausgabe, eine "Zero" - anarchistische Zeitschrift, eine "Camarades") herausgewählt und man fragte mich, ob ich sie freiwillig beim Zollamt Aachen zurücklassen würde. Dieses verneinte ich. Daraufhin erfolgte eine penible, über zweistündige Untersuchung der vier Schriften. Zwischendurch wurde ich gebeten, Führerschein, KfZ-Papiere usw. vorzuzeigen, angeblich wegen mangelnder Identität meiner Person. Nach über 2 1/2 Stunden Wartezeit erhielt ich die restlichen Zeitschriften zurück. Zugleich eine Bescheinigung der Grenzschutzstelle Aachen - Autobahn Süd über die Konfiszierung der 4 Zeitschriften sowie eine Rechtsbelehrung.
Auf die Frage hin, ob ich mich zur Sache äußern wolle, antwortete ich, daß ich diese Aktion sehr lächerlich finden würde, da man in Frankreich diese Zeitschriften überall öffentlich kaufen und mit sich tragen könne, ohne daß man mit Beschlagnahme oder gar mit Strafverfolgungen zu rechnen habe. Als Ausrede meinten die Zollbeamten, wir wären hier in Deutschland (er sagte nicht BRD) und wir hätten hier eine freiheitlich-demokratische Grundordnung! Auf meine Frage, ob es in Frankreich keine derartige Grundordnung gäbe, wurde mir geantwortet, das schon, aber eine andere!

Dieser geschilderte Vorfall beschäftigte sechs Zollbeamte über 2 1/2 Stunden. Außerdem waren auch Beamte des Bundesgrenzschutz anwesend."

GÖTTINGEN, 2. JANUAR

„Am 2. Januar gegen 12 Uhr wurden wir – zwei Menschen – bei der Rückkehr aus Holland in die BRD am Grenzübergang Elten - Autobahn von BGS-Bullen gefilzt, unserAuto und unsere Sachen durchsucht. Anlaß offenbar: bei der Überprüfung unserer Pässe war bei meinem ein gelbes Licht in der EDV-Anlage aufgeleuchtet. Den Text auf dem Bildschirm des Computers konnten wir nicht lesen. Besonderes Interesse der Grenz"schützer" fanden in unserem Gepäck diverse Bücher und Zeitschriften sowie ein Zettel mit der Anschrift eines linken Buchladens in Holland. Mit erstmal nur einem Exemplar der Broschüre "agit 88a - Sturm auf den Knast" (Nr. 2) verschwand der Grenzschutzbulle, um die Broschüre zu überprüfen. Nach einer Viertelstunde wurde uns dann eröffnet, der Text werde in jedem Falle einbehalten, Proteste nutzten nichts, lediglich die Rechtsfrage des Inhalts – Beschlagnahme oder Einziehung – sei noch nicht klar. Gründe für diese "Maßnahme" wurden uns – auch auf ausdrückliche Nachfrage – nicht genannt. Stattdessen führten die BUllen Telefonate u.a. mit irgendeiner Dienststelle in Kleve und der BKA-Abteilung "TE" in Bad Godesberg und eine weitere Computerüberprüfung unserer Person durch. Während sich dann ein Grenzschützer einen Aktenordner mit der Aufschrift "TE" schnappte und las, wurden die insgesamt 7 Broschüren "agit 88a" erst Mal unter den anwesenden Bullen verteilt und von diesem dann beim Dienstwechsel an die Beamten der Nachmitagsschicht übergeben, die auch darin lasen und sich weigerten, uns eine Begründung für den Terror zu erteilen. Anstatt dessen wurde unser Wagen noch mal durchschnüffelt. Gegen 14 Uhr durften wir dann weiterfahren. Die 7 Broschüren wurden sämtlich beschlagnahmt; sie sollen der Staatsanwaltschaft vorgelegt werden, daß wir sie aber nie wiedersehen, war für die Grenzschützer schon sicher. Trotzdem gaben sie uns – zum Abschied – noch eine formlose Quittung.

Obwohl wir erstmal abfahren konnten, war die Sache noch nicht gelaufen, denn etwa 2 1/2 Stunden später wurden wir auf der Autobahn in Höhe Soest von einem MEK wieder eingefangen. Unser Wagen wurde von einem Porsche und einem schweren Ford (Zivilwagen) vorn und hinten blockiert, dann der übliche Zauber mit Maschinenpistolen, Funküberprüfung der Personalien/Papiere, des Autos, schnüffeln im Auto usw., obwohl die Bullen offensichtlich genau wußten, wen sie vor sich hatten. Scheinbar konnten sie nicht sofort alle ihre Probleme klären, da sie über Funk Anweisungen für verschiedene Telefonate und Fernschreiben – u.a. mit dem 7. Kommissariat (Politische Polizei) der Kripo Göttingen bekamen, uns dann nach etwa 20 Minuten auch noch mit zu einer etwa 20 km entfernten Dienststelle nahmen. Dort wurde nach weiteren 10 Minuten und zwischenzeitlichem Eingang eines Fernschreibens (woher haben wir nicht herausgekriegt) nochmal unser Wagen durchsucht, dann die Sprüche "sie sind ja dran gewöhnt, sie sind ja kein unbeschriebenes Blatt mehr" etc. und wir durften endlich weiterfahren.

Erwähnenswert erscheint uns noch, daß dieser Terror bei der Grenzüberquerung offenbar auf eine sog. "befa" (beobachtende Fahndung) zurückzuführen ist, da es bei uns regelmäßig bei der Einreise in die BRD zu solchen Aktionen kommt. So wurden wir AnfangSeptember 77 kurz vor der Ausreise in Bayern auf einer Raststätte ähnlich behandelt (als ihnen der Schleyer fehlte) und drei Wochen später bei der Einreise aus Italien/Österreich in die BRD an der Grenze völlig auseinandergenommen. Das sah so aus, daß wir erstmal die Anweisung bekamen, links ranzufahren, nachdem bei der Computer-Überprüfung das berüchtigte Licht aufgetaucht war, dann vom BGS ein etwa 10-minütiges Telefonat geführt wurde und danach unser Wagen völlig auseinandergenommen und wir körperlich durchsucht wurden. Als sie nach 2 1/2 Stunden gar nichts gefunden hatten – auch den Schleyer nicht –, wurden sie sauer und als quasiBegründung dafür, daß sie das Auto zerlegt und uns die ganze Zeit mit MP's (die von halben Kindern bedient wurden, vor der Nase rumgefuchtelt hatten, hängten sie dann meiner Frau einen Verstoß gegen das Waffengesetz" an (uralte, legale Tränengassprühdose im Handschuhfach). Während darüber ein Protokoll aufgenommen wurde, fotografierte ich ein paar ähnliche Aktionen, was von einem Zivilen beobachtet wurde. und zur Beschlagnahme einiger Filme führte.
(Die Filme habe ich später zurückerhalten – nach "Spezialbehandlung" unbrauchbar.

PS: Gegen die Beschlagnahme der Broschüren "agit 88a" lege ich natürlich Beschwerde ein. Über etwaige Ergebnisse werde ich berichten.

INFO BUG – GEGEN 60 LEUTE WIRD ERMITTELT

WESTBERLIN 11. Januar Am 17. 10.77 begann mit einer groß angelegten Polizeiaktion das Verbot des Berliner Informaionsblattes "Info - BUG". Es wurden 11 Personen verhaftet, von denen drei AGIT - Drucker noch immer in Haft sind (siehe ID 211/212). Die Info-Leser wollten sich ihr Blatt aber nicht verbieten lassen. So wurde am 23.1077 das Info von über 150 Leuten in den Kellerräumen im Mehringdamm 99 gemacht. Erneut kam die Polizei; willkürlich wurden 40 Leute verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt. Gegen sie laufen jetzt die gleichen Ermittlungsverfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (§ 129a) wie gegen die inhaftiereten AGIT-Drucker. Somit wird in diesem Zusammenhang gegen 60 Leute offiziell ermittelt. Die Politische Polizei hat Anfang Januar 1978 alle Beschuldigten zu Vernehmungen vorgeladen. Richter Bräutigam, der seit zwei Jahren unter dem Pseudonym 'Riedel' in der Springer-Presse einpeitschende Artikel schreibt, führt die Ermittlungen.
Diskriminierend ist auch die Art der Ermittlungen: Beschwerden gegen die erkennungsdienstliche Behandlung wurden mit Kostenbescheiden über 90 DM geahndet. Es wurden Eltern und Angehörige von fast allen Beschuldigten aufgesucht und vernommen, und es fanden weitere Hausdurchsuchungen statt.

WEGEN NAZI-SYMBOLEN AUF KRIEGSSPIELZEUG STRAFANZEIGE

HERNE 18.Januar *Eine Antifaschistische Gruppe aus Herne schickt diesen Bericht:*

„Zur Zeit läuft in Düsseldorf einer der größten Terroristenprozesse: der Maydanekprozeß. In diesem Prozeß sind 14 SS-Verbrecher des 250 000fachen Mordes angeklagt. Die bundesdeutsche Presse nimmt sich die Freiheit, diesen Prozeß totzuschweigen. Diese Presse produziert das Klima, das es dem Verteidiger einer SS-„Aufseherin" ermöglicht, den Abbruch des Verfahrens zu fordern: der Anklagepunkt sei eine Lappalie!

Gleichzeitig organisieren sich in unserem Land die braunen Horden: verstärktes Auftreten von Alt-Nazis und Neo-Nazis in der Öffentlichkeit, Treffen der verbotenen Verbrecherorganisation der SS, etc. etc. Es wird Zeit, dem faschistischen Treiben auf allen Ebenen Einhalt zu gebieten.

Eine Form der Nazi-Propaganda ist das Zeigen des Hakenkreuzes. Wiederholt konnten wir festellen, daß Kriegsspielzeug der Firmen Revell, Hasegawa und Tamiya mit Hakenkreuzen und anderen Nazi-Symbolen ausgestattet ist. Wir sind der Meinung, daß hier jeder Antifaschist aktiv werden muß, um diese Form der faschistischen Propaganda zu verhindern. Das bürgerliche Strafgesetzbuch bietet uns dazu die Möglichkeit durch Anwendung des § 86a : „*Verbot der Verwendung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen.*" Dieser Paragraph gibt uns die Möglichkeit, den Verkauf von Spielzeug mit Hakenkreuzen, SS-Totenköpfen, Verkauf von Hitler-Bildern, Nazi-Dolchen und Nazi-Orden u.ä. zu verhindern. Wir in Herne haben Strafanzeige bei der Bochumer Staatsanwaltschaft gestellt: gegen die Firmen Hertie, Karstadt und Röl (Bochum) als Vertreiber und gegen die Firma Revell (Bünde/Westf.) als Herstellerfirma, wegen Verstroß gegen § 86 a StGB.

Der Erfolg dieser Anzeigen ist nicht sicher, denn bereits 1973 lehnte die Staatsanwaltschaft Berlin eine Anklageerhebung gegen die Verwendung des Hakenkreuzes auf Spielsachen ab. Als eine Begründung wurde angeführt, daß das Hakenkreuz nicht nur Parteisymbol war. Dieses wurde durch eine Entscheidung 1976 ebenfalls in Westberlin bestätigt, da die Verwendung von Hakenkreuzen auf Kriegsspielzeug zu dokumentationsähnlichen Zwecken diene.

Dieser nachweislich „neuen" Interpretation dieses Paragraphen gilt es entgegenzutreten, aber nicht nur aus diesem Grund. Verkauf von Kriegsspielzeug mit Hakenkreuzen bedeutet, daß Kinder und auch Jugendliche in spielerischer Form mit Nazi-Symbolen vertraut gemacht werden. Das Kriegsspielzeug kann dabei nicht als Aufklärungsmittel dienen, denn nur dann wäre ein dokumentationsähnlicher Zweck gegeben. Der Erfolg dieser Anzeigen, d.h. die Anklageerhebung durch die Bochumer Staatsanwaltschaft und die rechtmäßiger Verurteilung der genannten Firmen kann nur dann möglich werden, wenn massenhaft Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft eingehen. Die Öffentlichkeit muß hergestellt werden!! Deshalb fordern wir Euch auf, diese Kampagne zu unterstützen, indem ihr ebenfalls Strafanzeigen stellt. Wir können davon ausgehen, daß auch andere Firmen mit Hakenkreuz versehenes Spielzeug verkaufen. Diese Firmen müssen dann in die Strafanzeige miteinbezogen werden.

Kontakt: Norbert Kozicki, Im Erlenkamp 18, 469 Herne 2

INTERNATIONALES

FEUERWEHRSTREIK IN GROSSBRITANNIEN BEENDET

London 15.Januar In einer Atomsphäre von Bitterkeit und Enttäuschung stimmte am 12.1.78 die Delegiertenkonferenz der britischen Feuerwehrgewerkschaft für eine Annahme des Arbeitgeberangebots von 10 % Lohnerhöhung. Damit ist der neunwöchige Feuerwehrstreik zu Ende(siehe ID Nr.208). Der Streik hat eine noch nie gesehene Unterstützung in der Öffentlichkeit erreicht. Für die Labour-Regierung bedeutet sein Ende einen Wendepunkt im Kampf um die Durchsetzung ihrer Lohnpolitik. Während des Streiks erhielten einige Feuerwehrleute Briefbombem und Drohungen.Fälle sind auch bekannt, wo Menschen verbrannten,nachdem die Polizei sich weigerte, die streikende Feuerwehr über das Feuer zu informieren. Die Polizei wußte, daß die Feuerwehr immer zu Hilfe kam, wenn Menschen in Gefahr waren. Die Führer der Feuerwehrgewerkschaft, die schon bei Beginn des Streiks die Hosen voll hatten. versuchen jetzt das "ausgehandelte" Angebot als einen gorßen Sieg zu bezeichnenen, obwohl es ihr Mandat war, nicht weniger als 30 % zu akzaptieren. Nach der Abstimmung am Donnerstag brach ein Krawall aus. Militante Feuerwehrleute smmelten außerhalb des Saales und schrien Parolen gegen Parry, den Generalsekretär der Gewerkschaft. Als die Abstimmung zu Ende war, fingen Schlägereien an. Willy Miller, Vorstandsmitglied für Schottland, wurde verprügelt. Die Polizei griff ein, um die Funktionäre zu schützen.
Außer der 10 % Lohnerhöhrung erhält die Feuerwehr das Versprechen, daß ihre Einkommenssteigerung mit der durchschnittlichen Industrielohnsteigerung schritthalten wird. Verhandlungen über eine Arbeitszeitverkürzung auf 42 Stunden pro Woche sollen bald anfangen. Die Arbeitgeber bestanden auf einer Abkommensklausel, nach der Feuerwehrleute, die nicht gestreikt haben, von ihren Kollegen nicht diszipliniert oder bestraft werden dürfen. Trotzdem werden wahrscheinlich in vielen Regionen Streikbrecher aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. In manchen Städten wie London, Liverpool und Glasgow könnte das Bedeuten, daß sie auch ihren Arbeitsplatz verlieren, weil dort Vereinbarungen existieren, wonach nur Gewerkschaftsmitglieder arbeiten dürfen. Daneben werden viele Feuerwehrleute aus finanziellen Gründen eine neue Arbeit suchen müssen.

AKTIONSGRUPPEN ZUR REPRESSION IN DER BRD UND UNTERSTÜTZUNGSGRUPPEN ZUM RUSSELL-TRIBUNAL IN DEN USA

NEW YORK/FRANKFURT 20. Dezember Am 16. Dezember 1977 fand in New York die erste Großveranstaltung in den USA über die derzeitige Repressionswelle in der BRD statt. Veranstalter waren ,The Marho (Mid-Atlantic Radical Historians Organization) – Radical History Forum.'und das New York Committee for Civil Liberties in West Germany'. Als Redner und Informatoren traten unter anderem M. Oppenheimer (Rutgers State University) und C.Offe (z.Zt. Princeton University) auf.

Als konkrete Informationen über die Entwicklung der Berufsverbote, das Zustandekommen und die Anwendung des Kontaktsperregesetzes, der §§ 88 a, 130 usw. angebracht wurden, ging öfters ein Raunen durch den vollbesetzten Saal, und immer wieder konnte man von Kopfschütteln begleitete Worte wie 'unbelievable' oder 'incredible' (unfaßbar, unglaublich) hören.

Vorausgegangen war ein Planungs- und Koordinierungstreffen am 25. November in New York mit Delegierten einiger der unterdessen sieben Gruppierungen, die sich speziell wegen der Entwicklungen in der BRD gebildet hatten. Weitere Informationsveranstaltungen, intensivere Öffentlichkeitsarbeit, mögliche Aufklärungsaktionen, Koordinierung der Aktivitäten sowie aktive Unterstützung des Russell-Tribunals wurden diskutiert und beschlossen. Weiterhin wurde eine zentrale Informations- und Koordinierungsstelle in New York eingerichtet.

Da die Gruppen dringend Informationsmaterial aus unten noch näher zu erläuternden Gründen benötigen, hier die Adresse der Zentrale:
Committee for Civil Liberties in West Germany, PO Box 483, Village Station, New York 10014.
Am 29.11. erschien die erste Ausgabe des ab jetzt regelmäßig erscheinenden "Info about West Germany", in dem Informationen über die Berufsverbote, die Intellektuellenhatz, die Knastbedingungen, die neuen Staatsschutzgesetze, aber auch Analysen der quasi-Nachrichtensperre in den USA über die wirklichen [illegible]ten in der BRD als auch konkrete Vergleiche zur USA, nicht zuletzt zur Mc Carthy-Ära.

Die Arbeit dieser Gruppen ist so wichtig, weil in de[illegible] praktisch kaum Informationen vorhanden waren. Die I[illegible]rmationen, daß es z.B. ein Russell-Tribunal gibt, mußte erst kürzlich gegeben werden. Zum anderen ist es moralisch für die gesamte Bewegung wie für den hiesigen Staatsapparat wichtig zu registrieren, daß sich gegen den leicht erkennbaren Willen der Herrschenden selbst im Land des engsten Bündnispartners die Sorgen über den bräunlichen Partner mehren.

Die Presse in den USA über die BRD

In den von Werbung umrieselten 30-Sekunden-Nachrichten im Fernsehen sowie in der Tageszeitungspresse tauchten lediglich die Sensationsmeldungen: Entführung Schleyers – Entführung der Maschine – Tod der Häftlinge in Stammheim – Tod Schleyers auf. Berichte aus dem weiteren Leben des Staatsschutzes in der BRD sind dort so unbekannt wie hier die derzeitige Streikwelle in den USA! Die New York Times ist eigentlich die einzige Tageszeitung, die regelmäßig über die BRD berichtet – dies etwa im Stile der FAZ, oft verbunden mit zynisch-vorwurfsvoll-erstaunten Kommentaren zu der Laschheit des Staatsapparates, zum noch nicht gut genug funktionierenden Überwachungssystem und leichten Seitenhieben gegen die zu liberalen und zu zaghaften Sozialdemokraten.

HINTERGRUND: MODELL DEUTSCHLAND UND INTERNATIONALE KAPITALBEZIEHUNGEN

Es mag nicht erstaunen, daß die USA-Presse den zum großen Bruder gemauserten Kapitalpartner BRD schont. Auf der internationalen Kapitalbühne vertritt die BRD die Interessen der USA mit, nur effektvoller.
Angesichts des Imageverlustes der USA in vielen Ländern der 3. Welt bei bestehenden und verschärften Expansionsnotwendigkeiten, läßt sich das "Modell Deutschland" (der halbtote Gaul USA im Schlepptau) immer besser verkaufen. Dies neuerdings verstärkt in Asien (Thailand, Philippinen, Indonesien, Korea) und seit geraumer Zeit in Lateinamerika, wo z.B. rechtsbürgerliche Parteien mit sozialdemokratischer Fassade (AD in Venezuela, PRI in Mexiko, Teile der PLN in Costa Rica, PR in Guatemala) als Mitglieder der "sozialistischen Internationale" sich von Brandt, Kühn und DGB-Vertretern die Vorzüge der 'stabilen' BRD anpreisen lassen. So öffnet und hält die BRD Märkte, die für die ebenso imperiale USA ökonomisch und politisch so wichtig sind, aber zum Teil schon fast verloren schienen.
Als politisch erfolgreicher internationaler Polizist zur Abwehr kommunistischer Entwicklungen (Chile, Portugal, Italien, Spanien) geht die BRD zudem geschickter und erfolgreicher vor als die USA mit den unterdessen auch international geschmähten Praktiken des CIA.
Neben der offiziellen Erklärung "kommunistisch unterwandert" hat das Ausscheiden der USA im kommenden Jahr aus dem internationalen Gewerkschaftsverband (ILO) einen besonderen Effekt. Die BRD wird zum stärksten westlichen Vertreter und Geldgeber in diesem Verband und arbeitet hier eng mit dem israelischen Gewerkschaftsverband Histradut zusammen. Und wo in den Ländern der dritten Welt ein deutscher Gewerkschaftsberater sitzt, da findet sich auch meist ein Vertreter von Histradut in der Nähe... und der spricht fließend englisch mit amerikanischem Akzent. Kibbuz und soziale Partnerschaft als attraktiv angebotene Symbole des demokratischen Sozialismus auf der Ebene der internationalen Gewerkschaftsbewegung: Aufbau zahlenmäßig starker aber zahmer Gewerkschaften, Motivierung von Kapitalinvestitionen.
Wer will sich da, auf der Suche nach internationaler Kapitalausdehnung, mit dem Modell Deutschland anlegen?

Das Innenministerium bestätigt:

GEHEIMPAPIER ZUM RUSSELL–TRIBUNAL IST ECHT

FRANKFURT 19.Januar Das im ID 211/212 veröffentlichte Bonner Geheimpapier, das einen Katalog von Maßnahmen zur Behinderung bzw. Verhinderung des für Ostern 1978 geplanten internationalen Russell–Tribunals über die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik erhält, ist authentisch. Dies hat das Innenministerium der niederländischen Presse und dem "Berliner Tagesspiegel" bestätigt. In den Bonner Amtsstuben wird jedoch Wert auf die Feststellung gelegt, daß das alles ja nur so ein Planspiel sei.
In der ausländischen Presse, vor allem der niederländischen, stand viel über diese Bonner "Verschlußsache" aus dem Referat "Öffentliche Sicherheit". in den bundesdeutschen Medien übte man gewohnte Zurückhaltung.



ROTER PFEFFER AM AMERIKANISCHEN WEIHNACHTSBRATEN

Reformversprechen und Streikwelle in den USA

New York/Frankfurt 19.Januar Carters Wahlkampfmaske ist zumindest für große Teile der Arbeiter in den USA gefallen.Kaum eines der wahltaktisch angekündigten Reformversprechen konnte erfüllt werden.

Durch militante Streiks holen sich jetzt viele Arbeiter das, was Carter, unterstützt von den Gewerkschaftsspitzen, ihnen versprach.

Hinter dem Erdnußlächeln zeigte sich bald der Alltag kapitalistischer Krisensanierung. Die Arbeitslosenrate pendelte in den USA im letzten Jahr zwischen 6 und 7 % gegenüber dem Vorjahresniveau.

Unter dem Druck der großen Industrie, die 1976 mit der geringsten Investitionsrate seit 30 Jahren ein Signal setzte, wurde von der Regierung zunächst ein wohlwollendes Reformprogramm für die Unterstützung der krisengeplagten Unternehmer aufgestellt:

Hohe Investitionskredite mit geringstem Zinssatz, Senkung der Körperschaftssteuer, Abschreibungserleichterungen,anstelle von angekündigter Senkung des Rüstungshaushaltes neue hohe Rüstungsaufträge,Aufweichen bestehender und Verschieben geplanter Arbeitsplatzsicherheitsbestimmungen und Umweltschutzauflagen, keine Verbesserung des Arbeitsrechts für die Arbeitnehmer, keine Preiskontrollen, Entlastung der Betriebsrentenkassen durch Heraufsetzung des Rentenalters und dadurch Schaffung zusätzlicher Billigstarbeitskräfte, Streichung von Gesetzen zur Verbesserung des Streikrechts für die Arbeiter, Minimalerhöungen der Mindestlöhne, geplanter Arbeitszwang für die als "arbeitsfähig" diagnostizierten Wohlfahrtsempfänger.

Dieses "Reformprogramm" wurde durch ständige Appelle von Regierung, Unternehmern und den kompromißbereiten Gewerkschaftsbossen ideologisch verschleiert: wie in der BRD war und ist – vor allem zur Abwehr von Streiks – von notwendigen Opfern zur Arbeitsplatzsicherung und von Sparsamkeit die Rede. Eine der größten Streikwellen in den USA in den letzten 20 Jahren hat jetzt diesen Schleier aufgerissen.

"Wenn wir auf ihre Bedingungen eingehen, dann haben sie uns gebrochen, und wir werden die nächsten 20 Jahre dafür bezahlen",sagte ein streikender Arbeiter in einem Interview zum 'Guardian' am 16.11.77.

Hier zunächst eine Aufzählung der wichtigsten Streiks in den USA 1977 und zum Jahresbeginn 78:

- 18 000 Stahlarbeiter streikten viereinhalb Monate in den Erzgruben von Nord-Michigan und Minnesota.Streikursache: zu geringe Tarifabschlüsse im August(ca. 3 % pro Jahr für drei Jahre),Forderung nach mehr Gesundheitsschutz,Rentensicherung. Nach den viereinhalb Monaten Streik, bei einem Streikgeld von 84 Mark wöchentlich, wurden eine übertarifliche Lohnzulage von zusätzlichen 8 % ab 1.11.79 sowie eine teilweise Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen und der Sozialleistungen erkämpft.
- Streik der Glasarbeiter in über 90 Hütten Kaliforniens.
- Streik der Dockarbeiter an der Ostküste mit Solidaritätsstreiks der Hafenarbeiter an der Westküste. Über 60 Containerschiffe wurden blockiert. Streikziel: Reduzierung der Arbeitshetze, Kontrolle der Rationalisierung, Jahresmindestlohn, höhere Löhne, Mitbestimmung über die Sozialversicherungskasse, die in den Händen der Reeder ist.
- Warnstreiks der Flughafenarbeiter mit dem Ziel der Erhöhung und Absicherung der Renten.
- Streiks bei den Flugzeugunternehmen Lockheed und Boeing
- weiter vereinzelte Streiks in Brauereien,u.a. acht Monate bei Coors, in der Bekleidungsindustrie in Los Angeles, bei den Transportarbeitern in San Francisco und Los Angeles.

Kämpfe der Bauern und Landarbeiter

Auf die Überproduktionskrise auf dem Weizenmarkt hat die Regierung mit neuen Agrargesetzen reagiert, die eine Brachlegung von 20 % der Anbaufläche unter hoher Finanzstrafe bei Unterlassung vorschreibt. Seit 14.12.77 streiken über 500 000 vor allem kleinere Bauern, nach mehreren lokalen Warnstreiks in den Vormonaten, in den meisten Bundesstaaten gegen diese Gesetzgebung mit Straßenblockaden und militanten Verkaufsperren von Agrarprodukten. Die kleinen, zumeist verschuldeten und von den Getreidekonzernen,die auch ein Teil der Maschinen liefern, abhängigen Bauern sind durch diese Gesetze ruinös bedroht, während die Großgrundbesitzer bereits auf das freiwerdende Land spekulieren.

Vorausgegangen war diesem Streik der Farmer ein dreiwöchiger erfolgreicher Streik der Farm-Arbeiter in Arizona. Die Forderungen an die Großgrundbesitzer waren 25 % mehr Lohn sowie Bereitstellung von Unterkünften und deren Verbesserung,soweit vorhanden. Der sich schnell ausbreitende Streik zeigte in den Äußerungen der Streikenden die Entschlossenheit, die Ziele durchzusetzen und keine Kompromisse einzugehen. Eine streikende Arbeiterin der Zwiebelplantagen des Konzerns Goldmar Inc.Arrowhead: *"Wir verdienen so wenig, daß wir uns nichts kaufen können, was können wir also verlieren ? Sie können uns Gas und Strom abstellen, vielleicht schmeißen sie uns aus den Behausungen. Vielleicht verliere ich die Behausung, aber wir gewinnen, und eines Tages kann ich ein kleines Haus kaufen, wo wenigstens drei Räume für meine Kinder sind... Der Streik ist eine gute Sache Und es ist gut, daß die großen Rancher nun wissen, was wir wollen – daß jeder von uns das Gleiche will – ein besseres Leben !"*

Bergarbeiterstreiks

Ab 6.12.77 befinden sich 160 000 Bergarbeiter der United Mine Workers(UMWA) in einem Streik, der wahrscheinlich Monate dauern wird. Diesem Streik ging eine längere Streikwelle in den Bergwerken voraus.

Sie begann am 17.7.76 mit der Streik der Bergarbeiter in Stearns,Kentucky. Anlaß war der Tod von 26 Arbeitern im März bei einer Explosion, die Kritik der Sicherheitsbestimmungen und der Kündigungsschutz. Die Blue Diamond Company weigerte sich, den geforderten Sicherheitsbestimmungen und den Zahlungen in den Gesundheits- und Rentenfonds zuzustimmen. Im Dezember 76 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit von der Company angeheuerten bewaffneten Sicherheitstruppen, im Oktober 77 mit Polizeikräften aus Minnesota. Es gab Verletzungen,besonders bei den Ordnungstruppen, und eine Reihe von Verhaftungen. Trotzdem hielt dieser Streik 18 Monate an. Frauen der Arbeiter unterstützten den Streik mit Blockaden.

Am 6.Januar 78 wurde in Kentucky vor dem Eingang zu einem Bergwerk der 65jährige pensionierte Minenarbeiter Mark Lewis von einem Werkschutzpolizisten der Diamond Coal erschossen. Nach diesem ersten Todesopfer ist mit einer Verschärfung auf beiden Seiten zu rechnen.

Die Bilder vor den Zechentoren erinnern teilweise an Kriegsschaupätze. Vor den Gewehrläufen von Werkschutz und Polizei agitieren die im Streik organisierten Arbeiter die wenigen Unorganisierten und die bezahlten Streikbrecher, sich dem Streik anzuschließen. "Solange wir streiken, holen die hier keine Kohle raus", sagte kurz und bündig ein streikender Bergarbeiter am 16.12. zum Liberation News Service.

Von den Arbeitern,die sich auf einen langen Streik vorbereitet haben, sind bereits Monate vor dem Streik Fonds zur finanziellen Unterstützung und Selbsthilfekommitees für die betroffenen Familien eingerichtet worden. Die Besitzer haben Vorräte für 100 Tage zurückgelegt. Ein streikender Arbeiter:"Das wissen wir schon lange".

In Pennsylvania, Süd- und West-Virginia sowie in Minnesota gab es im Laufe dieses Jahres(1977) immer wieder lokale Streiks in den einzelnen Bergwerken.

Im September wuchs die Zahl der Streikenden auf 85000.Die Streiks waren im wesentlichen gegen die Kürzung der Versorgung im Krankheitsfall, gegen willkürliche Entlassungen und gegen das Einstellen der Zahlungen in den betriebsgebundenen Versicherungsfonds, aus dem Renten- und Krankengelder gezahlt werden.
Die Streiks wurden zunächst bis zu den Tarifverhandlungen im Dezember unterbrochen, um dann mit den Lohnforderungen weiter zu streiken. Ein auch von der bürgerlichen Presse befürchteter langer nationaler Streik der Bergarbeiter kündigte sich nach den vorangegangenen Streikerfahrungen bereits an.

Es geht um die Lebensperspektive der Arbeiter

Außer bei den Bergarbeitern, Dockarbeitern und Farmern handelt es sich bei den Streiks um kleine, lokal begrenzte Streiks, die angesichts der Desorganisiertheit der amerikanischen Arbeiterbewegung nicht überschätzt werden sollten. Allerdings zeigen die Streiks folgendes:

1.Dort, wo die Krisensanierungsversuche an die allgemeine Lebenssubstanz der Arbeiter gehen, enthalten die Streiks mehr qualitative Forderungen. Fragen der Lebensperspektive werden von den Arbeitern massiv aufgeworfen, wenn Probleme der Überlebensperspektive des Kapitals mittels Raubbau an der physischen und psychischen Existenz der Arbeiter zu lösen versucht werden,z.B. von Sozialleistungen und Arbeitshetze. Fragen der Gesundheit, der Arbeitshetze,Alterssicherung und Sozialleistungen sind sogar Ausgangspunkt der Streiks im letzten Jahr gewesen.
2. Die Streiks haben sich gegen die kompromißbereiten Gewerkschaftsspitzen durchgesetzt. Die durch häufige Urabstimmungen unterlaufenen Bremsungsversuche der Gewerkschaftsspitzen ,das Miterleben der Schwäche dieser Spitzen haben Intensität und Dauer der Streiks gefördert.
3. Die Streiks haben sich dort am heftigsten entwickelt und ausgeweitet, wo Streikerfahrungen auf dem Gebiet der Arbeitsqualität, der Sozialleistungen und der Arbeitsplatzsicherung sich mit Lohnforderungen verbinden konnten.
4. In extremeren Krisensituationen greift das Kapital zu Repressionsmittel auf der Ebene des Abbaus von Sozialleistungen, des Gesundheits- und des Umweltschutzes. Eine Ebene, auf die zumindest Teile der häufig als so konservativ eingeschätzten US-Arbeiter sehr empfindlich und entschieden hart reagieren.

EGIN – EINE NEUE BASKISCHE TAGESZEITUNG

FRANKFURT
17. Januar

Anfang letzten Jahres schlossen sich 21 Personen aus dem Baskenland zusammen, um eine Tageszeitung, die keine Parteizeitung, sondern eine Alternative zu den anderen spanischen Zeitungen und besonders zu denen im Baskenland sein soll, zu gründen. Eine Zeitung für die Arbeiter, die Bauern, die Jugendlichen, eine Zeitung für das Volk. Jeder der Initiatoren investierte 1.000.000 Pesetas (25.000,-- DM), um die notwendige gesetzliche Basis für die Zeitung zu haben.

Darüber hinaus starteten sie eine Werbekampagne, um Geld zu sammeln. In sechs Monaten waren es 25.000 Leute aus dem Baskenland, die zwischen 2.000 und 100.000 Pesetas (50,-- bis 3.000,-- DM) spendeten, so daß mit dem Geld der Initiatoren zusammen insgesamt rund 2,5 Mio DM vorhanden sind. Um zu verhindern, daß über die Geldinvestition Einfluß auf die Zeitungsrichtung ausgeübt wird, hat die Zeitungsgruppe eine Maximalgrnze von 100.000 Pesetas Einlage pro Person gesetzt. Die Initiatoren, die viel mehr gespendet haben, sollen wie alle anderen unter diese Grenze zurückkommen.

Im Oktober 1977 ist die Tageszeitung zunächst mit einer Auflage von 85.000 herausgekommen. Im November ist sie auf 65.000 zurückgegangen, und jetzt liegt sie bei 70.000 Exemplaren pro Tag. Es gibt eine zentrale Redaktion in San Sebastian und drei weitere in den anderen drei baskischen Provinzen. Sie machen die Tageszeitung mit vier verschiedenen Lokalteilen. Insgesamt arbeiten 160 Personen mit, davon sind 50 Journalisten.

EGIN hat keine bestimmte politische Parteirichtung, es gibt keine Gruppe, die eine Richtung bestimmt. Aber natürlich könnte man die 25.000 Leute, die EGIN gegründet haben, in eine linke Bewegung einordnen. EGIN hat mehr Beziehungen zu der baskischen Linken als zu der spanischen Linken und will die alternative Presse einer alternativen Linken sein.

Das Problem der EGIN-Zeitungsgruppe war, entweder eine radikale Ghetto-Zeitung oder eine kritische normale Zeitung zu machen. EGIN ist letzteres. Deshalb gibt es z. B. auch Sportberichte, in denen neue kritische Aspekte entwikkelt werden. Es gibt auch Informationen über Kinoprogramm, Apotheken, Verkehr, Wetter usw. So kann EGIN die Zeitung sein, die die Arbeiter nach ihrer Arbeit kaufen können.

Kontakt: EGIN, Estafetta 57, Pamplona

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

ZUM SELBSTMORD VON BEATRIZ ALLENDE

PARIS/BERLIN
12. Januar

Am 12. Oktober 1977 beging Beatriz Allende, Tochter von Salvador Allende, in ihrem Exilland Kuba Selbstmord mit der Pistole. In der Berichterstattung der Zeitungen hieß es, sie habe einen Nervenzusammenbrauch erlitten, sie habe den Tod ihres Vaters nicht verwinden und das andauernde Leid des chilenischen Volkes nicht länger ertragen können. In der Liberation erschien Ende Oktober ein Interview mit Carmen Castillo, Gefährtin des erschossenen MIR-Führers Miguel Enriquez, das wir in der gekürzten Fassung der 'Courage', Berliner Frauenzeitung, entnehmen.

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Apsender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

Achtung, liebe Abonenntén!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

id nr. 213

„Reichen diese Fakten aus zur Erklärung ihres Selbstmordes? Warum entschließt sich eine Frau wie sie, sich zu töten? Beruhigen wir nicht unser Gewissen, wenn wir die Erklärung akzeptieren: nun, sie war eine Frau, sie hatte einen Nervenzusammenbruch?

Das ist zu einfach. Wir stellen uns selbst mit einer solchen Erklärung nicht in Frage und alle weiterführenden Fragen werden nicht mehr gestellt. Das hieße: Beatriz A. schnell vergessen."

Warum entscheidet sich eine Frau wie sie zum Selbstmord? Wer war sie?

Beatriz war 33 Jahre alt und Mutter von zwei Kindern. Sie stammte aus einer Familie, die immer inmitten der politischen Geschehen stand. Sehr früh beschloß sie, einen in Chile ausgesprochenen Männerberuf zu erlernen: Sie wurde Medizinerin und eine hervorragende Ärztin. Als Sozialistin von Jugend auf, engagierte sie sich an der Seite der kubanischen Revolutionäre, und wurde zur wesentlichen Bezugsperson der Anhänger Ches in Chile. Heimlich ließ sie sich militärisch ausbilden. Wie die meisten Frauen in der revolutionären Bewegung arbeitete sie in der Nachrichtenübermittlung und der Infrastruktur. Sie mußte ihre Aktivitäten für die bolivianische Guerilla verbergen. Gleichzeitig gehörte sie der sozialistischen Partei Chiles an, und nach dem Tod Ches der E.L.N. (Guerilla-Organisation Boliviens).

Der Tod Ches erschütterte sie tief, und doch sagte sie: „Man muß nicht weinen, sondern weitermachen." Und das hat sie getan, bis zur definitiven Niederlage der bolivianischen Guerillas, die gleichzeitig mit dem Sieg Allendes 1970 stattfand.

Ab dem 4. September 1970 arbeitete sie als die persönliche, vertraute Sekretärin ihres Vaters. Sie stellte die Verbindung, die Brücke dar, zwischen Allende und den revolutionären Bewegungen Lateinamerikas.

„Wir, von der M.I.R. wußten, daß wir sie jederzeit anrufen konnten. Beatriz stand im ständigen Konflikt zwischen der emotionalen Loyalität zu ihrem Vater, den sie sehr liebte, und ihrer eigenen politischen Geschichte, ihren Erfahrungen mit anderen Kampfformen. Am 11. September 1973, während des Putsches der Militärs, wurde sie, weil sie schwanger war, von ihrem Vater gebeten, den Palast Moneda zu verlassen. Zum ersten Mal bestand eine totale Identifikation mit Allende. Aber sie wurde vom Kampf ausgeschlossen, den die Männer allein führen wollten. Sie mußte gehen, um das Leben ihres ungeborenen Kindes zu retten, erst Frau, dann militante Kämpferin sollte sie sein."

Beatriz hat den Selbstmord nicht nur für sich selber begangen, sondern stellvertretend für alle anderen, die sich seit dem 11. September zwischen Überleben und Selbstmord befinden. Jeder, der eine heroische Tat begeht, wird als Kämpfer des chilenischen Volkes anerkannt, wird zum Märtyrer. Ihr Selbstmord jedoch wird von den militanten Kämpfern nicht als ein politischer Akt verstanden.

„Ihr Selbstmord betrifft gleichermaßen alle Frauen im Widerstand, die in den Grenzen von Aktion und Tod überle ben: weil eine Frau unter Männern nicht sprechen kann, weil diese Einsamkeit der Frauen, diese tägliche Selbstzerstörung unter den militanten Bedingungen auch eine Form von Selbstmord ist."

„Beatriz konnte den Widerspruch zwischen ihrem Frauenbewußtsein und ihrem Leben als Frau und dem, was Außen von Männern als Politik verstanden wird, nicht mehr ertragen."

Die Konzeption vom militanten Leben schließt Selbstmord aus.

„Militante Frauen, so hat man uns gesagt, haben keine persönlichen Probleme, sie sind selbstverständlich wie aus Eisen, sie dürfen nicht leiden. Du leidest unter den Qualen der Folter und der militanten Repression, – aber dein Frau-Sein soll okay dabei bleiben. Gerade das ist unmöglich. Dieser Anspruch, sich ständig politisch begreifen zu müssen, erzeugt Schuldgefühle, wenn du das nicht aushältst. Nie über dein eigenes Leben sprechen zu dürfen. Wir müssen permanent Dinge tun, sind politischen Zwängen ausgeliefert, ohne Raum für ein alltägliches Leben zu haben.

Nach Jahren Exil und Selbstzerstörung durch die Militanz, verlierst du den Glauben an deine Rolle, findest du keine Worte mehr für dich selber oder für die anderen, um auszudrükken, was persönliches Leben eigentlich ist. Das führt bis zu dem Punkt, an dem du denkst, du dienst nicht mehr. Mein Tod ändert nichts mehr.

Die echte Politik muß das ganze Leben, besonders das alltägliche in sich aufnehmen. Du kannst nur dann für die anderen kämpfen, wenn du zuerst einmal für dich selbst kämpfst. Man muß eine echte Frau sein, um Revolutionärin zu sein. Z.B. jeder Mensch weiß, daß das Leben auch Liebe beinhalten muß, um lebenswert zu sein, aber als politische Frau bist du in dir total gespalten, entzweigeschnitten in militantes Leben und persönliches Leben.

Das traf auf Beatriz besonders zu. Sie mußte ständig eine Harmonie darstellen, ein Symbol, als das sie in der Widerstandsbewegung galt. Sie mußte stark und unantastbar sein. Gerade das macht diese Art von Politik so ineffektiv (so unmenschlich), denn es bedeutet die totale Negation des täglichen Lebens. Die Politik erlaubt den Frauen nicht, von sich selber, von sich als Frauen zu reden, und drängt sie damit in die Einsamkeit, in die Selbstaufgabe. Letztendlich bleiben den Frauen nur zwei Möglichkeiten: entweder aufzuhören militant zu sein, oder sich zu töten. Und wenn man Beatriz Allende ist, hat man auch diese Wahl nicht mehr, sie konnte nicht aufhören. Deshalb ist ihr Selbstmord ihre letzte Geste als Militante, die in ihrer Existenz als Frau durch die Militanz zerstört worden war. Die Konsequenz aus ihrem Selbstmord ist, eine totale Veränderung politischen Denkens, politischer Praxis. Die können nur die Frauen bewirken. Aber nicht als einzelne, isolierte voneinander getrennte Frauen. Nur wenn die Frauen miteinander sprechen, sich an der Hand fassen, in Lateinamerika wie auch hier, werden sich die politischen Bewegungen ändern, wird sich die Beziehung zur Politik ändern – und damit die Revolution."